



# AIB

2V 7426 E

2,50 DM

April

4/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin




## Mittelamerika Initiativen zur Krisenlösung

Lopez Portillo • Sandinistas • Fidel Castro • FMLN • OAS-Rede Reagans  
Guatemala: Dokument der revolutionären Einheit der Guerilla



# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell: Keine Ruhe in Südafrika</b> .....	3
<b>Mittelamerika</b>	
Wolfram Bröner: Initiativen zur Lösung der mittelamerikanisch-karibischen Krise .....	4-11
Grundsatzrede Ronald Reagans vor der OAS: US-Programm für Mittelamerika und die Karibik .....	6-7
5-Punkte-Vorschlag Nikaraguas .....	8
Interview mit José Lopez Portillo: Die Chancen für eine Entspannung sinken .....	9
Brief Fidel Castros an Mexikos Präsident Lopez Portillo .....	10
Salvador Cayetano Carpio: Die USA bereiten ein neues Interventionsprojekt vor .....	12
<b>Guatemala</b>	
Kommuniqué der URNC: Vereinigungsproklamation .....	13-14
Gründung der politisch-diplomatischen Einheitsfront CGUP .....	14
<b>Chile-BRD</b>	
Brief der chilenischen Linksparteien an Bundeskanzler Schmidt: Die Waffenexporte an Pinochet stoppen! .....	16-17
<b>Oman</b>	
Abdul Aziz al-Qadi: Eine breite Front ist im Entstehen (2. Teil) .....	18-19
<b>Türkei</b>	
Gemeinsamer Appell der türkischen Arbeiterparteien .....	26
<b>Philippinen</b>	
Nico Biver: Das Marcos-Regime stößt auf Widerstand .....	27-30
Philippinen-Daten .....	29
<b>Solidaritätsbewegung</b>	
Michael Mohnke: Diskussionsforum über Grundlagen antiimperialistischer Solidarität .....	31-33
<b>USA - Dritte Welt</b>	
Ludger Schmitz: CIA - Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (1. Teil) .....	34-37
<b>Kultur</b>	
Dollar Brand: Musik - Nahrung der Basis .....	38
<b>Rückblick: Vor 30 Jahren: Volksaufstand in Bolivien</b> .....	39
<b>Rezension: „Weltmodelle“</b> .....	40
<b>Infodienst: El-Salvador-Aktionen, Ausländerpolitik, ASK-Mitgliederversammlung, Informationskreis Afghanistan, Broschüre zur Karibik, Buchtip: Südafrika-Handbuch</b> .....	41
<b>Kurzinformationen: Zimbabwe, Westsahara, Namibia, Ghana, Surinam, Argentinien, Türkei, Libanon, Nahost, Pakistan, Indochina</b> .....	42-43
<b>Kommentar: Reagan nach Bonn - eine Herausforderung</b> .....	44



# AIB

Antimperialistisches Informationsbulletin

## Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel.: 06421-24672

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 9660.

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herber Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Wolfram Bröner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

**Mitarbeiter:** A. J. Arndt, N. Biver, P. Grund, U. Hochmuth, C. Klotz, H. Mayer, H. E. Schäfer, E. Schneider, B. Weng, E. Yekebas

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
 Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 12.3.1982

**Anzeigen:** Konkret, Lateinamerika Anders, rote blätter, Verlag Marxistische Blätter, Röderberg Verlag, Demokratische Erziehung, Verlag pläne

## LATEINAMERIKA

Nr. 16 September 1981

# ANDERS

ö.S. 20.-DM/stk 3.-

Berichte      Analysen      aktuelle Informationen



## BOLIVIEN

**\*Wir aus dem Hochland von Potosí und wir aus Peru werden gemeinsam kämpfen. Ja, und wir werden uns eine eigene Regierung einsetzen.**  
 (aus Julian Apasa, La Lucha de un Pueblo)



## AIB-Aktuell: Keine Ruhe in Südafrika



Der Trauerzug für den ermordeten Gewerkschafter Dr. Neil Aggett wurde zur politischen Demonstration

Seit 1948 regiert in Südafrika die rassistische National-Partei (NP) mit komfortablen Mehrheiten. Anfang März d.J. spaltete sich eine Fraktion dieser NP unter Führung des bisherigen Ministers Andries Treurnicht ab – aus Opposition gegen den ihrer Ansicht nach die Prinzipien des biblisch geheiligten „Burenrechts“ verlassenden Kurs der Regierung Botha. Prompt waren jene zur Stelle, die – abgesichert nach allen Seiten – orakelten: „Dieser 'harte Kern' war es ja, der den Reformwagen bremste“, befanden z.B. die Sachverständigen des CDU-Blattes Rheinische Post (RP), aber auch, daß Botha „noch über eine satte Mehrheit im Parlament (verfüge), um seine Reformabsichten zu verwirklichen – sofern er diese hegt“ (RP, 8.3.1982).

Dieses „Reform“spielchen ist nicht gerade neu. „Es eilt im Süden Afrikas“, sorgte sich die Frankfurter Allgemeine (FAZ) nach dem Soweto-Aufstand am 20. Oktober 1976. Und so alle Jahre wieder: „Die Zeit drängt in Südafrika“ (FAZ, 8.8.1981). So gestanden die „klugen Köpfe“ des Frankfurter Weltblattes ein, daß sich am Apartheidregime nichts geändert hatte.

„Zweifel an Bothas Reformkraft“, so die FAZ am 29.1.1981, überkamen auch sie zuweilen. Auch nach der Abspaltung der erreaktionären Fraktion um Treurnicht bleiben „Reform“hoffnungen fromme Wünsche. Zum einen verkürzen sie die Optik auf einige Aspekte des Apartheidsystems. Zum anderen unterstellen sie, die faschistische Repressionspolitik der Vergangenheit sei dem Wirken dieser Minderheitsfraktion anzulasten.

Tatsache ist, daß unter Ministerpräsident Botha die Unterdrückungspraxis in Südafrika nicht nur nicht gelockert, sondern weiter verschärft und perfektioniert worden ist. Tatsache ist insbesondere, daß Bothas Regierung unbeirrt fortfuhr, das grundlegende Konzept der Apartheid – die geographische Aussonderung der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit und ihre Umdefinierung in rechtlose „Ausländer“ im für „weiß“ deklarierten größeren Landesteil – in die Realität umzusetzen.

Zwangsumsiedlungen schwarzer Slumbewohner am Rande der Großstädte in ihre sog. „Heimatländer“ wurden fortgesetzt; im Dezember 1981 wurde ein weiteres dieser angeblichen Stammesgebiete, die Ciskei, für „unabhängig“ erklärt. Und Tatsache ist, daß Südafrika unter Bothas Regime häufiger und aggressiver gegen die verhaßten progressiven Nachbarländer vorging als je zuvor.

Was also zwischen den Fraktionen der NP zum Streit führte, war nicht der Dissens über grundlegende Veränderungen, sondern der über die Notwendigkeiten und den Umfang von Anpassungen an veränderte Bedingungen. Bothas Kurs zielt darauf ab, ökonomisch notwendige Reduzierungen der Rassendiskriminierung (z.B. Abbau der Rassenschranken im Bergbau) zu verbinden mit dem Ausbau eines diktatorisch-militaristischen Regimes, der das Fortbestehen der grundlegenden Machtverhältnisse bei gleichzeitiger Aufspaltung des Widerstandes (letzteres durch die Idee einer Pseudo-Repräsentation der Inder und der Mischlingsbevölkerung auf Parlamentsebene und durch die Förderung eines schwarzen Mittelstandes) garantieren soll.

Den Anhängern des Andries Treurnicht geht all dies bereits zu weit. Für sie – wie für andere, bereits früher abgespaltene Grüppchen – ist der Versuch die Apartheid kosmetisch zu verändern, um sie zu retten, Verrat.

Das Botha-Regime sieht freilich wenig Anlaß, über Grundsätzliches nachzudenken. Die Reagan-Administration belohnte schon die Abservierung der Treurnicht-Gruppe mit der teilweisen Aufhebung des Waffenembargos. In der Namibia-Frage kommen die fünf westlichen

Kontaktgruppenstaaten Südafrikas Vorstellungen immer näher. Die Bundesregierung brachte es angesichts einer anschwellenden Verhaftungswelle lediglich zur Äußerung von „Beunruhigung und Empörung“ – an einen Boykott ist nicht gedacht.

Auf den im Inneren zunehmenden Druck reagiert das Botha-Regime in gewohnter Weise: Mit brutaler Unterdrückung.

Hier erweist sich, daß Botha und Treurnicht Seelenverwandte sind. Inder wie Mischlinge erteilten dem Spaltungsvorhaben durch ihre Abstimmungen vernichtende Abfuhren. Der Widerstand gegen das Rassistenregime nahm auf allen Ebenen zu: Demonstrationen, Boykotte und Streiks wurden als Waffen von Schülern, Studenten, den Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel und Arbeitern immer häufiger eingesetzt. Gemeinsame Aktionen der Afrikaner, der Inder und Mischlinge, Solidarität von Weißen nahmen zu – begleitet von der wachsenden Zahl bewaffneter Aktionen der Befreiungsbewegung.

Die unabhängigen Gewerkschaften der Afrikaner entwickelten sich mehr und mehr zu einer Hauptkraft dieses Widerstandes. Mit der Ermordung des (weißen) Gewerkschafters Neil Aggett, gegen die Hunderttausende im Januar protestierten, verstärkten die Schergen des Regimes zudem den Widerstand unter den Weißen Südafrikas, der sich bisher schon in Kriegsdienstverweigerung und Solidaritätsaktionen geäußert hatte.

Bothas Konzeption selbst ist historisch längst nicht mehr das Papier wert, auf dem sie entworfen wurde. Daher erklärt sich die Erosion der Parteienlandschaft Südafrikas (mit erstaunlichen Gewinnen der liberalen Opposition bei den jüngsten Stadtratswahlen). Daher erklärt sich allerdings auch die 1981 weiter verschärfte Unterdrückungspolitik. Willkürverhaftungen und Todesurteile sollen abschreckend auf alle wirken, die das Konzept der Apartheid bekämpfen. Umsonst.

1981 wurden mindestens 622 Personen verhaftet und zumeist ohne Anklage und Information von Angehörigen oder Öffentlichkeit festgehalten. 306 von ihnen waren Gewerkschafter und Arbeiter – Beweis dafür, daß das Regime in der Arbeiterbewegung neben den Guerillakämpfern des ANC seinen Hauptfeind sieht. Durch die Ermordung Neil Aggetts rückte die Praxis der Willkürhaft und Folter in Südafrika von neuem ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Es charakterisiert das Regime, daß wenige Tage nach diesem Verbrechen der für die Ermordung des schwarzen Bürgerrechtlers Steve Biko im Jahre 1977 verantwortliche Polizeioffizier zum stellvertretenden Polizeikommandierenden ernannt wurde.

Seinen Überlebenskampf gegen die Befreiungsbewegung und jegliche Opposition führt Bothas Regierung mit Todesurteilen – zur Zeit sind sechs ANC-Kämpfer mit Hinrichtung bedroht – und mit Terror. In Zimbabwe ermordeten südafrikanische Agenten den ANC-Vertreter Joe Gqabi; in Maputo überfielen sie ein ANC-Quartier und töteten mehrere seiner Insassen. Im November 1981 wurde Griffiths Mxenge, ANC-Mitglied und bekannter afrikanischer Verteidiger, ermordet – anscheinend von einem der sich vermehrenden weißen Terrorkommandos, die – nach lateinamerikanischen Vorbildern – den Kampf gegen „den Kommunismus“ auf ihre Fahnen geschrieben haben. Dem zu Tode gefolterten Neil Aggett werden ANC-Verbindungen nachgesagt. In den „unabhängigen“ Bantustans agieren Pretorias Marionetten im Sinne ihrer Lehrmeister und Geldgeber.

Der Einschüchterungsterror verfehlt seine Wirkung. Etwa 60 Sabotageakte führte der ANC allein 1981 durch, seine Unterstützung in der Bevölkerung wächst. Bei der Trauerdemonstration am Sarge Neil Aggetts wurden unter den Augen der Sicherheitspolizei Fahnen des ANC entrollt und die Menge sang Freiheitslieder des ANC.



Wolfram Brönner

## Initiativen zur Lösung der mittelamerikanisch-karibischen Krise

Wer von der lange vor angekündigten Initiative Ronald Reagans zur Karibik und Mittelamerika („karibisches Becken“) erwartet hatte, sie könnte Vorschläge für einen Abbau des aktuellen Spannungszustandes enthalten, sah sich getäuscht. Der US-Präsident ging in seiner Grundsatzrede (Wortlaut nachstehend), die er am 24. Februar 1982 in Washington auf einer Sondertagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vorstellte, auch mit keinem Wort auf die vorausgegangenen Lösungsvorschläge der Regierungen Mexikos und Nikaraguas zur Beilegung des regionalen Krisenszenarios ein.

### Ist die Krise eingeschleust?

Stattdessen bot R. Reagan ein Gebräu aus erhöhter Wirtschafts- und Militärhilfe für die der „freien Gesellschaft“ verpflichteten Staaten an.

Das 6-Punkte-Wirtschaftsprogramm, das der US-Kongreß verabschieden soll, räumt ihnen Erleichterungen für ihre Warenexporte in die USA und eine Aufstockung der US-Wirtschaftshilfe für die bedürftigsten Freundesländer der Region um 350 Mio Dollar, auf insgesamt 823,9 Mio Dollar für das laufende Haushaltsjahr 1982, ein – nahezu das Doppelte wie im Jahr 1981. Davon sollen alleine 100 Mio Dollar auf El Salvador und der zweithöchste Posten auf das bankrotte Kostarika entfallen.

Ganz oben an steht die Förderung des „freien Unternehmertums“, wobei die stärkere Anbindung von Teilen der Bourgeoisien einher gehen soll mit einem Investitionsschub für das US-Kapital. Was da als Patentrezept zur Überwindung von Unterentwicklung und wirtschaftlich-sozialen Problemen angepriesen wird, läuft im Kern auf etwas ganz anderes hinaus: Es ebnet einer verstärkten kapitalistischen Durchdringung des karibischen Beckens seitens der US-Multis den Weg, führt zur Vertiefung der neokolonialistischen Abhängigkeit und der sozialen Kluften, die heute in Massenarmut, Hunger und im Aufbegehren von Millionen Unterprivilegierten zum Tragen kommen.

Daß die Aufstandsbewegungen im mittelamerikanisch-karibischen Raum in der krassen sozialen Ungerechtigkeit, in einer unerträglich gewordenen Unterdrückung durch oligarchische Diktaturregimes und in der Ausplünderung durch das Fremdkapital wurzeln, daß die Krisenzuspitzung also interne Ursachen hat, will Washington nicht wahrhaben. Daß erst die Beseitigung der Willkürherrschaft dünner Oberschichten und einschneidende soziale Veränderungen den Weg freimachen können für eine Überwindung der gravierendsten Mißstände (siehe Kuba), mag die Reagan-Administration nicht eingestehen. Sie hat sich dafür entschieden, den sozialen Status quo um jeden Preis zu verteidigen. Ihre Allheilmittel sind eine „vermehrte Sicherheitsunterstützung“ von zusätzlichen 60 Mio Dollar für das Jahr 1982

(der größte Teil geht an El Salvador und Honduras) und ein Interventionskonzept, das auf die Zerschlagung der revolutionären Regimes und Befreiungsbewegungen der Region zielt.

In erster Linie sind das die „totalitär“ geschimpften Revolutionsregimes Nikaraguas, Grenadas und Kubas sowie die Befreiungsbewegungen El Salvadors, tituliert als „importierter Terrorismus“. Indem sie allesamt einen angeblich von außen eingeschleusten „sowjetischen Kolonialexpansionismus“, einer „Bedrohung“ bzw. „Aggression von außen“ zugeschlagen werden, erklärt Ronald Reagan sie vogelfrei:

„Wenn wir nicht unverzüglich und entschlossen handeln, um die Freiheit zu verteidigen, dann werden aus den Ruinen der heutigen Konflikte neue Kubas entstehen. Wir werden uns weiteren totalitären Regimen gegenübersehen; weiteren Regimen, die militärisch an die Sowjetunion gebunden sind; weiteren Regimen, die die Subversion exportieren... Ich glaube, daß eine freie und friedliche Entwicklung in unserer Hemisphäre von uns verlangt, den Regierungen, die sich einer Aggression von außen gegenübersehen, bei ihrer Verteidigung zu helfen.“<sup>1</sup> Und „helfen“, das schließt für den US-Präsidenten ausdrücklich gemeinsame „Verteidigungsverantwortung“ gegen „Terrorismus und Aufruhr“, d.h. den militärischen Interventionismus gegen die befreiten Länder



Managua 21. 2. 1982: Mexikos Präsident Lopez Portillo (M.) bei einer Massenkundgebung



und Befreiungsbewegungen, ein...

Ursprünglich strebte die Reagan-Administration ein Hilfsprogramm für das karibische Becken an, das die USA, Kanada, Mexiko und Venezuela gemeinsam finanzieren und tragen sollten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch in der zweiten Jahreshälfte 1981 am Einspruch Mexikos, so daß sich Washington schließlich zum Alleingang entschloß. Nicht einverstanden hatte sich Mexiko mit der Anbindung regionaler Wirtschaftshilfe an politisches Wohlverhalten, an militärischen Gewalteinsatz, an die interventionistische Eindämmung des sog. „kubanisch-sowjetischen Expansionismus“ gezeigt.

Während Washingtoner Repräsentanten ein ums andre Mal der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN/FDR, Nicaragua und Kuba militärischen Gewalteinsatz androhten, während sie eine Verhandlungslösung im El-Salvador-Konflikt unter Beteiligung der FMLN/FDR ausschlossen,<sup>2</sup> verhalf ihr die Regierung Mexikos mit der französisch-mexikanischen Erklärung vom 28.8.1981 zu einem internationalen Durchbruch. Mit dieser Erklärung wurde der militärischen Option Washingtons und der salvadorianischen Junta erstmals eine tragfähige Alternative entgegengesetzt. Ihre Kernpunkte: Anerkennung der FMLN/FDR als „einer repräsentativen Kraft“ und Ingangsetzen des Prozesses „einer umfassenden politischen Lösung“.<sup>3</sup> Als US-Außenminister Haig vor der OAS-Vollversammlung im Dezember 1981 eine überwältigende Mehrheit (22:3 Stimmen, bei 4 Enthaltungen) für die Unterstützung der Wahlfarce in El Salvador am 28. März 1982 hinter sich brachte, stimmte Mexiko gemeinsam mit Nicaragua und Grenada dagegen.

Die Reagan-Administration hat den FMLN/FDR-Vorschlag für eine politische Verhandlungslösung in El Salvador vom Oktober 1981 (Wortlaut in: AIB 1/1982, S.6) ebenso ausgeschlagen wie das Angebot des FMLN-Oberkommandos vom 28. Januar 1982 (FMLN-Brief an Ronald Reagan) in dem die Bereitschaft der Befreiungsfront zur Aufnahme von „Verhandlungen globalen Charakters ... zu jedem Zeitpunkt ohne jegliche Vorbedingungen“<sup>4</sup> bekräftigt wurde.

Wiederum blieb Washington die Antwort schuldig, es sei

denn man wertete die Kampfansage von Unterstaatssekretär Thomas O. Enders, abgegeben am 8. Februar d.J. vor dem außenpolitischen Senatsausschuß, als solche: „Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Entscheidungsschlacht um Mittelamerika in El Salvador stattfindet... Wenn wir den Kampf jetzt nicht durchhalten, werden wir in jenen Teufelskreis zurückfallen, bei dem für Mittelamerika die einzige Alternative zur rechten Diktatur die linke Diktatur ist.“<sup>5</sup>

Auf keinen Fall, so T.O. Enders an anderer Stelle, dürfe El Salvador den Preis einer Verhandlungslösung bezahlen, die das Land den Rebellen „aushändigen“ bzw. ihnen einen Platz in einer Koalitionsregierung garantieren würde. Die Priorität gebühre jenen Anstrengungen, mit denen man die Überlegenheit der „Gemäßigten“ (d.h. der Junta) auf dem Schlachtfeld herbeiführen könne.<sup>6</sup>

## „Entscheidungsschlacht“ El Salvador

Unterdessen war die Reagan-Administration, ungeachtet der von der salvadorianischen Junta zu verantwortenden Zunahme der Menschenrechtsverletzungen (im Jahr 1981 gab es nach neuesten Ermittlungen rund 15.700 Mordopfer<sup>7</sup>), zur neuerlichen Ausweitung ihres militärischen Engagements auf Seiten dieses Völkermordregimes übergegangen. Diesen Kurs suchte sie damit zu legitimieren, daß die Gewalteskalation in El Salvador durch einen angeblichen Strom von Waffen und Militärberatern aus Kuba und Nicaragua hervorgerufen würde. Von daher sei der El-Salvador-Konflikt ein internationaler, ein Teil des Ost-West-Konflikts geworden, was ein verstärktes Eingreifen der USA in die internen Auseinandersetzungen dieses Landes nahelege.

Umgekehrt sei es erforderlich – das betonte besonders US-Außenminister Haig – militärische „Gegen“aktionen auch gegen die „Quelle“ allen revolutionären Aufbegehrens (El Salvador, Guatemala, Kolumbien!) zu richten. Der Kriegszustand in El Salvador wurde so gleichzeitig zum Vorwand, um fortwährend Interventionsakte gegen Nicaragua und Kuba anzudrohen und insgeheim voranzutreiben.



Von Reagans Programm betroffene Länder des karibischen Beckens: Guatemala, El Salvador, Honduras, Belize, Kostarika, Panama, Jamaika, Haiti, Dominikanische Republik, Guyana, Surinam. Ausgespart: Kuba, Grenada, Nicaragua



# US-Programm für Mittelamerika und die Karibik

Die Prinzipien, die die Organisation Amerikanischer Staaten verkörpert – Demokratie, Selbstbestimmung, wirtschaftliche Entwicklung und kollektive Sicherheit –, sind Kernstücke der amerikanischen Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein stolzes Mitglied dieser Organisation. Was irgendwo auf dem amerikanischen Kontinent geschieht, berührt uns hier in unserem Lande. Wir haben also im wahrsten Sinne des Wortes ein gemeinsames Schicksal. (...)

Ich weiß, daß in der Vergangenheit die Vereinigten Staaten politische Maßnahmen vorgeschlagen haben, die nach unserer Erklärung beiderseitig nützlich sein sollten – nicht nur für Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko; d. Red.), sondern auch für die Nationen der Karibik und Mittel- und Südamerikas. Aber da gab es oft ein Problem. So gut unsere Absichten auch sein mochten, allein schon unsere großräumige Ausdehnung mag den Eindruck erweckt haben, daß wir eine Art Paternalismus ausüben.

Zu der Zeit, als ich einen neuen nordamerikanischen Einklang vorschlug, erklärte ich, daß ich an unsere Nachbarn nicht als einer herantreten wolle, der wieder einmal einen Plan habe, sondern als ein Freund, der ihre Ideen und ihre Vorschläge sucht, wie wir bessere Nachbarn werden könnten. Ich traf noch vor meinem Amtsantritt mit Präsident Lopez Portillo in Mexiko zusammen und mit Ministerpräsident Trudeau in Kanada kurz nach meinem Amtsantritt. Wir sind seither mehrfach in den USA, Mexiko und Kanada zusammengetroffen. Ich glaube, daß wir eine Beziehung geschaffen haben, die besser ist, als sie je eines unserer drei Länder vorher gekannt hat.

Heute möchte ich über unsere anderen Nachbarn sprechen – Nachbarn zur See – über rund zwei Dutzend Länder der Karibik und Mittelamerikas. Diese Länder tragen keine unbekanntenen Namen in irgendeiner isolierten Ecke der Welt, weit weg von uns. Sie sind uns sehr nahe. Das Land El Salvador liegt beispielsweise näher bei Texas als Texas bei Massachusetts. Die karibische Region ist eine lebenswichtige strategische und Handelsarterie für die Vereinigten Staaten. Fast die Hälfte des amerikanischen Handels, zwei Drittel unseres importierten Öls und über die Hälfte unserer importierten strategischen Mineralien passieren den Panamakanal oder den Golf von Mexiko. Möge sich niemand täuschen: Das Wohlergehen und die Sicherheit unserer Nachbarn in dieser Region liegen in unserem eigenen Lebensinteresse.

Wirtschaftliche Gesundheit ist einer der Schlüssel zu einer sicheren Zukunft für unsere Nachbarn im karibischen Becken. Ich bin glücklich, mitteilen zu können, daß Mexiko, Kanada und Venezuela sich uns in der Suche nach Mitteln und Wegen angeschlossen haben, um diesen Ländern zu helfen, ihr wirtschaftliches Potential zu verwirklichen.

## Privater Unternehmergeist muß gedeihen können

Jedes unserer vier Länder hat seine eigenständige Position und Einstellung. Mexiko und Venezuela helfen dabei, die Energiekosten für die Länder des karibischen Beckens durch eine eigene Ölfazilität zu erleichtern, die bereits in Funktion ist. Kanada verdoppelt seine bereits wesentliche Wirtschaftshilfe. (...)

Wir haben uns die Zeit genommen, enge Konsultationen mit anderen Regierungen in dieser Region (Mittelamerika und karibisches Becken; d. Red.) zu führen – sowohl mit Geldgebern als auch Nutznießern –, um sie zu fragen, was sie brauchen und was ihrer Ansicht nach funktionieren würde. Und wir haben lange an der Entwicklung eines Wirtschaftsprogramms gearbeitet, das Handel, Hilfe und Investitionen umfaßt – ein Programm, das eine langfristige Verpflichtung gegenüber den Ländern der Karibik und Mittelamerikas darstellt, damit sie durch den Einsatz der magischen Kräfte des Marktes der amerikanischen Staaten aus eigener Kraft zu einem Wachstum gelangen, das sich aus sich selbst heraus trägt.

Auf dem („Nord-Süd“-; d. Red.) Gipfeltreffen in Cancun im vergangenen Oktober stellte ich eine neue Sicht der Entwicklung dar, die mehr betonte als nur Hilfe und staatliche Intervention. Wie ich damals dargelegt habe, haben nahezu all jene Länder, die während der letzten 30 Jahre Erfolg mit ihrer Entwicklung hatten, dies

durch die Kraft einer marktwirtschaftlich orientierten Politik und durch tatkräftige Beteiligung an der Weltwirtschaft erreicht. Hilfe muß durch Handel und Investitionen ergänzt werden.

Das heute von mir vorgeschlagene Programm setzt diese Prinzipien in die Praxis um. Es ist ein umfassendes Programm, das unseren Nachbarn dabei hilft, sich selbst zu helfen, ein Programm, das Bedingungen schafft, unter denen Kreativität, privater Unternehmergeist und Selbsthilfe gedeihen können.

Hilfe ist ein wichtiger Teil dieses Programms, denn viele unserer Nachbarn brauchen sie, um sich selbst in eine Startposition zu bringen, von wo aus sie ihren eigenen Unterhalt verdienen können. Aber diese Hilfe wird Aktivitäten des Privatsektors ermutigen – und sie nicht vertreiben.

Im Mittelpunkt dieses Programms, das ich dem Kongreß zuleiten werde, steht der freie Handel für Produkte des karibischen Beckens, die in die Vereinigten Staaten exportiert werden sollen. Derzeit gelangen bereits rund 87 Prozent der karibischen Exporte zollfrei auf die amerikanischen Märkte – gemäß dem allgemeinen Präferenzsystem. Diese Exporte decken jedoch nur eine begrenzte Bandbreite der derzeitigen Produkte ab – und nicht die weite Vielfalt der möglichen Produkte, die diese talentierten und fleißigen Völker herzustellen in der Lage sind. Gemäß dem von mir vorgeschlagenen Freihandelsabkommen werden die Exporte aus diesem Gebiet 12 Jahre lang zollfrei sein. Daher können neue Investoren in dem Bewußtsein auf den Markt gehen, daß ihre Produkte zumindest für die Abschreibungsfrist ihrer Investitionen zollfrei behandelt werden. Vor Gewährung der Zollfreiheit werden wir mit jedem Land seine eigenen Selbsthilfemaßnahmen besprechen. (...) Und Wachstum in der Karibik wird jedem nützen – auch die amerikanischen Exporte werden neue Märkte finden.

Um noch weitere Investitionen anzuziehen, werde ich zweitens den Kongreß ersuchen, beträchtliche Steueranreize für Investitionen im karibischen Becken zu bieten. Wir sind außerdem bereit, bilaterale Investitionsverträge mit interessierten Ländern des Beckens auszuhandeln.

Drittens werde ich um eine Ergänzungszuweisung von 350 Millionen Dollar für das Haushaltsjahr 1982 ersuchen, um jenen Ländern zu helfen, die wirtschaftlich besonders schwer betroffen sind. Viel von dieser Hilfe wird sich auf den Privatsektor konzentrieren. Diese Schritte werden dazu beitragen, jenen Unternehmergeist zu fördern, der notwendig ist, um Vorteil aus den Haushalts- und Investitionsanteilen des Programms zu ziehen.

Viertens werden wir technische Hilfe und technische Ausbildung anbieten, um dem Privatsektor der Länder des Beckens dabei zu helfen, die Möglichkeiten dieses Programms auszuschöpfen. Dies umfaßt Investitionsförderung, absatzfördernde Maßnahmen beim Export und Anstrengungen beim Technologietransfer sowie Programme zur Erleichterung der Anpassung an größeren Wettbewerb und stärkere Produktion bei Landwirtschaft und Industrie. Ich beabsichtige, die aktive Teilnahme der Geschäftswelt an diesem gemeinsamen Unterfangen anzustreben. Das Friedenskorps hat bereits 861 Freiwillige in Ländern des karibischen Beckens und wird besonderen Nachdruck auf die Rekrutierung von Freiwilligen legen, die Erfahrung bei der Entwicklung örtlicher Unternehmen haben.

Fünftens werden wir eng mit Mexiko, Kanada und Venezuela zusammenarbeiten – die bereits alle selbst beträchtliche und innovative Programme in die Wege geleitet haben –, um zu größeren internationalen Anstrengungen zur Koordinierung unserer eigenen Entwicklungsmaßnahmen mit ihren entscheidenden Beiträgen und jenen anderer potentieller Geberländer wie Kolumbien anzuregen. Wir werden auch unsere europäischen, japanischen und anderen asiatischen Verbündeten sowie die multilateralen Entwicklungsinstitutionen anregen, um ihre Hilfe für diese Region zu erhöhen. Angesichts unserer besonderen und geschätzten Beziehungen zu Puerto Rico und den amerikanischen Jungferninseln werden wir sicherstens besondere Maßnahmen vorschlagen, um sicherzustellen, daß auch sie aus diesem Programm Vorteile und Gedeihen ziehen. Mit ihrer starken Tradition in Demokratie und freiem Unternehmertum können sie eine führende Rolle bei der Entwicklung des Gebietes spielen. (...)



Ich habe bisher hauptsächlich von den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen für die Entwicklung gesprochen. Aber es gibt auch noch andere Gefahren. Eine neue Art von Kolonialismus geht heute durch die Welt und bedroht unsere Unabhängigkeit. Er ist brutal und totalitär. Er kommt nicht aus unserer Hemisphäre, aber er bedroht unsere Hemisphäre und hat auf amerikanischem Boden Stellungen für die Expansion seiner kolonialistischen Ambitionen bezogen.

Die Ereignisse der letzten Jahre stellen überdeutlich zwei verschiedene Wege der Zukunft dar, die für das Gebiet der Karibik möglich sind: Entweder die Errichtung bzw. die Wiederherstellung gemäßiger, konstitutioneller Regierungen mit Wirtschaftswachstum und verbessertem Lebensstandard; oder aber weitere Ausbreitung der politischen Gewalt von seiten der extremen Linken und der extremen Rechten, was zur Errichtung von Diktaturen und unvermeidlicherweise (zu; d. Red.) weiterem wirtschaftlichem Niedergang und menschlichem Leiden führen würde.

Die positive Möglichkeit wird durch jene zwei Drittel der Nationen dieses Gebietes illustriert, die demokratische Regierungen haben. Die düstere Zukunft wirft ihre Schatten voraus durch die Armut und Unterdrückung in Castros Kuba, durch den eisernen Griff der totalitären Linken in Grenada und in Nicaragua sowie durch die sich ausweitende Unterstützung für gewaltsame Revolutionen in Mittelamerika – begünstigt von der Sowjetunion, dirigiert von Kuba. (...)

Unser Wirtschafts- und Sozialprogramm kann nicht funktionieren, wenn unsere Nachbarn nicht ihre eigene wirtschaftliche und politische Zukunft in Frieden selbst bestimmen können, sondern stattdessen ihre Mittel abgeleitet werden, um importierten Terrorismus und bewaffneten Angriff zu bekämpfen. Es kann keinen wirtschaftlichen Fortschritt geben, solange die Guerilla systematisch Brücken, Bauernhöfe, Energie- und Transportsysteme abbrennen, bombardieren und zerstören – und alles in der mutwilligen Absicht, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu verschlimmern, in der Hoffnung, das bereits leidende Volk zu radikalisieren.



Die friedlichen Entwicklungsversuche unserer karibischen Nachbarn werden von den Feinden der Freiheit gefürchtet, weil ein Erfolg dieser Versuche die Botschaft des Radikalen hohl klingen lassen würde. Kuba und seine sowjetischen Helfershelfer wissen das. Seit 1978 trainiert, bewaffnet und dirigiert Havanna die Extremisten des Guerillakrieges und der Wirtschaftssabotage als Teil einer Kampagne, die Unruhe in Mittelamerika und in der Karibik auszunutzen. Ziel ist, marxistisch-leninistische Diktaturen im Stile Kubas zu errichten. (...)

Seit nahezu zwei Jahren dient Nicaragua als Plattform für geheime militärische Operationen. Über Nicaragua werden Waffen an die Guerilla in El Salvador und Guatemala geschmuggelt.

Die Regierung Nicaraguas gibt sogar die gewaltsame Umsiedlung von etwa 8.500 Miskito-Indianer zu, und wir haben eindeutige Beweise dafür, daß seit Ende 1981 zahlreiche indianische Dörfer niedergebrannt worden sind und Männer, Frauen und Kinder getötet wurden.

Die nikaraguanische Junta übermittelte der OAS im Jahr 1979 schriftliche Garantien, daß sie beabsichtige, die Menschenrechte zu respektieren und freie Wahlen abzuhalten. Zwei Jahre später kann man diese Verpflichtungen bewerten – nämlich an der Verschiebung der Wahlen bis 1985, an den Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber freien Gewerkschaften und Parteien, den Medien und den Minderheiten und in Mißachtung aller internationalen Regeln

an dem fortgesetzten Export von Waffen und Subversionen in die benachbarten Länder.

Im Gegensatz dazu begann vor zwei Jahren die Regierung von El Salvador mit einer beispiellosen Landreform. Sie hat die Guerilla wiederholt aufgefordert, auf Gewalt zu verzichten und am demokratischen Prozeß mitzuarbeiten – an einer Wahl, in der die Bevölkerung von El Salvador über die Regierung entscheiden könnte, die sie vorzieht.

Unser eigenes Land sowie andere amerikanische Länder haben im Rahmen der OAS einen solchen Kurs gefordert. Die Guerilla hat sich geweigert. Und mehr noch: sie droht denjenigen, die sich an einer solchen Wahl beteiligen, Gewalt und Tod an. Kann denn irgend etwas die wahre Art derjenigen noch deutlicher machen, die vorgeben, sogenannte Befreiungskriege zu unterstützen?

Mit Hilfe einer entschlossenen Propagandakampagne ist versucht worden, viele in Europa und fraglos auch viele in den USA zu täuschen. Einfach gesagt, die Guerilla, durch Kuba bewaffnet und unterstützt, versucht dem Volk von El Salvador eine marxistisch-leninistische Diktatur als Teil eines größeren imperialistischen Planes aufzuerlegen.

### Keine „neuen Kubas“ mehr zulassen.

Wenn wir nicht unverzüglich und entschlossen handeln, um die Freiheit zu verteidigen, dann werden aus den Ruinen der heutigen Konflikte neue Kubas entstehen. Wir werden uns weiteren totalitären Regimen gegenübersehen; weiteren Regimen, die militärisch an die Sowjetunion gebunden sind; weiteren Regimen, die die Subversion exportieren; weiteren Regimen, die zwar inkompetent aber doch so totalitär sind, daß die einzige Hoffnung ihrer Bürger die ist, eines Tages in ein anderes amerikanisches Land auswandern zu können, wie sie in den letzten Jahren in die USA gekommen sind. Ich glaube, daß eine freie und friedliche Entwicklung in unserer Hemisphäre von uns verlangt, den Regierungen, die sich einer Aggression von außen gegenübersehen bei ihrer Verteidigung zu helfen. Aus diesem Grunde werde ich den Kongreß ersuchen, vermehrte Sicherheitsunterstützung zu gewähren, um befreundeten Ländern bei der Abwehr solcher Kräfte zu helfen, die ihre Chancen auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und politische Demokratie zerstören würden.

Seit 1947 wurden durch den Vertrag von Rio gegenseitige Verteidigungsverantwortungen geschaffen, die mit unseren gemeinsamen demokratischen Idealen verbunden sind. Diesen Verantwortungen nachzukommen, ist umso wichtiger, wenn eine Macht von außen Terrorismus und Aufruhr unterstützt, um jede Möglichkeit für Freiheit und Demokratie zu zerstören. Unsere Freunde und unsere Gegner sollten verstehen, daß wir alles, was klug und notwendig ist tun werden, um Frieden und Sicherheit im karibischen Raum sicherzustellen.

Angeichts der Bedrohung von außen ist die Sicherheit für die Länder in der Karibik und Mittelamerika kein Selbstzweck, aber sie ist ein Mittel zum Zweck. Sie ist ein Mittel zum Aufbau repräsentativer und verantwortungsvoller Institutionen, zur Stärkung des Pluralismus und freier privater Institutionen – Kirchen, freie Gewerkschaften und eine unabhängige Presse. Sie ist ein Mittel zur Stärkung der grundlegenden Menschenrechte, die die Feinde der Freiheit zerstören möchten. Vor allem in der Karibik sind wir bestrebt, diese Werte und Prinzipien zu schützen, die das stolze Erbe dieser Hemisphäre bilden.

Ich habe bereits unsere Unterstützung für die kommenden Wahlen in El Salvador zum Ausdruck gebracht. Wir unterstützen ebenfalls nachdrücklich die mittelamerikanische demokratische Gemeinschaft, die im Januar durch Costa Rica, Honduras und El Salvador gebildet wurde. Die Vereinigten Staaten werden eng mit anderen interessierten Demokratien innerhalb und außerhalb dieses Raumes zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen demokratischen Werte zu bewahren und zu fördern.

Wir werden jedoch nicht dem Beispiel Kubas folgen bei dem Versuch, menschliche Probleme durch nackte Gewalt zu lösen. Unsere Wirtschaftshilfe, einschließlich der Zusätze, die Teil des soeben von mir dargelegten Programms sind, ist über fünfmal größer als der Betrag unserer Sicherheitsunterstützung. Der Schwerpunkt unserer Hilfe liegt darauf, unseren Nachbarn bei der Verwirklichung der Freiheit, der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Fortschritts zu helfen.

Wir sind bestrebt, niemanden auszuschließen. Einige haben sich jedoch von ihren amerikanischen Nachbarn und ihrem Erbe abgewandt. Sie sollten zu den Traditionen und den gemeinsamen Werten dieser Hemisphäre zurückkehren, und wir alle werden sie willkommen heißen. Die Entscheidung liegt bei ihnen. (...)

(Quelle: Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 8/24.2.1982, S. 1-13)





Juntakoordinator Daniel Ortega (r.) verlas den Friedensvorschlag Nikaraguas am 21. 2. 1982 in Managua

## 5-Punkte-Vorschlag Nikaraguas

1. Nicaragua wiederholt seine Bereitschaft eine konsequente Politik der Nichtpaktgebundenheit aufrechtzuerhalten, die sich in der Beibehaltung der Beziehungen mit allen Ländern der Welt ausdrückt, unabhängig von ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen, vor allem mit den Ländern Lateinamerikas.
  2. Wir halten es für richtig, Verträge über Nichtangriff und gegenseitige Sicherheit mit unseren Nachbarn auf der Grundlage der Nichteinmischung und des gegenseitigen Respekts abzuschließen.
  3. Ebenso halten wir es für vernünftig, Anstrengungen zu unternehmen, um die „militärischen Fronten“ zu begrenzen und um Formen zu finden, wie man an den gemeinsamen Grenzen mit Honduras und Kostarika zusammen patrouillieren kann in der Absicht, irreguläre Aktivitäten feindseliger Elemente gegen irgendeine der drei Regierungen zu unterbinden.
  4. Wir betonen die Bereitschaft, mit den USA freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, sowie Gespräche über alle Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse zu beginnen, die vor allem auf eine Verhandlungslösung der Konflikte und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region abzielen.
  5. Diese Resolutionen müssen auf der Grundlage der absoluten Respektierung der nationalen Souveränität Nikaraguas, der Nichteinmischung in unsere inneren Angelegenheiten, keiner Unterstützung konterrevolutionärer Aktivitäten, keiner Aggression, auch nicht eines Wirtschaftsboykotts, abgeschlossen werden; auf der Grundlage der Respektierung unseres Rechtes internationale Zusammenarbeit zu fördern und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung anzustreben, die zwar den Umständen angepaßt sein muß, uns letztendlich aber nicht zu rigorosen Überlebens- und Verteidigungsmaßnahmen zwingen dürfen. Nicaragua steht fest zu seiner Aussage, seine Revolution zu entwickeln, und zu seinem Weg im Rahmen einer gemischten Wirtschaft, des politischen Pluralismus und der Nichtpaktgebundenheit, und spätestens im Jahr 1985 demokratische Wahlen durchzuführen.
- (Quelle: El Dia, Mexiko-Stadt, 24.2.1982)

Ronald Reagan und seine UN-Botschafterin Jeane J. Kirkpatrick entblödeten sich nicht, jüngst die sandinistisch geführte Revolutionsregierung Nikaraguas als größtes „Gewalt“- und „Menschenrechtsverletzer“-Regime ganz Mittelamerikas anzuprangern (wegen der – eben nicht „mörderischen“ – Umsiedlung von 8.500 Miskito-Indianern aus dem durch Überfälle von Somozisten verunsicherten Grenzgebiet zu Honduras), während sie die „Reform“politik des salvadorianischen Völkermordregimes gar als „beispiellos“, als nachahmenswert empfahlen.<sup>8</sup>

Und schließlich versucht Washington, die erhöhten Verteidigungsanstrengungen Nikaraguas und Kubas (Ausdehnung der Volksmilizen, Raketenabwehrsysteme u.a.), die ja doch erst die Folge der US-Androhung von Interventions-, Blockade- und Invasionsakten sind, zu dem Beweis für ihre angebliche „Bedrohung“ aller anderen Staaten Mittelamerikas und der Karibik umzufälschen.

Wer hier in Wahrheit wen bedroht, zeigt ein Blick auf das Maßnahmenpaket, das die Reagan-Administration seit der Jahreswende 1981/82 zur Anwendung gebracht hat:

- Der Junta El Salvadors wurden, da sie 1981 zusehends Boden gegen die Befreiungsbewegung FMLN/FDR, zusätzlich zu den für 1982 bereits veranschlagten 210 Mio Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe, am 1.2.1982 von R. Reagan zusätzlich 55 Mio Dollar an militärischer „Sicherheitsnothilfe“ aus einem Sonderfonds des US-Präsidenten bereitgestellt. Anfang März d.J. forderte die Regierung Reagan dem Kongreß weitere 35 Mio Dollar Nothilfe für El Salvador ab, womit man auf offizielle 300 Mio Dollar Überlebenshilfe im laufenden Jahr 1982 für dieses Schlächterregime kam.<sup>9</sup>

Im Januar/Februar d.J. trafen in Fort Bragg und Fort Benning rund 1.600 salvadorianische Offiziere und Offiziersanwärter zur Spezialausbildung für die Antiaufstandsbe-kämpfung ein. Was von ihrem bevorstehenden Einsatz in El Salvador zu erwarten steht, demonstrierte im Dezember 1981 die von US-Militärberatern ausgebildete und instruierte Juntabrigade Atlacatl (1.000 Mann). Bei vorgeblichen Verfolgungsaktionen gegen die Guerilla in der Provinz Morazan massakrierte sie im Raum Mozote über 1.000 Zivilisten (siehe AIB 2/1982, S.11).

Die US-Militärberater, deren Teilnahme an Folterungen und Massenmorden inzwischen mehrfach bezeugt ist, und die Regierung Reagan zeichnen daher mitverantwortlich für die völkermordartigen Verbrechen des Regimes.

- Generalleutnant W.H. Nutting, der als Chef des Südkommandos der US-Armee (in Panama) Mitte Februar d.J. in El Salvador die Lage erkundete, das US-Außenministerium und der CIA äußerten wiederholt, daß die salvadorianische Junta nur noch mit Hilfe des Einsatzes fremder Truppen gehalten werden könne. Ronald Reagan, Alexander Haig, Larry Speaks und andere Washingtoner Regierungsvertreter mochten eine **Entsendung von US-Kampftruppen** nach El Salvador unter bestimmten Umständen nicht ausschließen. Nach Angaben des Mitglieds des FMLN-Generalkommandos Sh.J. Handal soll die Reagan-Administration für diesen Fall in den USA bereits fünf Marineinfanterie-Brigaden in Gefechtsbereitschaft halten und haben die Armeespitzen von El Salvador, Honduras und Guatemala kürzlich ein Geheimabkommen über den gemeinsamen Einsatz gegen die salvadorianische Guerilla vereinbart.<sup>10</sup>

## CIA-Einsätze gegen Nicaragua/Kuba

- Seit Jahresbeginn kreuzen im Golf von Fonseca, einer an El Salvador und Nicaragua angrenzenden pazifischen Meeresbucht, Zerstörer der US-Kriegsmarine (Deyo und Caron), die mit elektronischem Überwachungsgerät ausgerüstet sind. Sie sind für den Einsatz nicht nur gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung, sondern mehr noch gegen Nicaragua ausgerichtet. Gleiches gilt für die beiden Atlantikinseln San Andrés und Providencia nahe der nikaraguanischen Küste, über deren Nutzung als US-Militärbasen (Kostenpunkt 21 Mio Dollar) das Pentagon derzeit Geheimverhandlungen mit Honduras und Kolumbien führt.<sup>11</sup>

- Am 19. Januar d.J. gründeten unter Zutun der USA in San José El Salvador, Honduras und Kostarika die Demokratische Gemeinschaft Mittelamerikas, deren Berufung auf eine kollektive „Sicherheits“politik (gemäß dem Interamerikanischen Beistandsabkommen TIAR des Jahres 1947) sich offensichtlich gegen das revolutionäre Nicaragua richtet und die salvadorianische Junta protegirt.

- Wie die Washington Post am 14. Februar 1982 in Teilen aufdeckte und US-Regierungsbeamte (u.a. CIA-Chef Casey) inzwischen bestätigten, haben der Nationale Sicherheitsrat und Präsident Reagan schon Ende 1981 einen **CIA-Geheimplan** für verdeckte Operationen vorrangig gegen Nicaragua und – in kleinerem Rahmen – gegen Kuba gebilligt. Der Operationsplan, der mit einem Etat von anfänglich 19 Mio



## Interview mit José Lopez Portillo

# Die Chancen für eine Entspannung sinken

FRAGE: Was denken Sie über die Rede Reagans?

LOPEZ PORTILLO: Zunächst möchte ich die positiven Aspekte dieser Rede unterstreichen. Das wichtigste Industrieland der Welt hat sehr klar verstanden, daß die Probleme der Länder des Südens, die sich in politischen Krisen ausdrücken, soziale Ursachen haben, deren Ursprung in der Wirtschaft liegt. Wenn man eine Lösung will, muß man die Wurzel der Dinge sehen, d.h. das Wesen der Nord-Süd-Beziehungen. Das amerikanische Projekt trägt zu einer globalen Lösung bei, die wir z.B. bei der Konferenz in Cancún (Ende Oktober 1981, siehe AIB 1/1982, S. 53-54; d. Red.) suchten.

Nicht einverstanden bin ich mit dem diskriminierenden Charakter der Hilfe, d.h. dem Ausschluß von mehreren Ländern der Region aus ideologischen Gründen. Besser wäre es gewesen, eine Formel zu finden, die es im Gegenteil erlaubt, sie zu generalisieren. Ich bin auch nicht damit einverstanden, daß ein Teil der Hilfe aus Waffenlieferungen besteht.

FRAGE: Haben Sie die Absicht, sich in der einen oder anderen Weise an dem Plan zu beteiligen?

LOPEZ PORTILLO: Getreu unseren Prinzipien tun wir dies seit langer Zeit. Durch den Vertrag von San José wurde unsere Hilfe hinsichtlich der Lieferung von Erdöl an die Länder der Region konkretisiert. Diese Verpflichtung ist eine besondere Belastung für Mexiko, da wir leichtes Erdöl liefern, das auf dem freien Markt sehr einfach abzusetzen ist. Trotzdem werden wir diese Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterführen, ohne politische Bedingungen oder ein Programm der Militärhilfe damit zu verknüpfen.



Mexiko, Januar 1981 - Makabres Geschenk R. Reagans, ein Jagdgewehr für Lopez Portillo

FRAGE: Was halten Sie von den Reaktionen, die Ihre Rede (am 21. Februar 1982; d. Red.) in Managua hervorrief?

LOPEZ PORTILLO: Es gab verschiedene Reaktionen, jedoch keine überraschenden. Frankreich hat sehr gut reagiert. Die Sozialistische Internationale fand die Vorschläge positiv wie auch die Gesamtheit der europäischen Länder. Die Tatsache, daß Präsident Reagan den Inhalt seiner Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) schon festgelegt hatte, führte dazu, daß vom Weißen Haus keine offizielle Reaktion kam. Da wir beschlossen haben, uns gegenseitig über unsere Initiativen, die die Region betreffen, zu informieren, waren uns die Texte unserer beiden Reden zeitig bekannt. Ich denke, daß diese Themen bei einer nächsten Begegnung bei den Vereinten Nationen zwischen unserem Außenminister Jorge Castaneda und General Alexander Haig besprochen werden. Ich erwarte positive Reaktionen, die die Spannungen verringern können. (...)

LOPEZ PORTILLO: Wenn es uns gelingt, die Beziehungen zwischen den USA und Kuba zu entspannen, sie dazu zu bringen zu verhandeln, werden die anderen Probleme sich von selbst lösen.

FRAGE: Was denken Sie über den Brief, den Ihnen Fidel Castro nach Ihrer Rede schickte?

LOPEZ PORTILLO: Er zeigt, daß der kubanische Staatschef meine Absichten verstanden hat. Er bestätigt, daß Kuba bereit ist, vom Dialog zu Verhandlungen überzugehen.

FRAGE: Wie war die Reaktion der Sandinistas auf Ihren Vorschlag, die Rüstung zu verringern, wenn die Situation dies erlaubt?

LOPEZ PORTILLO: Sie lehnen eine solche Hypothese nicht ab. Sie fürchten jedoch, sich einem militärischen Angriff ohne entsprechende Verteidigungskapazitäten gegenüberzusehen. Ich glaube, daß wir diesen Eventualfall verhindern können und wir arbeiten daran. Ich bin überzeugt, daß es möglich wäre, die Rüstung Nikaraguas auf ein annehmbares Maß zu bringen, wenn ernsthafte Verhandlungen stattfänden.

FRAGE: Warum haben Sie sich gegen Waffenverkäufe von Frankreich an Nicaragua ausgesprochen?

LOPEZ PORTILLO: Ich wollte für Mexiko das Recht bewahren, jedes Mal zu protestieren, wenn in der augenblicklichen Situation Waffen nach Mittelamerika geliefert werden. Was wir den USA, Kuba oder der Sowjetunion vorwerfen, müssen wir auch unserem geliebten Frankreich vorwerfen. Man muß konsequent sein.

FRAGE: Einige amerikanische Kommentatoren glaubten Ihren kürzlichen Erklärungen entnehmen zu können, daß Sie sich von der französisch-mexikanischen Stellungnahme zu El Salvador, die die Demokratisch-Revolutionäre Front und die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí als repräsentative politische Kraft anerkennt, zurückziehen. Ist das richtig?

LOPEZ PORTILLO: Die öffentliche Meinung in Nordamerika täuscht sich, wenn sie glaubt, daß für Mexiko und Frankreich die beiden Fronten Vertreter der Gesamtheit des Volkes von El Salvador sind. Sie sind in der Tat die Kräfte, die im Kampf gegen die Junta stehen. Ich glaube weiterhin, daß wir, um eine politische Lösung in El Salvador zu finden, die antagonistischen Kräfte in verhandelnde Protagonisten umwandeln müssen.

FRAGE: Sie haben gesagt: „Zwischen Wahlen ohne Verhandlungen und Verhandlungen ohne Wahlen muß es einen Mittelweg geben“. Bedeutet dies, daß Sie Wahlen und außerdem Verhandlungen wünschen? Und in welcher Reihenfolge?

LOPEZ PORTILLO: Es ist schwer vorstellbar, daß Wahlen stattfinden, während der Guerillakampf und die Auseinandersetzungen weitergehen. Ich glaube, daß man vor Wahlen zu dem kommen muß, was ich eine „verfassungsmäßige Übereinkunft“ nenne, die die Authentizität des Wahlprozesses garantiert.

FRAGE: Warum vertritt Mexiko im Falle von Guatemala nicht die gleiche Position wie zu Nicaragua und El Salvador?

LOPEZ PORTILLO: Es handelt sich um unterschiedliche Situationen.

FRAGE: Nehmen Sie die Möglichkeit einer massiven militärischen Intervention der USA in der Region ernst?

LOPEZ PORTILLO: Ich weigere mich, mir dies vorzustellen. Bei meinen Gesprächen mit amerikanischen Offiziellen, besonders mit Haig, sagte ich, daß wir meines Erachtens aufhören sollten mit dem verbalen Krieg und Terrorismus. Aus diesem Grund will ich an diese Möglichkeit nicht denken.

FRAGE: Es gibt eine starke Opposition der öffentlichen Meinung in Nordamerika gegen jeden Versuch einer massiven Intervention in der Region, die sich aus der Erinnerung an den Vietnamkrieg zu erklären scheint. Was halten Sie von der Formulierung: „El Salvador ist vielleicht nicht Vietnam, aber Mittelamerika könnte verheerender sein“?

LOPEZ PORTILLO: Jede Intervention einer Großmacht, gleich welcher, in einem schwachen Land ist ein schwerer historischer Fehler. Vietnam hatte einen Schutzpatron, unsere Region hat das nicht. Die Vernichtung wäre total, aber dies wäre bei weitem nicht von Vorteil für die USA.

FRAGE: Warum hat Mexiko gute Beziehungen zu marxistischen Regimes, die der Region inbegriffen?

LOPEZ PORTILLO: Weil wir an den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker glauben. Weil wir ganz hervorragende Beziehungen, ohne den Schatten eines Problems, zu einem marxistischen Land wie Kuba haben.

Wenn wir davon ausgehen, daß unsere Gesellschaft pluralistisch ist, müssen wir auch davon ausgehen, daß dies für die Welt zutrifft. Und wenn die Welt pluralistisch ist, müssen wir tolerant miteinander umgehen. Wer hat recht? Jeder hat seine Gründe. Ist es nicht ganz natürlich, daß es Kommunisten, Kapitalisten, Moslems und Christen und was sonst noch gibt?

Es macht mir keine Angst, daß Kuba kommunistisch ist. Wovor ich Angst habe, das sind die Länder, die ihre Ideologie (welche auch immer) zu exportieren suchen und die bei uns intervenieren möchten, und dadurch das Recht der Völker auf Selbstbestimmung verletzen. Das ist es, was ich verurteile.

(Quelle: Le Monde, Paris, 27.2.1982)



## Brief Fidel Castros an Mexikos Präsident Lopez Portillo



Sommer 1981: Besuch Fidel Castros bei Lopez Portillo

Sehr verehrter Herr Präsident, lieber Freund, ich habe von Ihrer außerordentlichen Rede (vom 21.2.1982 in Managua; d. Red.) bei der Entgegennahme des Ordens erfahren, der den hohen Namen Augusto Cesar Sandinos trägt und mit dem die Regierung und das Volk Nikaraguas Sie verdientermaßen ausgezeichnet haben. Diese Ausführungen bekräftigen einmal mehr Ihre hervorragende Eigenschaft als Staatsmann in der mexikanischen Kontinuitätslinie, die der berühmte Benito Juarez mit der Proklamation zog, daß „die Respektierung des Rechtes der Anderen der Frieden“ ist.

Kuba stimmt mit Ihrer noblen Sehnsucht überein, unserer mittelamerikanischen Region eine Situation des Friedens zu sichern, die auf dem Recht der in ihr lebenden Völker auf ihre volle Souveränität, auf vollständige Selbstbestimmung und darauf, die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen durchzuführen, über die sie selber demokratisch entscheiden, beruht.

Sie können mit der Regierung und dem Volk Kubas und mit meinem persönlichen Engagement zum Finden von Wegen rechnen, die die Spannungen eliminieren und den Weg frei machen für demokratische und friedliche Lösungen der beängstigenden Probleme, die die Mehrheit der Länder dieses Gebietes bedrücken und ohne deren Lösung es weder Ruhe noch geordnete Entwicklungen in diesen Ländern geben wird, die als Folge von Hunger, wirtschaftlicher Rückständigkeit, Despotismus und Interventionismus derjenigen durchgeschüttelt werden, die hartnäckig darauf bestehen, um jeden Preis blutige Regimes aufrechtzuerhalten, die von ihren Völkern gehaßt werden.

Kuba hat wiederholt seinen Friedenswillen erklärt. Kein Volk unseres Amerika, das nicht zu brudermörderischer Aggression greift, braucht kubanische Waffen zu fürchten. Diese Waffen sind ausschließlich zur Vaterlandsverteidigung hier. Wir sind bereit, allen gegenüber Garantien in diesem Sinne anzubieten. Die Notwendigkeit adäquater Verteidigungsmittel, die wesentliche wirtschaftliche Opfer verlangen, erklärt sich der lateinamerikanischen und Weltöffentlichkeit gegenüber recht deutlich im Lichte der Aggression, die seit 1959 von den aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba ausgeübt wurde.

In der Fortdauer dieses ebenso ungleichen wie ungerechten Antagonismus beharrt die Regierung Reagan darauf, die aggressivste zu sein. Von Tag zu Tag steigert sie den Ton ihrer Drohungen, während die Lügen- und Verleumdungskampagne gegen unser Land ein beispielloses Ausmaß erreicht und ihre höchsten Vertreter hartnäckig dabei bleiben, nicht auf einen militärischen Angriff als eine der Optionen verzichten zu wollen, die sie ohne Legitimität oder irgendwelchen Respekt vor dem Völkerrecht als Reserve zur „Bestrafung“ und wenn möglich Zerstörung Kubas erwähnen, weil dieses sich unwiderruflich entschieden hat, unabhängig zu sein.

Es ist daher das legitime, unantastbare und unwiderrufliche Recht auf Selbstverteidigung, das das kubanische Volk dazu gebracht hat,

sich in massenhafter Form militärisch zu organisieren und vorzubereiten. Daher werden die kubanischen Waffen für die Bruderländer Lateinamerikas und der Karibik niemals eine Gefahr sein, sondern Symbol einer Entscheidung, die in jenen Tagen José Martí ausgedrückt hat: die Entscheidung, mit der Unabhängigkeit Kubas rechtzeitig zu verhindern, daß die Vereinigten Staaten sich in dem Gebiet ausbreiten und mit dieser vermehrten Macht über unsere Länder in Amerika herfallen.

In Wahrheit stellen wir einen soliden und uneinnehmbaren Schützengraben gegen den Expansionismus dar, der die Völker dieser Hemisphäre so schmerzlich und teuer zu stehen gekommen ist und den die heldenhafte mexikanische Nation mit hohem Blutzzoll, Unterwerfung und zahlreichen Abtretungen heimatlichen Landes am eigenen Leibe erlitt.

Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten – die Quelle aller Probleme, die heute Lateinamerika und die Karibik betreffen – die Verpflichtung eingeht, ihre Nachbarn nicht anzugreifen, wenn sie ihre andauernden Drohungen einstellt, wenn sie aufhört, ihre Waffen und ihre finanziellen Mittel zur Unterstützung von Völkermörder-Regimes aufzufahren, wenn sie ihre subversiven Tätigkeiten einstellt – all dies Handlungen, die der elementarsten Legitimität entbehren –, dann ist Kuba bereit, an den noblen Bestrebungen mitzuarbeiten, die Sie in Managua entworfen haben, um der Region die Atmosphäre des Friedens, gegenseitiger Respektierung und der notwendigen Veränderungen zu bringen, auf die auch wir abstellen. Kuba wird, sehr verehrter Herr Präsident, diese besonnene und konstruktive Position unveränderlich und mit der gleichen Festigkeit beibehalten, mit der wir entschieden jeden Versuch der Regierung der Vereinigten Staaten zurückweisen und zurückweisen werden, unser Land zu erpressen, einzuschüchtern und ihm Bedingungen oder Ultimaten aufzuzwingen. Wir wissen jeglicher Aggression gegenüber unsere Würde, unsere Souveränität und unsere Prinzipien zu jeglichem Preis, bis zum letzten Mann, zur letzten Frau unseres revolutionären Volkes zu verteidigen, bis zu unserem letzten Blutstropfen.

Ich grüße Sie in herzlicher Freundschaft und ausgezeichnete Hochachtung

Fidel Castro Ruz

Havanna, den 22. Februar 1982

(Quelle: Pressematerial der Botschaft der Republik Kuba, Bonn, 25.2.1982)



Die Korrespondenz Kuba – Mexiko: eine bittere Gutenachtlektüre für Ronald Reagan



Dollar aus CIA-Fonds versehen wurde, zielt auf die Destabilisierung des nikaraguanischen Revolutionsprozesses sowie auf militärische Druckaktionen zur Dezimierung des kubanischen Gegenpotentials ab. Unter den geplanten Aktionen finden sich die Zerstörung lebenswichtiger Wirtschaftseinrichtungen, von Kraftwerken, Brücken usw., von politischen und Spionageeinsätzen in Nicaragua durch paramilitärische Kommandos, die vom CIA in einer Stärke von 500 Mann (lateinamerikanischer Herkunft) formiert und entlang der honduranisch-nikaraguanischen Grenze plaziert werden sollen. Sie sollen in Kürze verstärkt werden durch eine interamerikanische Truppe aus „befreundeten Ländern“ von 1.000 Mann, die bereits seitens der argentinischen Armeespitze ausgebildet wurde.<sup>12</sup>

Obendrein stehen in Honduras sowie in Ausbildungscamps in den USA und Guatemala Tausende ehemalige Nationalgardisten Somozas, Exilkubaner und andere Söldnertruppen bereit.

• Vom 8.-18. März 1982 läuft ein NATO-Kriegsmanöver vor den kubanischen Küsten unter Beteiligung der USA, Großbritanniens, der BRD, Belgiens, Hollands u.a. ab, bei dem bezeichnenderweise eine Seeblockade Kubas geprobt wird. Für April und August d.J. hat Washington weitere Seekriegsmanöver in der Region, Landeoperationen auf dem US-Stützpunkt Guantanamo (auf Kuba) inbegriffen, angekündigt. Die kubanische Regierung hat sich auf diverse militärische Aggressionsakte der US-Armee eingestellt, bis hin zu einem dichten Luftabwehrring um Havanna.

## Friedensofferten aus Managua

Um die akute Gefahr einer regionalen Kriegseskalation abzuwenden, unterbreiteten die Regierungen Nicaraguas und Mexikos am 21. Februar 1982 Vorschläge für eine Verhandlungslösung der mittelamerikanisch-karibischen Krise.

Auf einer Massenkundgebung in Managua bot Sandinistaführer Daniel Ortega in einem 5-Punkte-Friedensplan (siehe Kasten) den USA und den Nachbarstaaten Nicaraguas Nichtangriffsverträge, gemeinsame Grenzkontrollen und eine Verhandlungslösung aller Konflikte an.

Dieser sandinistische Vorschlag wurde tags darauf vom Gipfeltreffen der Ständigen Konferenz der politischen Parteien Lateinamerikas (COPPPAL, präsiert von der mexikanischen Regierungspartei PRI), an der Vertreter von revolutionären bis nationalreformistischen Parteien aus 20 Ländern teilnahmen, in deren Schlußdeklaration übernommen. Die COPPPAL verurteilte ferner den Interventionskurs der USA wie die Wahlfarce in El Salvador, und sie sprach sich für einen regionalen Verhandlungsprozeß aus.<sup>13</sup>

J. Lopez Portillo hatte am 21. Februar d.J. an gleicher Stelle die Vermittlungsbereitschaft Mexikos bei der Inangsetzung eines solchen regionalen Verhandlungsprozesses angeboten und einen umfassenden politischen Lösungsvorschlag unterbreitet. Er definierte die mittelamerikanisch-karibische Krise als aus drei Konflikt-, „Knoten“ zusammengesetzt, über die getrennt verhandelt werden könnte: Nicaragua, El Salvador und die Beziehungen Kuba-USA.

Im letzteren Fall könne Mexiko die kürzlich vermittelten Kontakte der Außenminister Haig und C. Rafael Rodriguez in Verhandlungen überführen. In Sachen El Salvador müsse ein politischer Verhandlungsprozeß unter Hinzuziehung aller interessierten Konfliktparteien gesucht werden, der in eine verfassungsmäßige Kompromißlösung einmünden könne. In Sachen Nicaragua müßten erstens die USA jede Androhung und Anwendung von Gewalt gegen Nicaragua einstellen; zweitens müßten sie die Unterstützung für die bewaffneten Banden im Grenzgebiet Nicaragua-Honduras und in Ausbildungslagern in den USA einstellen, und Nika-

ragua müsse im Gegenzug sein Militärpotential verringern; drittens möge Nicaraguas Regierung mit den Nachbarstaaten und den USA Nichtangriffsverträge abschließen.<sup>14</sup>

Mit dieser Friedensinitiative stieß Mexikos Präsident auf positive Resonanz u.a. bei den Regierungen Kubas (siehe Brief Fidel Castros), Nicaraguas, Frankreichs und der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN/FDR. Die Reagan-Administration aber bekundete erst einmal ihr Desinteresse. Daß der US-Präsident in seiner OAS-Grundsatzrede die Vorschläge J. Lopez Portillo mit keinem Wort würdigte, vielmehr ihr Festhalten am US-Konfrontationskurs bekräftigte, trug nur zu einer noch breiteren internationalen Ablehnung gegenüber der Reagan'schen Mittelamerikapolitik bei.

## Washington an den Verhandlungstisch!

So wichtige Verbündete Washingtons wie Kanada, Frankreich, Holland oder Brasilien sprachen sich offen gegen das Interventionsbeharren der Regierung Reagan, für die Verhandlungsinitiative Mexikos aus. Eine erstarkende Antiinterventionsbewegung zu El Salvador/Mittelamerika vor allem in den USA (sie kommt der Vietnambewegung nahe und reicht bis in den Kongreß hinein), in Westeuropa und Lateinamerika setzte Washington zusätzlich unter Druck.

Die dem von der Reagan-Administration entgegengehaltene Vorbedingung, zuerst müßten Nicaragua und Kuba ihre angeblichen Waffentransporte nach El Salvador einstellen, mußte schließlich auch wegen der völligen Unglaubwürdigkeit der „Beweisführung“ Washingtons fallengelassen werden. Mitte März d.J. hatte sich A. Haig mit der Vorführung eines angeblichen nikaraguanischen Militärberaters in Washington ein neuerliches Fiasko eingehandelt, als dieser sein – unter Folterungen erpreßtes – „Geständnis“ widerrief.<sup>15</sup>

Am 15. März d.J. gab die Regierung Reagan schließlich ihre Einwilligung, Mexiko möge als Vermittler zu Nicaragua und zu Kuba Verbindung herstellen. El Salvador solle hingegen bis nach den Wahlen vom 28.3.1982 ausgespart bleiben.<sup>16</sup> Der Übergang zu einer regionalen Krisenlösung ist damit zwar noch nicht in Sicht, aber ein möglicher Anknüpfungspunkt gesetzt. Die Initiative in Mittelamerika ist, entgegen dem ursprünglichen Fahrplan der Reagan-Administration, erst einmal in antiinterventionistischen Händen – eine Chance für die Befreier Mittelamerikas, eine Chance für die Verteidiger des Friedens.

### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 8/24.2.1982, S. 1 ff.
- 2) Siehe ausführlich: AIB-Sonderheft 1/1982, S. 10-13 und AIB 3/1982, S.3
- 3) Wortlaut in: Le Monde (LM), Paris, 30./31.8.1981
- 4) SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 15/13, 19.2.1982, S.6
- 5) Amerika Dienst, Dokumentation, Nr. 7/17.2.1982, S. 11/12
- 6) Time, New York, 8.3.1982 und Frankfurter Rundschau, 10.2.1982
- 7) Dialogo Social, Panama, Nr. 141/Februar 1982
- 8) Siehe nachstehende OAS-Rede R. Reagans und International Herald Tribune (IHT), Zürich, 3.3.1982
- 9) Daten nach: SALPRESS..., Nr. 13/29.1. - 5.2.1982 und LM, 6.3.1982
- 10) Vgl. IHT, 20./21.2.1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 20.2.1982; Der Spiegel, 22.2.1982; SALPRESS..., a.a. O.; Süddeutsche Zeitung (SZ), 5.2.1982 und U.S. News & World Report, Washington, 1.3.1982; Horizont, Berlin, Nr. 10/1982
- 11) Vgl. Latin American Weekly Report, London, 12.3.1982
- 12) Nach: Washington Post, 14.2.1982 und IHT, 11.3.1982
- 13) Wortlaut der COPPPAL-Deklaration von Managua in: El Dia, Mexiko-Stadt, 24.2.1982
- 14) Wortlaut in: Barricada, Managua, 22.2.1982
- 15) Vgl. LM, 15.3.1982
- 16) Laut: SZ, 16.3.1982 und FAZ, 16.3.1982





## Salvador Cayetano Carpio Die USA bereiten ein neues Interventionsprojekt vor

In einem Interview äußerte sich Salvador Cayetano Carpio („Comandante Marcial“), Mitglied des Oberkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), zum Stand und zum Eskalationstrend der US-Intervention in El Salvador.

FRAGE: Stimmt es, daß US-Militärs an Vergeltungsunternehmen der Junta teilnehmen?

S. CAYETANO CARPIO: Die Armee der salvadorianischen Junta hat zahlreiche US-Militärberater, die sich an der Planung von Vergeltungsoperationen gegen das salvadorianische Volk beteiligen.

Es gibt auch US-Flieger, die Flugzeuge der salvadorianischen Luftwaffe pilotieren. Mitte Juni 1981 fanden in der Nähe der Ortschaft La Canana, Department Chalatenango, beim Absturz eines Hubschraubers, der die Stellungen der Partisanen aufklärte, zwei nordamerikanische Militärs den Tod. Beide hatten US-Uniformen an.

### US-Offiziere an Verfolgungsaktionen beteiligt

Im Oktober vergangenen Jahres habe ich selbst beobachtet, wie ein US-Offizier salvadorianische Soldaten bei einem Vergeltungsunternehmen führte. Wir Partisanen hatten uns in einer Schlucht versteckt, so daß er uns nicht sehen konnte, während wir ihn sehr gut sahen. Eine Zeitlang war ich nur 30 m von diesem Yankee entfernt. Später habe ich gesehen, wie er vom Hubschrauber aus eine Frau und ihre drei Kinder erschoss.

FRAGE: Wie viele US-Berater sind der salvadorianischen Armee zugeteilt?

S. CAYETANO CARPIO: Eine genaue Zahl zu nennen, ist nicht möglich. Die einen kommen, die anderen gehen. Die einen werden für längere und die anderen für kürzere Zeit abkommandiert. Aber ich gehe sicherlich nicht fehl, wenn ich sage, daß es gleichzeitig mindestens einige Hunderte sind.

Da Washington jetzt neue Flugzeuge und Hubschrauber an die Junta liefert, wird die Zahl der US-Piloten und des Wartungspersonals zunehmen. Die USA liefern unter anderem Schlachtflugzeuge A-37, die eigens für die Partisanenbekämpfung bestimmt sind. Außerdem beschäftigt die Junta Berater aus Argentinien, Israel und Chile. Sie sind in den Repressivorganen besonders rührig.

Die faschistische Junta begreift, daß das ganze salvadorianische Volk den revolutionären Kampf gegen sie unterstützt. Deshalb führt sie nicht bloß einen Krieg, sondern einen Vernichtungskrieg gegen das Volk. Allein im Laufe des letzten Jahres wurden von der Junta 30.000 friedliche Einwohner umgebracht. Ich lege die Betonung auf das Wort „friedlich“. Männer und Frauen, die mit der Waffe in der Hand gefallen sind, zähle ich hier nicht mit.

Im vorigen Monat unternahmen Soldaten eine Vergeltungs-

aktion am Vulkanhang im Departement San Vicente. Im Wald stießen sie auf etwa 50 Personen. Es handelte sich samt und sonders um unbewaffnete Frauen und Kinder, die aus dem Dorf geflohen waren. Der Offizier, der die Abteilung befehligte, ersuchte seine Vorgesetzten per Funk um Anweisungen. Wir hörten dieses Funkgespräch ab und vernahmen, wie ein Staboffizier, der sich in der Stadt Zacatecoluco befand, die Erschießung sämtlicher Frauen und Kinder anordnete. Die Soldaten der Junta führten diesen Befehl aus.

Im Dezember 1981 ermordeten Soldaten der Junta im Departement Morazán 1.100 friedliche Einwohner. Einen Monat davor wurden 250 Frauen, Kinder und Greise erschossen, die im Norden des Departements Cabañas über den Rio Lempa aus El Salvador nach Honduras hinüber wollten. Sie wurden, als sie mitten im Fluß waren, von beiden Ufern unter Beschuß genommen: Von dem einen feuerten auf sie Soldaten der salvadorianischen Junta und vom anderen honduranische Soldaten.

Aber trotz des massiven Einsatzes der Armee haben die revolutionären Kräfte El Salvadors in den letzten Monaten beträchtliche Erfolge erzielt. Darüber macht sich Washington schwere Sorgen.

FRAGE: Was planen die US-Imperialisten in bezug auf El Salvador?

S. CAYETANO CARPIO: Nach unseren Angaben wurde bereits die Entscheidung über eine Intervention in El Salvador getroffen. Washington will die für den 28. März dieses Jahres ausgeschriebenen sog. Wahlen als moralische und politische Rechtfertigung der Intervention ausnutzen.

Wir wissen, daß die Yankees in San Diego Sondertruppen bereithalten, die jeden Augenblick nach El Salvador verlegt werden können. Solche Truppen können auch aus Florida und aus der Panama-Kanalzone in El Salvador eintreffen. Um die Intervention aus Honduras zu erleichtern, wird zur Zeit die Grenze zwischen El Salvador und Honduras von Einwohnern und Flüchtlingen geräumt. Guatemala und Chile können ebenfalls Truppen für die Intervention bereitstellen.

Zu einer bewaffneten Intervention gegen das salvadorianische Volk kann es schon in den nächsten Tagen oder Wochen – auch vor dem 28. März – kommen. Deshalb möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen, um mich an alle Menschen der Welt zu wenden. Wir sind ihnen für die weltweit zunehmende Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen Volkes dankbar. Das ist für uns eine wertvolle moralische Hilfe und sie verleiht uns neue Kraft.

Aber wir möchten, daß die Welt folgendes erfährt: Gegen das salvadorianische Volk wird ein neues Verbrechen vorbereitet. Wir Salvadorianer sind überzeugt, daß alle rechtsschaffenen Menschen der Welt ihre Stimme gegen dieses neue Verbrechen erheben werden.

(Quelle: Nowosti (APN), Moskau, Februar 1982)



Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 7. März 1982 setzte sich erwartungsgemäß General A. Anibal Guevara, der Kandidat der drei Koalitionsparteien des Lucas-Regimes und der ultrarechten Militärspitze, mit ca. 35% der abgegebenen Stimmen durch. A. Guevara mußte nach dem Wahlsieg, der von ca. 60% der Bevölkerung boykottiert wurde, vom Parlament bestätigt werden. Nicht nur die von den Wahlen ausgeschlossenen demokratischen Parteien sprachen von einer Farce. Auch die – allesamt konservativen – drei zivilen Gegenkandidaten fochten die Präsidentschaftswahlen wegen Betrugs an.

Am 9.2.1982 machten die vier bewaffneten guatemaltekischen Befreiungsorganisationen, die EGP, ORPA, FAR und PGT-Kern, die ihren Kampf seit Oktober 1980 in einem Revolutionären Viererbündnis koordinieren, in Guatemala-Stadt ihre Vereinigung zur Guatemaltekischen Revolutionären Nationalen Einheit (URNG) bekannt. Die hier dokumentierte URNG-Vereinigungsproklamation enthält ein 5-Punkte-Programm für eine Volksregierung, das von der am 17.2.1982 gegründeten breiten Oppositionsfront Guatemaltekisches Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP, siehe Kasten) unterstützt wird.

## Kommuniqué der URNC

# Vereinigungsproklamation

Zusammenfassung der Vereinigungsproklamation der revolutionären Organisationen Guatemalas, Guerrillaheer der Armen (EGP), Streitkräfte der Rebellen (FAR), Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) und Guatemaltekische Partei der Arbeit – Kern der Nationalen Leitung – (PGT), für das Volk Guatemalas und für die Völker der Welt. Mit tiefer Überzeugung in die guatemaltekische Revolution und in die wehmütigsten Sehnsüchte unseres Volkes haben wir den Weg der revolutionären Einheit fortgesetzt, in welcher unser Volk die Gewähr sieht, daß dieses Mal seine Anstrengungen, Kämpfe und Opfer durch den Sieg gekrönt werden.

Die Einheit der guatemaltekischen revolutionären Kräfte basiert auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges, dem einzigen Weg, den die mächtigen in- und ausländischen Reichen zugelassen haben, und auf dem unser Volk seine endgültige nationale und soziale Befreiung erlangen kann.

Das guatemaltekische Volk befindet sich heute in dem größten revolutionären Krieg seiner Geschichte, welcher schon mehr als 20 Jahre dauert und der sich augenblicklich praktisch auf das gesamte Territorium ausgeweitet hat. Es ist ein Krieg, an dem Arbeiter und Bauern, Indianer und Ladinos (Mestizen; d. Red.), Katholiken und Protestanten, Männer und Frauen aller patriotischen, volkstümlichen und demokratischen Sektoren teilnehmen.

Gegenwärtig erfährt die Macht der herrschenden Klassen die größte wirtschaftliche, politische und militärische Krise in ihrer Geschichte. Nur mittels der Repression halten sie die Macht noch aufrecht. Seit 1954 haben sie 83.500 Bürger aus politischen Gründen ermordet; allein im Jahr 1981 betrug die Zahl der Opfer ihrer brutalen Unterdrückung 13.500 Guatemalteken. Täglich wurden durchschnittlich 36 Personen ermordet, verschleppt oder verschwanden einfach.

Die herrschenden Klassen besaßen niemals den Rückhalt des Volkes und jetzt verloren sie auch noch die Unterstützung der Mittelschicht; das Ermorden seiner demokratischen Führungspersonlichkeiten verschließt jede Möglichkeit einer demokratischen Teilnahme an der Politik.

Hohe Militärs, Unternehmer und korrupte, repressive Staatsbeamte bilden die Gruppe der Neureichen. Durch Manipulation des Staatsapparates und durch die Kontrolle des Oberkommandos der Streitkräfte häufen sie Kapital an. Sie sind hauptsächlich für die wirtschaftliche, politische und soziale Krise wie sie Guatemala erlebt verantwortlich.

Die herrschenden Klassen und die Reagan-Administration sehen in der bevorstehenden Wahlfarce im März die letzte

politische Hoffnung das System vor dem Niedergang zu retten. Aber die neue Gruppe der repressiven Reichen hat entschieden, mittels ihrer Macht und eines neuen Betruges den Kandidaten der Armee durchzubringen. Dies führt zu einer Atmosphäre wachsender Stimmenthaltung und politischer Zerstückelung der herrschenden Klassen. In 60% des nationalen Territoriums wird es keine echten Wahlen geben. Es ist dies ein nationales Territorium, in dem 71% der Bevölkerung des Landes wohnen, dort wo das Volk – wie in allen Landesteilen – kämpft. Gebiete, in denen die Kämpfe die höchste Intensität erlangt haben.

Die Wirtschaftskrise äußert sich in der Kapitalflucht, die seit 1979 auf 500 Mio Dollar stieg und sich alleine im September 1981 auf 119 Mio Dollar belief; in der Kürzung der Kredite und der Auslandsinvestitionen; in einer ungeheuren Auslandsverschuldung; im Ausbleiben von Reinvestitionen; in steigenden Rezessions- und Inflationszahlen; in einer Krise der Bauwirtschaft; in einem allmählichen Zusammenbruch der Touristikindustrie und in einem fortschreitenden Rückgang des Anteils am Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt; das alles drückt sich in einer akuten Finanzkrise aus. Diese Krise fiel zusammen mit einer Baisse von mehr als 100% im Preis für den Kaffee, dem Hauptexportprodukt; gleichzeitig wurde wegen eines Überangebots dieser Frucht auf dem Weltmarkt fast die Hälfte der Ernte des Jahres 1981 zurückgehalten. All das bedeutet für die Volksmassen weniger Arbeit, niedrigere Löhne, härtere Arbeitsbedingungen und eine Preissteigerung bei den Hauptkonsumgütern von fast 300% im Vergleich zum Jahr 1975.

Auf militärischem Gebiet zeigt sich die Herrschaftskrise der mächtigen, reichen in- und ausländischen Unterdrücker in sich häufenden militärischen Niederlagen des Nationalheeres, die sie durch die revolutionären Kräfte erlitten und die den repressiven Kräften des Regimes im Jahre 1981 mehr als 3.200 Gefallene kosteten. Auch drückt sie sich aus in der zunehmenden Eingliederung der Massen in den revolutionären Volkskrieg und in seiner Ausdehnung im Land, in der Zunahme ihres Offensivwerdens und in Niederlagen bei Offensiven gegen die Guerilla.

Die demokratischen und Volksorganisationen haben inzwischen weiterhin für die Forderungen des Volkes gekämpft, wobei sie die verschiedensten Formen des Kampfes anwandten. Ihre Aktivität erstreckt sich sowohl auf das eigene Land wie auch auf das Ausland. Dank ihrer Anstrengungen hat sich im Jahr 1981 die internationale Solidarität mit dem Kampf unseres Volkes außerordentlich verstärkt. Besonders



hervorgetan haben sich in diesem Kampf die Demokratische Front gegen die Repression (FDCR) und die Volksfront 31. Januar (FP-31).

Gegen eine siegreiche Entfaltung und Zunahme des revolutionären Volkskrieges und angesichts der Niederlage, die der Macht der herrschenden Klassen droht, bleibt unseren Feinden, um sie abwenden zu können, kein anderer Ausweg als der einer ausländischen Intervention. Die kriegerische Reagan-Administration hat die Militärhilfe für das blutrünstige guatemalteke Regime erhöht und fördern die Einmischung Israels, Argentiniens, Chiles, Taiwans und von Söldnerstreitkräften, die aus dem internationalen Abschaum angeworben wurden.

Mittelamerika und die Karibik bilden augenblicklich eine der Hauptkonfliktregionen. Außer der unbeugsamen Präsenz des revolutionären Kuba, gibt es in dieser Region heute die glorreiche sandinistische Revolution an der Macht, die Revolution Grenadas, den heldenmütigen revolutionären Kampf des salvadorianischen Volkes und der siegreiche revolutionäre Volkskrieg, der sich in Guatemala entfaltet. Die kriegerische Politik der Reagan-Administration wird von der gesamten fortschrittlichen Menschheit verurteilt. In Mittelamerika und der Karibik hat es vergebliche Versuche gegeben die Revolution aufzuhalten. Angesichts der ersten Situation, in der sich unser Volk befindet, und angesichts des Risikos, das die Intervention des Imperialismus für die Völker Mittelamerikas und der Karibik darstellt, erklären die guatemalteke revolutionären Organisationen, daß der einzig sichere Weg unseres Volkes die Erringung seiner endgültigen nationalen und sozialen Befreiung ist, indem es den revolutionären Volkskrieg vorantreibt, die völkermörderische Armee vernichtend schlägt, die Macht übernimmt und eine revolutionäre, patriotische, volksverbundene und demokratische Regierung errichtet.

Um dieses große Ziel zu erreichen, rufen wir dazu auf, eine große patriotische Front der nationalen Einheit zu bilden, die der Ausdruck der breitesten Allianz unseres ganzen Volkes ist, unter der Führung der revolutionären Avantgarde.

Wir, die revolutionären, politisch-militärischen Organisationen, die heute diese historische Einheit der guatemalteke Revolutionäre proklamieren, richten einen brüderlichen Appell an den Teil der Guatemalteke Partei der Arbeit (PGT), der sich noch immer nicht in die Praxis des revolutionären Volkskrieges eingegliedert hat, in die Diskussion über ihren Anschluß an die revolutionäre Einheit einzutreten; und zwar auf der Basis des Angleichens seiner Linie, auf der unwiderruflichen Basis der gegenseitigen Anerkennung und der Eingliederung in die Praxis, die auf der Strategie des revolutionären Volkskrieges fußt, und über die Basis der programmatischen Grundziele, die wir in dem vorliegenden Dokument als Nationale Revolutionäre Einheit darlegen.

### Prinzipielle Punkte für das Programm der revolutionären, patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Regierung

Die Regierung, die wir in Guatemala errichten, verpflichtet sich vor dem Volk Guatemalas und vor den Völkern der Welt folgende fundamentalen Punkte ihres Regierungsprogrammes zu erfüllen:

1. Die Revolution wird der Repression gegen das Volk für immer ein Ende setzen und den Bürgern das Leben und den Frieden, die höchsten Rechte des Menschen, garantieren. Sie wird ein Regime, das sich das Recht nimmt, seine Gegner zu töten, um sich an der Macht zu halten, beseitigen.
2. Die Revolution wird die Grundlagen schaffen, um die

### Gründung der politisch-diplomatischen Einheitsfront CGUP

Die Gründung des Guatemalteke Komitees der Patriotischen Einheit (CGUP), das sich als politisch-diplomatische Front der Befreiungsbewegung Guatemalas versteht, wurde am 17. Februar 1982 auf einer Pressekonferenz in Mexiko-Stadt bekanntgegeben. Das Komitee lehnte die Wahlen vom 7. März d.J. als Farce ab und teilt die Auffassung der Guatemalteke Revolutionären Nationalen Einheit (URNG), daß der revolutionäre Volkskrieg den einzigen dem guatemalteke Volk offengelassenen Weg darstellt. Das Komitee schloß sich dem am 9.2.1982 verkündeten 5-Punkte-Programm der URNG an. CGUP-Präsident Luis Cardozo y Aragon, ein 80jähriger Schriftsteller, hatte auf der Pressekonferenz die bestehenden antidiktatorischen Allianzen, die Demokratische Front gegen die Repression (FDCR, gegr. im Februar 1979, mit rund 150 Mitgliedsorganisationen) und die Volksfront 31. Januar (FP-31), zur Einreihung in die neue politische Front CGUP aufgefordert – und deren Zustimmung gefunden. Der CGUP gehören unterschiedlichste soziale und politische Kräfte, Strömungen, Gewerkschafts- und Bauernführer, Linkssozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten u.a. an. Vizepräsidenten sind Guillermo Torriello Garrido, bekannt als Außenminister unter der Regierung Arbenz und seit 1980 Repräsentant des Revolutionären Viererbündnisses (siehe AIB 7–8/1981, S.35), der Gewerkschaftsführer Israel Márquez und der Sozialdemokrat Carlos Gallardo Flores.

Grundbedürfnisse des Volkes zu lösen hinsichtlich der Bodenfrage, der Arbeit, des Lohns, der Gesundheit, der Wohnung, der Alphabetisierung und der Kultur. Und sie wird Schluß machen mit der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der mächtigen, reichen in- und ausländischen Unterdrücker; Rücksicht nehmen auf den kleinen und mittleren Landbesitz, das Kapital patriotischer Unternehmer garantieren, die bereit sind daran mitzuwirken Guatemala aus der Rückständigkeit und Abhängigkeit herauszubekommen, ohne daß die Wahrung der Interessen des Volkes eingeschränkt wird.

3. Die Revolution garantiert die Gleichstellung von Indianern und Ladinos, indem sie die kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung beendet, die indianische Bevölkerung an der politischen Macht beteiligt und die Rechte, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Identität brauchen, anerkennt.

4. Die Revolution garantiert die Schaffung einer neuen Gesellschaft, in deren Regierung alle patriotischen, volksverbundenen und demokratischen Sektoren der Bevölkerung vertreten sind, die Achtung der Vereinigungsfreiheit, der Meinungsfreiheit und erkennt die christliche Gemeinschaft als einen Grundpfeiler der neuen Gesellschaft an. Am neuen Volksheer können alle diejenigen Offiziere und Soldaten sich beteiligen, die sich nicht die Hände mit dem Blut des Volkes beschmutzt haben.

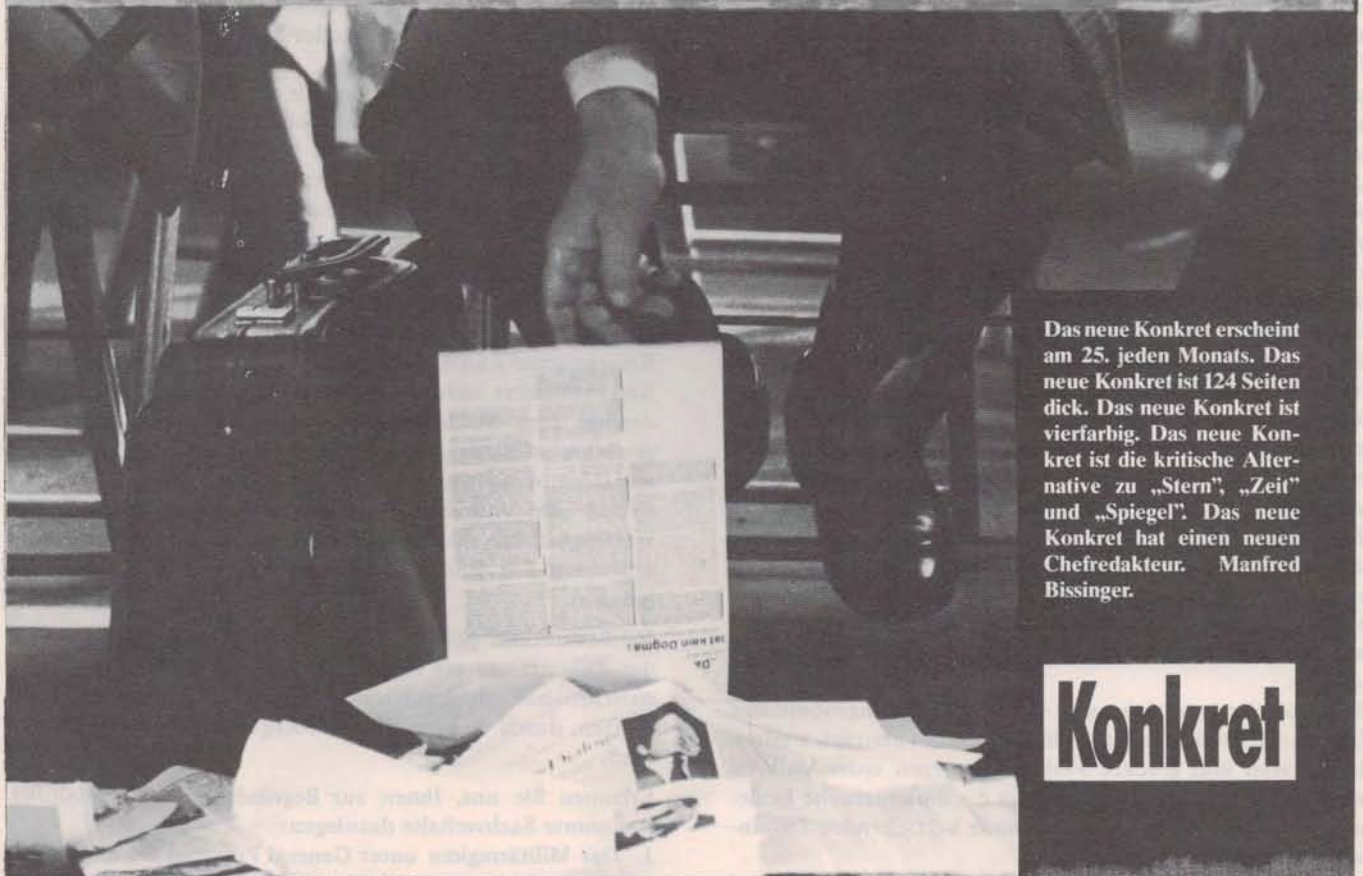
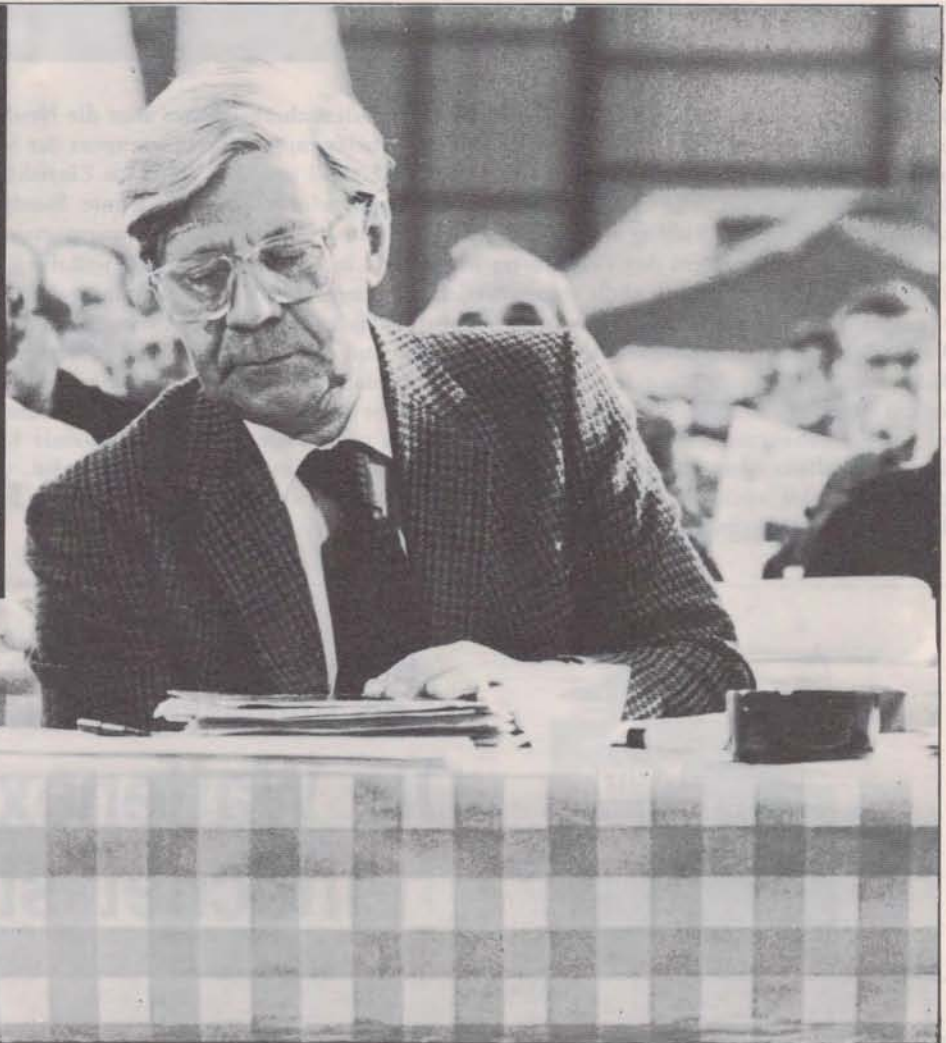
5. Die Revolution garantiert eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und der internationalen Zusammenarbeit, die die armen Länder brauchen, um sich in der komplexen und interdependenten Welt von heute entwickeln zu können, auf der Basis der Selbstbestimmung der Völker. Sie erkennt Investitionen des ausländischen Kapitals als nötig für die armen Länder an; aber dies müssen Vereinbarungen auf der Grundlage der Respektierung der nationalen Unabhängigkeit sein, welche die Bedürfnisse der armen Länder sowie die Rentabilität der ausländischen Investitionen angemessen berücksichtigen. Ohne politische Stabilität kann es keine internationale Zusammenarbeit geben, und diese ist trotz unterschiedlicher Regimes oder Ideologien möglich, immer dann, wenn das Recht eines jeden Volkes auf freie Entscheidung respektiert wird.

„... unser Volk stirbt lieber, als versklavt zu werden...!“  
Guatemalteke Revolutionäre Nationale Einheit – URNG

(Quelle: COMUNICADO INTERNACIONAL, Guatemala, Februar 1982)



**Jetzt  
kriegen Sie  
was Richtiges  
zu lesen,  
Herr Schmidt.**



Das neue Konkret erscheint am 25. jeden Monats. Das neue Konkret ist 124 Seiten dick. Das neue Konkret ist vierfarbig. Das neue Konkret ist die kritische Alternative zu „Stern“, „Zeit“ und „Spiegel“. Das neue Konkret hat einen neuen Chefredakteur. Manfred Bissinger.

**Konkret**

der Grünen an der Macht. Dabei weist sich die Opposition auf die christlichen Wählerkräfte und auf die Zeitungen II- und III. Mittelschicht. Die neue Verfassung, durch die Ger-

was die Zeit seit dem 11. September 1978 verfahren. Fachwissen. Kapitalismus bei den internationalen Ge- werten in verschiedenen Wägen verteilt haben, unter-



Der für Anfang März 1982 erwartete Beschluß des Bundessicherheitsrates über die Neufassung der Richtlinien für den Waffenexport ist erneut verschoben worden. Während die Arbeitsgruppen Rüstungsexport der SPD- und FDP-Fraktion des Bundestags in Papieren (Wortlaut in Frankfurter Rundschau, 24.2.1982 und 2.3.1982) die Einrichtung eines parlamentarischen Konsultationsmechanismus vor wichtigen Exportentscheidungen gefordert hatten, lehnte Bundeskanzler H. Schmidt dieses Ansinnen kategorisch ab. Er will künftig allenfalls die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien zu den Beratungen hinzuziehen. Wie der Bonner Korrespondent der Frankfurter Rundschau in Erfahrung brachte, will die Regierung künftig mit weniger strengen Grundsätzen arbeiten und notfalls sogar offiziell Rüstungsexporte in „Spannungsgebiete“ zulassen. Wie aus Regierungskreisen zu erfahren war, könne es doch manchmal außerordentlich wünschenswert sein, in ein Spannungsgebiet Kriegswaffen zu liefern. Dies solle immer dann möglich sein, wenn „außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik oder des NATO-Bündnisses“ dafür sprächen oder die Waffenlieferung dem „militärischen Gleichgewicht in der Region“ zugute kommen könne. Sollten diese Vorstellungen verabschiedet werden, gäbe es kaum mehr rechtliche Probleme mit Geschäften wie dem nach wie vor im Schwebezustand befindlichen U-Boot-Export nach Chile. Die näher rückende Entscheidung des Bundessicherheitsrats über die Waffenexportrichtlinien nahmen die chilenischen Linksparteien zum Anlaß, um in einem offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt noch einmal ausführlich ihre Gegnerschaft zu dem geplanten Rüstungsgeschäft mit dem faschistischen Pinochet-Regime zu begründen.



### Brief der chilenischen Linksparteien an Bundeskanzler Helmut Schmidt

# Die Waffenexporte an Pinochet stoppen!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
am Mittwoch, den 16. Dezember 1981, verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution, in der die Verletzungen der Menschenrechte durch das Militärregime von General Augusto Pinochet verurteilt werden. Mit Befriedigung haben wir von der Tatsache Kenntnis genommen, daß 84 Länder dem Resolutionsentwurf zustimmten.

Wir begrüßen es, daß sich die Vertretung Ihrer Regierung unter denjenigen Nationen befand, die die Regierung unter General Pinochet dringend ersuchten, die Übergriffe gegen die Rechte der Chilenen einzustellen. Wir schätzen die erfolgte Abstimmung als Unterstützung für all jene Chilenen ein, die in Chile oder im Exil für die Wiedererringung von Freiheit und Demokratie für ihr Land eintreten.

Die internationale Isolierung des in Chile herrschenden terroristischen Regimes ist auf diplomatischer Ebene unbestreitbar. Vor wenigen Wochen verurteilte die Organisation Amerikanischer Staaten, OAS, ebenfalls die Situation der Menschenrechte in Chile. Andererseits hat „amnesty international“ eine Kampagne eingeleitet, um zu versuchen, eine Antwort bezüglich des Verschwindens von Personen zu erreichen, die von den Geheimdiensten des chilenischen Regimes verhaftet wurden, wobei es sich um ca. 2.500 Fälle handelt.

Diese von der internationalen Gemeinschaft eingenommene Haltung ist besonders wertvoll, da sie dazu beiträgt, weitere Gewalttaten und größere Verbrechen gegen unser Volk zu vermeiden. Trotz allem aber genügt die diplomatische Isolierung nicht, um die in unserem Lande herrschenden Zustände zu ändern.

Es ist eine bedauernde Tatsache, daß zahlreiche Nationen, die das in Chile seit dem 11. September 1973 errichtete faschistische Regierungssystem bei den internationalen Gremien in unveränderlicher Weise verurteilt haben, ander-

seits zu seiner Stärkung beitragen, indem sie ihm bedeutende Kredite zukommen lassen oder ihm weitere und moderne Waffen verkaufen.

Unser Volk zahlt die Waffen, die an das Pinochet-Regime verkauft werden, und dieses Volk leidet auch gleichzeitig unter dem Joch dieser Waffen. Wir bedauern zutiefst, daß die Regierung des Herrn Reagan das im „Kennedy-Amendment“ enthaltene Waffenembargo gegen Chile aufheben ließ.

Andererseits ist der Öffentlichkeit die Tatsache bekannt, daß weiterhin eine Entscheidung Ihrer Regierung aussteht, mit der die Lieferung zweier U-Boote an die chilenische Kriegsmarine durch die Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel verhindert würde. Wir möchten Ihnen unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck geben, daß trotz der breiten, von gewerkschaftlichen, politischen (u.a. auch umfangreichen sozialdemokratischen), gesellschaftlichen und kirchlichen Kreise zum Ausdruck gegebene Opposition gegen dieses Waffengeschäft mit Chile, bezüglich der endgültigen Entscheidung der Bundesregierung immer noch Unsicherheit herrscht.

Im Bewußtsein unserer Verantwortung, unserem Volk und der Zukunft unseres Landes gegenüber, erklären wir unsere entschiedene Ablehnung des Exports dieser und anderer Waffen, durch den die Pinochet-Regierung objektiv gestärkt wird.

Erlauben Sie uns, Ihnen zur Begründung unserer Haltung bestimmte Sachverhalte dazulegen:

1. Das Militärregime unter General Pinochet riß die Macht an sich und hält sich weiter gegen den Willen der Mehrheit der Chilenen an der Macht. Dabei stützt sich die Diktatur auf die chilenischen Streitkräfte und auf die Schlagkraft ihrer vier Abteilungen. Die neue Verfassung, durch die Gene-



ral Pinochet und den Militärs unumschränkte Vollmachten erteilt werden, ist ihrem Ursprung nach illegitim und in ihrem Inhalt vollkommen antidemokratisch.

Das Plebiszit, mit dem diese Verfassung im September 1980 durchgesetzt wurde, ist von den Chilenen und von der internationalen Gemeinschaft als reine Farce bezeichnet worden. Es handelt sich somit um eine in ihrem Ursprung und in ihrer Amtsausübung illegitime „de-facto“-Regierung.

2. Die Militärregierung setzt ihre militärische Macht dazu ein, um den Chilenen mit Gewalt ein politisches, ökonomisches und soziales System aufzuzwingen. Sie nutzt die ihr zur Verfügung stehende Feuerkraft, um jegliche Versuche einer demokratischen Opposition brutal zu unterdrücken. Gegenwärtig, da das eingeführte Wirtschaftssystem in eine strukturelle Krise gerät, wächst die Repression gegen die Bevölkerung ungeheuer stark an. Die Wahrhaftigkeit dieser Behauptungen und die Härte der Situation in Chile werden in einem 194 Seiten starken Bericht belegt, den der Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in Chile, Herr Abdulaye Dichio, am 6. November 1981 der UN-Vollversammlung überreichte.

Wir erlauben uns, in diesem Brief an einige dieser Tatsachen zu erinnern:

a) Am 7. Juli 1981 wurde der Kunstmaler Hugo Riveros Gómez von Agenten der CNI aus seiner Wohnung verschleppt. Riveros Gómez war in jenen Tagen damit beschäftigt, die letzten Formalitäten zur Erlangung eines von der Bundesrepublik Deutschland bereits erteilten Visums zu erledigen, um in dieses Land zu reisen und so der Verfolgung zu entgehen, der er ausgesetzt war. Am Tag darauf, dem 8. Juli, wurde seine Leiche in der Umgebung Santiagos aufgefunden. (...)

g) Am 18. Dezember 1981 klagte der Leiter des Solidaritätsvikariats des Erzbistums von Santiago, Monseñor Juan de Castro, Funktionäre der Sicherheitsorgane des Regimes an, sechs im Dezember verhaftete Personen „Erniedrigungen, ungesetzlichem Druck und Folterungen“ unterzogen zu haben. Es handelt sich hierbei um die Rechtsanwälte Germán Molina und Pablo Fuenzalida, Mitglieder der chilenischen Menschenrechtskommission, den Wirtschaftswissenschaftler Sergio Aguiló, den Rechtsanwalt Eugenio Días sowie die Herren Raúl Reyes Suzarte und Ramón Pina Vargas. Wir sind der Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß die Details aus diesen Fällen sowie hunderter anderer Beispiele die willkürliche Machtausübung durch die Militärregierung unter General Pinochet unter Beweis stellen und das U-Boot-Geschäft sowie den Verkauf anderer Waffen an dieses Regime politisch und moralisch disqualifizieren.

Dies ist aber nicht unsere einzige Sorge. Die Stärkung der Militärmacht des Pinochet-Regimes bedeutet gleichzeitig eine größere Gefahr bewaffneter Zusammenstöße von unvorhersehbaren Ausmaßen. Die im folgenden aufgeführten Tatsachen veranlassen uns zu dieser Feststellung:

1. Chile steht in langjährigen und ernsten Konflikten mit seinen drei Nachbarstaaten: Argentinien, Bolivien und Peru. Die diplomatischen Beziehungen zu Bolivien sind aus diesen Gründen seit 1978 unterbrochen. Mit Argentinien kam es 1978 zur unmittelbaren Kriegsgefahr. Gegenwärtig haben sich die katholischen Kirchen beider Länder veranlaßt gesehen, eine Kampagne zur Sammlung von Millionen Unterschriften chilenischer und argentinischer Staatsbürger zu starten, um auf beide Militärregierungen Druck im Sinne einer friedlichen Lösung auszuüben. Die Vertretung Chiles verließ im November 1981 die Jahressitzung der Organisation Amerikanischer Staaten, als es um eine Vermittlung im Konflikt um den Zugang Boliviens zum Pazifischen Ozean ging. (...)

3. Die US-amerikanische Zeitung „The New York Times“ gibt in ihrer Ausgabe vom 9. Dezember 1981 bekannt, daß

die chilenische Regierung ehemalige „Grüne Barette“ der US-Army unter Vertrag genommen hat, um Elitetruppen für die Aufruhr-Bekämpfung auszubilden. Die Veröffentlichung fügt hinzu, es habe bereits gemeinsame Operationen chilenischer Sondereinheiten mit ehemaligen „Grünen Baretten“ in mittelamerikanischen Ländern, insbesondere in El Salvador und Honduras, gegeben. (...)

All diese Sachverhalte, sowohl was die innere Lage unseres Landes als auch was die Gefahr des Ausbruchs größerer kriegerischer Auseinandersetzungen betrifft, unterstreichen unsere Überzeugung, daß es erforderlich ist, den Verkauf von Waffen jeglicher Art an das chilenische Militärregime zu unterbinden.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Wirtschaftspolitik des Regimes eine Auslandsverschuldung unseres Landes in Höhe von 15 Milliarden Dollar verursacht hat. Chile hat nunmehr in der Welt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Nicht zuletzt trägt hierzu bei, daß Chile das lateinamerikanische Land mit dem höchsten Militärhaushalt ist und gleichzeitig eines der Länder, das den sozialen Erfordernissen seiner Bevölkerung den geringsten Anteil seines Staatshaushaltes widmet.

Wir vertrauen darauf, daß die Ausgewogenheit und demokratische Einstellung Ihrer Regierung zu einer Entscheidung der Frage des U-Boot-Verkaufs im Sinne des chilenischen Volkes führen und so zur Stärkung der demokratischen Kräfte in unserem Land sowie zur Erhaltung des Friedens in der Welt beitragen wird.

Hochachtungsvoll

Christliche Linke

Radikale Partei

Sozialistische Partei 24. Parteitag

MAPU-Arbeiter und Bauern

Sozialistische Partei Chiles

Partei MAPU

Kommunistische Partei

Sozialistische Partei CNR

MIR - Bewegung der

Revolutionären Linken

**ILAB**  
**raza brava**

LP-Nr. 88 270

Verlag „pläne“ GmbH  
Postfach 827  
4600 Dortmund 1



Abdul Aziz al-Qadi

## Eine breite Front ist im Entstehen (2. Teil)



Kämpfer der omanischen Befreiungsfront PFLO

FRAGE: Welche Auswirkungen haben diese politischen Maßnahmen auf die Volksmassen?

A.A. AL-QADI: Dadurch, daß die Regierung dem ausländischen Kapital Tür und Tor geöffnet hat, sind omanische Arbeiter verdrängt worden. Die Mehrheit der Bauern hat ihr Land verloren, Handwerker können nicht mit ausländischen Erzeugnissen konkurrieren und Viehirten sind von Fleischimporten betroffen. Das hat zu einer massiven Abwanderung in die Städte geführt.

Den kapitalistischen Unternehmen, die Arbeitskräfte aus Südkorea, den Philippinen, Pakistan und aus anderen Ländern importieren, werden viele Vorrechte von Quabous gewährt, und diese nehmen keine Rücksicht auf die Belange von omanischen Bauern, Fischern und anderen Arbeitern. Wenn sie erst einmal ihren Lebensunterhalt eingebüßt haben und in die Reihen der Arbeitslosen eingetreten sind, stellen sie den Hauptanteil derjenigen, die in die Städte abwandern. Einige haben sich zur Armee von Quabous gemeldet, um für ihre Familien sorgen zu können, und andere wandern aus, um Arbeit zu finden.

Außerdem ist jede Art von Gewerkschaftsorganisation, die die Interessen der Arbeiter verteidigen könnte, verboten. Es existiert keine Verfassung, auf deren Grundlage die Belange des Volkes vertreten werden könnten. Einen Streik oder

eine Demonstration durchzuführen, wird als Verbrechen betrachtet.

Deshalb hat das Volk nur einen Ausweg: die illegale revolutionäre Arbeit. Als Bestandteil dieser Arbeit ist der Reorganisationsprozeß der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) wesentlich, um unsere Unabhängigkeit zu erreichen.

FRAGE: Welche anderen revolutionären Kräfte gibt es in Oman? Und welche Kampfformen wenden sie an?

A.A. AL-QADI: Das Regime des Sultan Quabous hat die Aktivitäten aller Massenorganisationen verboten; darum hat die PFLO in den letzten Jahren insgeheim Bauern und andere Werktätige organisiert und sie in die Front einbezogen.

Zusätzlich zur PFLO gibt es die Arabisch-Omanische Arbeiterpartei, eine kleine Organisation, die 1970 gebildet wurde. Sie existiert in mehreren Regionen, nimmt aber weder an öffentlichen Kämpfen teil, noch spielt sie eine Rolle im revolutionären Kampf.

Es gibt auch eine kleine, schlecht organisierte nasseristische Gruppe, die hauptsächlich in Gafar konzentriert ist. Die Arbeitspartei und die Nasseristen sind nationalistische Kräfte, die weder Quabous noch die ausländische Präsenz hinnehmen.

Eine weitere Organisation, die Iman-Galeb-Assoziation, besitzt einigen Stammes- und religiösen Einfluß in einer Anzahl von Regionen – hauptsächlich in Nazuak und Jabal. Diese Assoziation ist ebenfalls gegen ausländische Einmischung und den Sultan.

Im Jahr 1980 wurde die Islamische Front für die Befreiung Omans gebildet; sie hat Verbindungen zu den iranischen Schiiten (nur 3-4% der Bevölkerung Omans ist schiitisch). Die Islamische Front besteht aus einer kleinen Gruppe von Studenten, die durch die iranische Revolution beeinflusst sind; sie sind gegen die Yankees, die Engländer und Quabous, aber sie stehen meistens in einem religiösen Kontext. Diese Islamische Front wurde auch im Nordjemen, in Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten errichtet, seit Khomeinis Sieg im Iran religiösen Tendenzen in den arabischen Ländern Aufschub verschafft hat. Vor einigen Monaten gab die Islamische Front eine Erklärung heraus, in der sie Quabous und die ausländische Präsenz angriff und den Kampf der PFLO unterstützte.

Diese kleinen Organisationen haben eine beschränkte Präsenz in einigen Gebieten des Landes, und sie führen keinerlei direkten Kampf gegen die Regierung. Aber die PFLO glaubt, daß sie eine nationalistische Position gegen den Sultan repräsentieren.

Bis jetzt hatte das omanische Volk in Wirklichkeit nur zwei politische Kräfte als Alternativen: das reaktionäre Regime und die Volksfront für die Befreiung Omans. Der Rest der Organisationen hat anerkannt, daß die PFLO die einzige politische Kraft ist, die die Unabhängigkeit erreichen kann. Die PFLO steht schon seit einiger Zeit in Diskussionen mit diesen Organisationen, und sie arbeitet daran, sie um eine gemeinsame politische Orientierung zum Kampf gegen das Regime zusammenzuschließen.

FRAGE: Auf der Grundlage welcher Prinzipien wollen Sie



versuchen, diese Gruppen zu vereinigen?

A.A. AL-QADI: Wir arbeiten daran, diese Gruppen um ein gemeinsames politisches Programm zusammenzuschließen, das drei Hauptpunkte hat:

1. Hinauswurf ausländischer Truppen und Schließung der Militärbasen;
2. Erlangung demokratischer Rechte für das Volk: Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Streikrecht sowie
3. Einnehmen einer internationalen Position gegen das Camp-David-Abkommen – das von Quabous unterstützt wird – und Angebot der Solidarität mit der arabischen nationalen Bewegung, besonders mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes.

Wir werden uns auf diese drei Punkte konzentrieren, weil sie für das omanische Volk Fragen von grundlegender Bedeutung sind. Für die PFLO sind diese Forderungen taktische Ziele, sie bilden einen Teil unseres strategischen Programms. Die Notwendigkeit, dieses gemeinsame politische Programm aufzustellen, ergibt sich aus der Tatsache, daß viele bekannte Persönlichkeiten sowie religiöse und Stammesführer verschiedene Ideologien haben. Und deshalb ist es notwendig, gemeinsame Ziele zu finden, die nicht nur bei ihnen, sondern beim ganzen Volk Zustimmung finden.

Das Hauptziel des Minimalprogramms für dieses Stadium ist die Bildung einer demokratischen, vereinigten, breiten Front, deren Name in Beratungen mit den anderen Kräften beschlossen werden wird. Die PFLO wird die Arbeit an ihrem strategischen Programm fortsetzen und zur gleichen Zeit versuchen, diese breite vereinigte Front zu schaffen, damit sie eine Rolle im nationalen Unabhängigkeitskampf spielen kann.

Es gab Besprechungen zwischen der PFLO und den anderen politischen Kräften, und wenn eine Übereinkunft erzielt ist, wird sie veröffentlicht werden. Die Iman-Galeb-Assoziation und die Arbeitspartei unterstützen das Minimalprogramm und die Pläne der PFLO, andere Persönlichkeiten und Stammesoberhäupter zu kontaktieren, die gegen die ausländische Präsenz und gegen Quabous sind.

## Den Guerilla- und Massenkampf kombinieren

FRAGE: Was sind die kurz- und mittelfristigen Aufgaben im Hinblick auf die politisch-militärische Situation der PFLO?

A.A. AL-QADI: Während der letzten drei Jahre hat die PFLO nicht versucht, irgendwelche breitangelegten militärischen Konfrontationen mit dem Regime zu starten; sie hat stattdessen ihre innere Organisation gestärkt, und ihre Basis in der Bevölkerung stark ausgebaut. Wenn diese konsolidiert ist, werden wir den Kampf wiederaufnehmen.

Durch die Analyse unserer Arbeit in der Vergangenheit waren wir in der Lage, einige wertvolle Lehren aus den Irrtümern zu ziehen, die wir begangen hatten. Wir müssen von diesen Erfahrungen Gebrauch machen, damit wir nicht dieselben Fehler begehen. Die Konsolidierung der Front könnte beeinträchtigt werden, wenn wir versuchen, den bewaffneten Kampf zu führen, ohne für diese Aufgabe gut genug gerüstet zu sein.

Wir haben uns entschlossen, zuerst die Organisation zu stärken, um besser in der Lage zu sein, aus dem bewaffneten Kampf Nutzen zu ziehen. Wenn unsere Situation so aussieht, daß bewaffnete Kämpfer nur in einer Region konzentriert sind (Dhofar), ist es für den Gegner einfacher, sie zu entdecken und zu vernichten. Wenn die PFLO in jeder Region stark ist, und der Guerillakampf in einer Anzahl von Gebieten geführt wird, wird es für den Gegner sehr viel schwieriger sein, uns zu vernichten.

Der bewaffnete Kampf konzentrierte sich auf Dhofar und war in anderen Gegenden sehr schwach. Deshalb arbeiten wir an der Organisation der Front im gesamten Land, um in der Lage zu sein, den bewaffneten Kampf nicht nur in Dhofar, sondern in anderen Regionen zu führen.

Der bewaffnete Kampf in Oman muß auch mit der Entwicklung und Stärkung der politischen Massenbewegung in Einklang gebracht werden, denn wenn das nicht geschieht, wird er scheitern.

Die PFLO ist nicht nur damit beschäftigt sich selbst zu stärken, sondern hilft mit, diese politische Massenbewegung tatsächlich zu schaffen. Deshalb messen wir der Bildung von Organisationen des Volkes – Arbeiter, Bauern, Studenten – solches Gewicht bei, denn bevor diese nicht geschaffen sind, können wir eine solche politische Massenarbeit nicht leisten. Derzeit gibt es in Oman das Nationalkomitee der Arbeiter Omans, die Nationale Studentenunion Omans, die Omanische Studentenorganisation und die Omanische Frauenorganisation.

Gegenwärtig ist die PFLO in Dhofar militärisch präsent; wir planen keine breitangelegten Schlachten, aber im Falle einer Aggression sind wir bereit. Diese Streitkräfte werden ausgebildet und üben sich in Selbstverteidigung und Kämpfen nur, wenn es notwendig ist.

Die Aktivitäten der Streitkräfte sind im Kontext des Programms für dieses Stadium zu sehen: 1. Durchführung politischer Arbeit unter den Massen; 2. Aufbau von Verbindungsnetzen auf dem Land und in den Städten; 3. Selbstverteidigung im Falle eines Angriffs durch den Gegner.

Im Laufe des Jahres 1980 gab es eine Anzahl von bewaffneten Konfrontationen. Meist wurden sie vom Gegner provoziert, und zwei wurden von der PFLO begonnen. (...) *Schluß* (Quelle: tricontinental, Havanna, Nr. 77/4/1981, S. 10-20)

## Zeitschriftenschau

informationsdienst südliches afrika, Nr. 1–2/1982

Südafrika: Wahlboykott der Inder ● Albertina Simola, Rede auf Anti-SAIC-Konferenz ● Schwarze Mittelschicht ● Urban Foundation ● Group Areas Act ● Durban Resolution ● Verfolgung schwarzer Gewerkschafter ● Verhaftungen 1981 ● Umsiedlungen ● Ermordung von G. Mxenge ● Namibia: Wahlhilfe für Südafrikas Marionette, DTA-Besuch in Bonn ● Aktionen: 70 Jahre ANC ● Mahnwache vor südafrikanischer Botschaft ● EK-Rheinland verweigert Unterstützung des Anti-Rassismusprogramms ● Offener Brief zum ICOSA-Workshop ● Kurznachrichten ● Rezension  
Einzelpreis: 5,- DM; Jahresabo: 40,- DM  
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

Paraguay-Rundbrief, Nr. 34/Feb. 1982

Informationen über die Reise Gerhard Löwenthals nach Paraguay ● APE – Vereinigung der Paraguayer im Exil ● WOLA-Bericht über willkürliche Verhaftungen ● Stellungnahme der Kirche über den Gesetzesentwurf für die Eingeborenen ● Die Vertreibungspraxis der multinationalen Konzerne ● Hinter den Statistiken verbirgt sich die Armut ● Grundbesitz: Viele Arme, wenig Reiche ● Die mächtigen Organisationen weigern den Campesinos das Recht, sich zu organisieren u.a.m.  
Einzelpreis: 2,50 DM; Jahresabo: 15,- DM  
Bezug: c/o L. Gräfe, Sandbergstr. 49, 6100 Darmstadt

Nicaragua-Aktuell, Nr. 16–17/Feb. 1982

Sonderheft El Salvador: My Lai in El Salvador ● Geschichte ● Leitung, Aufbau und Finanzen der FMLN ● Militärische Lage ● Interviews mit Ana Guadalupe Martinez, Jose Rodriguez Ruez und Salvador Cayetano Carpio ● Westdeutsche Presse ● Roque Dalton, ein Militanter der Poesie ● Bundestreffen  
Einzelpreis: 4,- DM; Jahresabo: 12,- DM  
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

blätter des iz3w, Nr. 99/Feb. 1982

Themenblick: Die armen Primitiven – Schüler schreiben über Afrika – Afrika, der Erdteil der primitiven und exotischen Wilden – Afrika, der Erdteil der Armut und Unterentwicklung – Afrika, die heile Dritte Welt – Afrika, der Erdteil der Rassendiskriminierung – Traumland Europa – Problem der Dritten Welt – Warum halten sich Vorurteile so hartnäckig? Zu den psychologischen Hintergründen – Konsequenzen für die Dritte-Welt-Arbeit? – Bücher, Literaturhinweise ● Nachrichten und Berichte zu: Ghana: Kalabule und „Heiligter Krieg“ – zum zweiten Putsch von Jerry J. Rawlings; Israel: Die Annexion der syrischen Golan-Höhen; El Salvador/Honduras: Militärische Großoffensive vor den Wahlen; Kolumbien: Generalstreik und Militarisierung ● Hintergründe: Brasilien: „Unser Land für Land am Ufer des Sees“; Multis: Multis erobern das Amazonasgebiet; Internationales Netzwerk gegen Agrarmultis gegründet; Bangladesch: Verborgener Krieg in Bangladesch; Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand; Frauen: Prostitution in Bangkok; Aufbruch der südkoreanischen Frauengruppe zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe in Südkorea; Zur Lage der iranischen Frauen  
Einzelpreis: 4,- DM; Jahresabo: 25,- bzw. 35,- DM  
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 52/Jan. 1982

Gegen Multis und Staat – Geschichte der Arbeiterbewegung Kolumbiens (Andreas Hohl) ● „Wir sind eine politische und militärische Macht“ – zu den jüngsten Ereignissen in Kolumbien (Angelika Löw) ● US-Intervention in Zentralamerika (Vorbereitungsguppe des Anti-Interventions-Seminars 26-28.2.82) ● Grenada – „Die Privatindustrie hatte 400 Jahre Zeit“ ● Ländernachrichten zu Ecuador, Chile, Honduras ● Solidaritätsbewegung  
Einzelpreis: 2,50 DM; Jahresabo: 25,- bzw. 30,- oder 35,- DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 101

Berichte: Brasilien: Der Atomskandal weitet sich aus ● Mexiko: Neoliberale Rezepte aus der BRD ● Nicaragua: Alltag in der Revolution ● Paraguay: Deutsche Landkäufe in Paraguay ● Hintergrund: Chile: Ende eines politischen Projekts? ● Zum Tode von Eduardo Frei ● Die heile Welt von CAPITAL ● Die Rolle der Intellektuellen in der Entwicklung einer Alternative für Chile ● Mexiko: Das Erdöl – eine glückliche Sackgasse? ● Peru: Die Aguarunaindianer über Werner Herzog ● Guatemala: Wahlfrage ● Die Guerrilla im Befreiungskampf ● Nicaragua: Über die wirtschaftliche Lage ● El Salvador: Aus Salvador geflohen, in Honduras gefangen ● Solidarität: Stopp die US-Intervention in Mittelamerika ● Gnadengesuch für Brigitte Heinrich ● Solidarität mit Genaro Flores ● Zeitschriftenschau ● Latinamerikatage '82 ● Rezension  
Einzelpreis: 3,- DM; Jahresabo: 35,- DM  
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12



# Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Mitte 1981 steckten wir uns das Ziel, binnen eines Jahres 1.000 neue Abonnenten für das AIB zu gewinnen. Nachdem im Januar 1982 die 400er-Grenze überschritten wurde, zog die Kampagne in den letzten beiden Monaten spürbar an. Anfang März d.J. kamen wir auf fast 650 neue Abonnenten. Damit tritt die Kampagne den Endspurt an. Für die verbleibenden vier Monate appellieren wir nochmals an die Hilfsbereitschaft, das Engagement unserer Leser. Denjenigen, die etwas fürs AIB tun wollen, stellen wir das unten abgedruckte Reagan-Werbeflugblatt kostenlos zur Verfügung. Wir möchten insbesondere nochmals anregen, dieses Material bei Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen massenhaft zu verteilen. Auch Probeexemplare stellen wir auf Anfrage gerne kostenlos zur Verfügung.

## Appell an unsere Leser: Helft mit - werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

## Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



## Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

## Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal  
Die Stunde Null  
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv  
AFRIKA. Geschichte von den  
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten  
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan  
Die Türkei – Republik unter Wölfen  
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981



Eduardo Galeano  
Die offenen Adern Lateinamerikas.  
Die Geschichte eines Kontinents  
von der Entdeckung bis zur Gegenwart  
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,  
Peter Hammer Verlag 1981

Plácido Erdozain  
San Romero de America.  
Das Volk hat dich heilig gesprochen.  
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador  
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981





- Ich bestelle... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz (Preis 4,- DM)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (2,-)
- Ich abonniere das AIB ab Nr.... bis auf Widerruf\*
- Ich bestelle AIB Nr....
- Ich möchte Probeexemplare und Register (Jahr:...)

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 53390000).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

\*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ...DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr, Kündigungsfrist 2 Monate



## Für zwei Abonnenten:

Autorenkollektiv

**Länder der Erde.**

Politisch-ökonomisches Handbuch

7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein  
1981

Peter Krieg

**Der Mensch stirbt nicht am Brot allein**

Lesebuch zum Film „Septemberweizen“

192 Seiten, Großformat, Peter Hammer  
1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet

**Ich liebe mein Land**

30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun

**UMBRAL**

30-cm-LP, Verlag Pläne



Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:  
Name: .....  
Adresse: .....  
Mein Name: .....  
Meine Adresse: .....  
Mein Prämienvorschlag: .....

- Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.  
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzahlung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB - Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

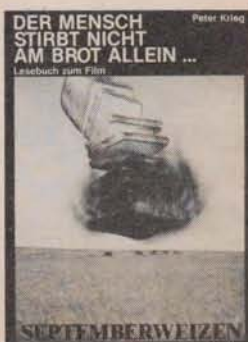
3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die  
Zeitgenossen,  
Bongi Makeba, Jabula  
**Konzert für Soweto**  
30-cm-Doppel-LP  
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen  
die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus  
Solentiname und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp  
**Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft**  
144 Seiten, reich illustriert  
Weltkreis 1978

Miriam Makeba  
**Country Girl**  
30-cm-LP, Verlag Pläne





**„die tat“ – die  
antifaschistische Wochenzeitung**

ist ein Forum für alle Demokraten,  
alle Antifaschisten

**„die tat“**

- informiert über Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen und klärt auf über seine Triebkräfte und Wege zu seiner Verhinderung;
- tritt engagiert ein gegen Atomraketen und Neutronenbomben, für Frieden durch Abrüstung;
- kämpft gegen den Abbau demokratischer Rechte;
- beschäftigt sich ausführlich mit Entwicklungen der demokratischen Kultur.

**„die tat“**

ist also genau richtig für engagierte Demokraten, genau richtig für SIE!



die  
tat

**Sich  
entscheiden.  
Für „die tat“**

POSTKARTE

Post-  
karten-  
porto

An

„die tat“/Röderberg-Verlag

Postfach 4129

6000 Frankfurt/M. 1

Er  
hat sie  
schon!



**„die tat“  
bestellen**



# ausfüllen ausschneiden weschicken!



**die  
tat**

Ich wünsche kostenlos  
und unverbindlich  
**PROBEEEXEMPLARE**

Ich bestelle ab dem ..... ein  
**ABONNEMENT**

Ich wünsche folgende Form des Abonnements

Normale Abonnementspreise (jährlich)	Sonderpreise für Auszubildende, Soldaten, ZDL, Arbeitslose
Lieferung als Postvertriebsstück <input type="checkbox"/> DM 45,—	<input type="checkbox"/> DM 30,—
Lieferung per Streifband <input type="checkbox"/> DM 54,—	<input type="checkbox"/> DM 39,—
Auslandsbezug per Streifband <input type="checkbox"/> DM 63,—	<input type="checkbox"/> DM 48,—

Kündigung jeweils 6 Wochen vor Quartalsende/Sonderpreise nur gegen Nachweis

den Abo-Preis  zahle ich nach Erhalt der Rechnung  
 bitte ich von meinem Konto abzubuchen

Konto

BLZ

bei \_\_\_\_\_  
Bank bzw. Postscheckamt

Datum:

Unterschrift:

25

Lernen Sie „die tat“ doch  
einfach mal kennen —  
Bestellen Sie kostenlos und  
unverbindlich Probeexemplare!  
**ODER:**  
Abonnieren Sie am besten  
gleich!



Sollten Sie schon Leser der „tat“ sein —  
was uns sehr freuen würde — diese Karte  
bitte nicht wegschmeißen, sondern  
**WEITERGEBEN!**



Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing  
**Das ist unser Land – Westbank und  
 Gazastreifen unter israelischer Besatzung**  
 320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn  
**El Salvador/Nicaragua.  
 Aufstand im US-Hinterhof**  
 191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt  
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.  
 Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**  
 264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal  
**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönnner  
**Afghanistan.  
 Revolution und Konterrevolution**  
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)  
**Befreiungsbewegungen in Afrika.  
 Politische Programme, Grundsätze und  
 Ziele von 1945 bis zur Gegenwart**  
 532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez  
**Vom Vergnügen des Präsidenten.  
 Erzählungen aus Nicaragua**  
 141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)  
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.  
 Aktionshandbuch 3**  
 192 Seiten, Lamuv 1982

Fredrik Vahle  
**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
 240 Seiten, Lamuv 1981

Karl-Klaus Rabe (Hrsg.)  
**Vier Minuten vor Mitternacht.  
 Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn**  
 160 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skarmeta  
**Der Aufstand**  
 218 Seiten, Peter Hammer 1981



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer  
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und  
 Befreiungskampf heute**  
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler  
**Südafrika.  
 Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**  
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild  
**Die zweite Befreiung.  
 Alphabetisierung in Nicaragua**  
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal  
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez  
**Viva Sandino! Leben und Tod des  
 ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**  
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

**MALIBONGWE.**  
**Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen**  
 176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski  
**Gott ändert nichts...  
 Iran gestern und heute**  
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis  
**Das neue Äthiopien.  
 Vom Kaiserreich zur Revolution**  
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou  
**Angola. Vom Königreich Kongo zur  
 Volksrepublik**  
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

**Ein Vierteljahrhundert mit Allende.  
 Erinnerungen seines Privatsekretärs**  
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld  
**Vietnam – Laos – Kampuchea**  
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt  
**Das Sexbuch**  
 249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)  
**Bonn 10.10.81  
 Friedensdemonstration für Abrüstung  
 und Entspannung in Europa – Reden, Fotos...**  
 224 Seiten, Lamuv 1981





## Gemeinsamer Appell der türkischen Arbeiterparteien

Anfang Februar d.J. trafen sich drei türkische Arbeiterparteien, die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die Kommunistische Partei der Türkei (KPT) und die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP), zu Konsultationen zusammen. Sie kamen überein, künftig ihre „Kampagnen gegen die Militärjunta, gegen den Imperialismus und die Monopole im Rahmen eines Programms möglichst zu koordinieren. Sie wollen Prinzipien, Ziele und Arbeitsbereiche einer gemeinsamen demokratischen Front erarbeiten, alle patriotischen und demokratischen Kräfte für diese Front gewinnen, um den Kampf weiter zu verstärken“. So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung vom 4. Februar d.J.

Man vereinbarte ferner, Symposien abzuhalten, in den Massenkämpfen brüderlich zusammenzuarbeiten und im Prozeß der Aktionseinheit die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Die Zentralkomitees der drei Parteien verabschiedeten schließlich den nachstehenden Appell.

Heute befindet sich der Frieden in der Welt in einer noch nie dagewesenen ernstesten Gefahr. Die Verantwortung dafür trägt der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus. Reagan geht in den internationalen Beziehungen nicht von der Politik der Entspannung aus, sondern von der Politik der Stärke. Er hat seit seinem Machtantritt das Wettrüsten, insbesondere das nukleare Wettrüsten, in Dimensionen beschleunigt, wie sie die Weltgeschichte noch nie gekannt hat. Dies ist eine Politik am Rande des Wahnsinns. Der amerikanische Standpunkt, daß ein „begrenzter nuklearer Krieg möglich“ sei, macht den nuklearen Weltkrieg zu einer realen Gefahr. Der Plan und die Beschlüsse, neue Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, haben den Widerspruch aller friedliebenden europäischen Völker hervorgerufen. (...)

### Reagan – mitverantwortlich für den Juntaterror

Der Propagandarummel des US-Imperialismus über die VR Polen dient seit längerer Zeit zur Verschleierung einer aggressiven Politik und ist darüber hinaus der Versuch, die wachsende Friedensbewegung zurückzudrängen.

Die Normalisierung der Lage in der VR Polen auf Grund der getroffenen Maßnahmen und die Niederlage der Feinde des Sozialismus, die danach trachteten, mit der Unterstützung des Imperialismus die Macht zu ergreifen, wurden in unserem Land sowie in der Welt durch alle Volkskräfte mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. (...)

Die Reagan-Administration führt auch im Nahen Osten ihre Kriegshetze fort. Das Pentagon hat das Ziel, für seine „Schnelle Eingreiftruppe“ auch unser Territorium auszunutzen und seine Basen in der Türkei zu erweitern.

Es bestehen geheime Pläne, die neuen nuklearen Raketen für Westeuropa auch in der Türkei zu stationieren. So unterzeichnete die Reagan-Administration Verträge mit der Militärjunta, um diese Pläne zu realisieren. Die Türkei kann damit direkt in einen nuklearen Krieg verwickelt und unser Land einer großen Gefahr ausgesetzt werden.

Für ihre aggressiven Ziele verstärken die USA den Druck auf die Türkei. Die weitere Intensivierung der Unterdrückung der demokratischen und friedliebenden Kräfte ist fest mit der Unterstützung des US-Imperialismus für die Militärjunta verbunden. Die Reagan-Administration ist für alle blutigen Morde und den Terror der Militärjunta in der Türkei mitverantwortlich.

Stünde die US-Administration nicht hinter ihr, könnte die Militärjunta die Menschenrechte nicht derart brutal und in solchem Maße mit Füßen treten. Es ist eine aktuelle Aufgabe, die Kräfte gegen die Bestrebungen Washingtons, die Türkei in seine aggressiven Zielsetzungen in dieser Region einzubeziehen, zu vereinen. Alle Machenschaften, den Frieden zu torpedieren und unser Land in die Frontlinie eines nuklearen Krieges zu bringen sind zu vereiteln.

Die Militärjunta, die im In- und Ausland allmählich isoliert wird, intensiviert ihre Beziehungen mit dem US-Imperialismus. Sie versucht, durch antidemokratische Gesetze das Unterdrückungsregime für die Zukunft zu etablieren. Mit der Lüge von der „Rückkehr zur Demokratie“ soll die wachsende Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte und die sich immer mehr erschwere Lage der Werktätigen verschleiert werden.

Der Prozeß gegen 52 Funktionäre der Progressiven Gewerkschaftskonföderation (DISK) vor einem Kriegsgericht, das die Todesstrafe für alle Angeklagten fordert, ist ein typisches Beispiel für diese Unterdrückungspolitik. (...)

Ohne die Unterstützung des US-Imperialismus ist dieser Gerichtsprozeß nicht denkbar. Er wurde ungeachtet der scharfen Proteste von Gewerkschaften aus der ganzen Welt sowie vieler demokratischer Kräfte des In- und Auslands durchgeführt.

Reagan unterstützt in der Volksrepublik Polen die konterrevolutionären Kräfte und entfacht eine antisowjetische und sozialismusfeindliche Kampagne. Er will die Rolle des „Verteidigers der Menschenrechte“ und „Freundes der Gewerkschaften“ spielen, um sich unter diesem Vorwand in die inneren Angelegenheiten der VR Polen einzumischen.

Die Reagan-Administration verschweigt ihre offene Unterstützung für das NATO-Land Türkei, in dem die Menschenrechte brutal mit Füßen getreten werden, in dem massenhaft gefoltert wird und Zehntausende von Menschen aus politischen Gründen eingekerkert werden. Mitglieder demokratischer Parteien, Gewerkschaften und Vereine, die nichts mit dem Terrorismus zu tun haben, werden wegen ihrer politischen Auffassungen angeklagt. Gegen das kurdische Volk und die kurdischen Demokraten werden intensive Unterdrückungsmaßnahmen ausgeübt. Türkische Gewerkschafter sind von der Todesstrafe bedroht. Angesichts dessen kann uns niemand mit Krokodilstränen über die Lage in der VR Polen täuschen. (...)

Wir appellieren an alle Kräfte unseres Volkes, in dieser kritischen Periode, die für den Weltfrieden und die Zukunft unseres Landes ernste Gefahren in sich birgt, den Kampf für Frieden, Boden, Brot, Arbeit, Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit zu verstärken und sich noch enger zu vereinen.

(Quelle: Atilim, o.O., 5.2.1982)



Nico Biver

## Das Marcos-Regime stößt auf Widerstand

Verschiedene Veränderungen auf den Philippinen im vergangenen Jahr bestätigen die Umorientierung des Regimes von Präsident Ferdinand E. Marcos. Die wichtigsten Ereignisse waren die Aufhebung des Ausnahmezustandes am 17. Januar 1981, ein Referendum über Verfassungsänderungen vom 7. März 1981, mit dem die Vollmachten von F. Marcos ausgeweitet wurden (Kompetenz zur Parlamentsauflösung, zur Ernennung des Ministerpräsidenten usw.), sowie die Durchführung von Präsidentschaftswahlen am 7.6.1981.

Die mit Freunden von F. Marcos besetzte Wahlkommission gab bekannt, daß er mit 87% der Stimmen für sechs Jahre wiedergewählt worden sei. Seine Macht ist damit mindestens bis 1984 abgesichert. Dann nämlich sollen Parlamentswahlen stattfinden, sofern sich keine außergewöhnlichen Ereignisse ergeben.

Ferdinand E. Marcos war 1965 zum ersten Mal an die Macht gekommen. Er wurde damals als Kandidat der Nationalistischen Partei gewählt und konnte 1969 seinen Erfolg wiederholen. Bis dahin war das Land wechselweise von der Nationalistischen und der Liberalen Partei regiert worden, die traditionell die Interessen der Großgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie vertreten. Die USA, die bis 1946 Kolonialmacht waren, stützten dieses Regime nicht nur, weil es ihnen gestattete, militärische Basen im Land zu unterhalten, sondern weil dem US-Kapital großzügige Vergünstigungen gewährt wurden und die Philippinen als Agrarexportland in Abhängigkeit vom US-Markt gehalten wurden.<sup>1</sup> Die nationale Bourgeoisie, der Unterstützung und Kredite fehlten, wurde schwach gehalten. Sie war abhängig von Auslandskrediten oder wurde zum Juniorpartner von US-Unternehmen.

### Marcos' „Neue Gesellschaft“

Ein bürokratischer kapitalistischer Sektor gedieh durch die wuchernde politische Korruption, eine der wenigen Möglichkeiten in neokolonialen Ländern, zu Reichtum zu kommen.<sup>2</sup> Widerstand gegen die Privilegien der USA ging deshalb von der nationalen Bourgeoisie aus. F. Marcos unterstützte diese Bestrebungen und baute dabei gleichzeitig die Macht seines Clans systematisch aus. Verstärkter Druck gegen den US-Einfluß ging auch vom japanischen und westeuropäischen Kapital aus, das auf den Philippinen eindringen wollte. F. Marcos sah sich Anfang der 70er Jahre sowohl den Pressionen der Großgrundbesitzer und des US-Imperialismus ausgesetzt, als auch Massenaktionen gegen die US-Präsenz und gegen die Verelendung breiter Volksschichten. Um sein Regime zu stabilisieren, verhängte F. Marcos am 21. September 1972 den Ausnahmezustand und verkündete das Programm der „Neuen Gesellschaft“. Dieses Programm sah eine Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung der Wirtschaft vor. Um es durchzusetzen, gründete er die „Bewegung für die neue Gesellschaft“ (KBL). Ziel war es, die alte Oligarchie der Großgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie sowie die verkrustete Bürokratie zurückzudrängen, die die Entwicklung kapitalistischer Strukturen behinderten.



Juni 1981: Die Opposition ruft zum Boykott der Präsidentschaftswahlen auf

Sozialökonomische, politische und administrative Reformen wurden durchgeführt, die vor allem im Interesse der Banken und der Industriebourgeoisie waren. Der staatliche Sektor wurde ausgedehnt, und Funktionen, die früher von privater Seite eingenommen wurden – wie die Kreditgeschäfte mit Kleinbauern oder der Export landwirtschaftlicher Produkte –, wurden vom Staat übernommen.<sup>3</sup>

Der wichtigste Punkt dieser kapitalistischen Modernisierung sollte eine Landreform sein. Ziel war es, eine Kapitalisierung und Diversifizierung der Landwirtschaft herbeizuführen und Produktionssteigerungen zu erreichen.

Laut Präsidentenerlaß Nr. 2 von 1972 sollte die gesamte Nutzfläche umverteilt werden. Dies stieß aber auf den Protest der Großgrundbesitzer und ausländischen Gesellschaften, so daß schließlich nur ein Teil der Reis- und Maisanbauflächen für die Umverteilung vorgesehen war. 1/3 der 3 Mio Pächter sollte eigenes Land erhalten.<sup>4</sup> Diese Zahl wurde später auf 400.000 reduziert, aber 1977 waren erst 68% des Bodens umverteilt worden. Die Bauern sollen die Kaufsumme in 15 Jahren abbezahlen, wozu aber viele nicht in der Lage waren. Sie mußten sich entweder bei den Großgrundbesitzern oder beim Staat verschulden, oder sie gaben ihr Land auf und zogen in die Slums der großen Städte, um Arbeit zu finden. Ende der 70er Jahre waren noch immer 81% der ländlichen Arbeitskräfte ohne oder fast ohne eigenen Boden.<sup>5</sup>

Resultat der Reformen auf dem Land war eine schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion (4,9% jährlich von 1970-1979) bei gleichzeitiger Verelendung der Landarbeiter, Bauern und Pächter. Auch in anderen Wirtschaftssektoren kam es in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu hohen Zuwachsraten. Nachdem zwischen 1970 und 1975 das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 6,6% wuchs, fiel die Wachstumsrate bis 1980 auf 4,7% (7% waren geplant). Die niedrigen Löhne (die Kaufkraft ging von 1966-1978 um 36,6% zurück), die durch die Aufhebung des Streikrechts garantiert wurden, sowie die politische Stabilität, die durch den Ausnahmezustand erreicht wurde, hatten nicht nur US-amerikanisches Kapital angelockt, sondern vor allem japanisches und westeuropäisches. Der Entwicklung der nationalen Bourgeoisie aber wurden Schranken gesetzt, weil die ausländischen Konzerne vor allem das Kapital inländischer



Banken benutzten. Eine Studie der Jahre 1971-1976 zeigt, daß 1,9 Mrd Pesos oder 74% der Aktiva von 31 ausländischen Gesellschaften aus inländischen Quellen stammte.<sup>6</sup> Um das Industrialisierungsprogramm der Regierung Marcos durchzuführen, mußte sich das Land immer mehr im Ausland verschulden. Die gesamte Auslandsschuld betrug 1980 15,8 Mrd Dollar.<sup>7</sup> Das Land geriet so immer mehr unter das Diktat der Weltbank. Folge davon war, daß die Regierung ihr Industrialisierungsprogramm kürzen mußte. Besonders kleine und mittlere Unternehmen wurden durch die von der Weltbank vorgeschriebene Freihandelspolitik ruiniert.

Die außenwirtschaftlichen Bedingungen haben wesentlich mit zur Verschärfung der ökonomischen Situation beigetragen. Der Protektionismus seiner Haupthandelspartner USA und Japan und die Erhöhung der Erdölpreise haben das Handelsbilanzdefizit auf 2,59 Mrd Dollar im Jahr 1980 anwachsen lassen.<sup>8</sup> Die Erhöhung der Düngemittelpreise führte zur Stagnation in der Landwirtschaft.

Aus dieser Entwicklung resultierte eine erhöhte Abhängigkeit vom Imperialismus und eine weitere Verelendung der ärmsten Klassen, die auch nicht durch einige sozialreformistische Maßnahmen aufgehalten worden ist.

Diese Entwicklung spiegelt sich ebenfalls auf außenpolitischem Gebiet wider. Bis Ende der 60er Jahre unterstützten die Philippinen widerspruchslos die US-Politik. Eine außenpolitische Umorientierung erfolgte unter dem Ausnahmezustand vor allem, um das Programm der kapitalistischen Transformation voranzutreiben.

Dies machte es erforderlich, das japanische und westeuropäische Kapital dem US-amerikanischen gleichzustellen. F. Marcos drängte auf die Neuverhandlung der ökonomischen und militärischen Verträge mit den USA. In einigen außenpolitischen Fragen wurden andere Positionen als die der USA bezogen. Die Philippinen setzten sich aktiv in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ein und verbesserten die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen ASEAN-Staaten Malaysia, Singapur, Thailand und Indonesien (siehe AIB 11-12/1981, S. 26-30). Besonderes Mißfallen bei den USA erregte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu

den sozialistischen Ländern. Diese durch die Entspannungspolitik der 70er Jahre begünstigten Maßnahmen dienten vor allem dazu, die Handelsbeziehungen auszuweiten.

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und die größere Abhängigkeit vom ausländischen Kapital haben allerdings dazu geführt, daß die Philippinen wieder unter starken Druck der USA geraten sind. Das Marcos-Regime gab diesem Druck in Sachen US-Militärbasen (Clark Air Base, Subic Bay) und der Kampucheafrage nach.

Anfang 1979 wurden durch ein Zusatzabkommen die US-Basen in philippinische Militärbasen umbenannt, von denen aus die USA ungehindert Militäroperationen durchführen können, wie im Fall der Irankrise geschehen. F. Marcos bezeichnete eine starke militärische Präsenz der USA als notwendig für ganz Südostasien, um die Schifffahrtsrouten nach Japan zu schützen und das militärische Gleichgewicht zu erhalten.<sup>9</sup> Von Nutzen für F. Marcos könnte die US-Präsenz auch sein, um den wachsenden militärischen und politischen Volkswiderstand im eigenen Land zu unterdrücken. Mit der Machtübernahme Ronald Reagans im Januar 1981 läßt sich eine Annäherung der Außenpolitik des Marcos-Regimes an den globalen US-Konfrontationskurs und der offenbare Verzicht auf eine eigenständige Wirtschaftspolitik beobachten.

### Annäherung an den Reagankurs

Die jetzige offene Unterstützung für das Marcos-Regime geht einher mit Maßnahmen gegen die in den USA konzentrierte bürgerliche Exilopposition. Ein Auslieferungsabkommen, das in Vorbereitung ist, könnte dazu dienen, sie in den USA fortan zum Schweigen zu bringen.<sup>10</sup>

Ein Grund dafür, daß die Reagan-Administration die bürgerliche Opposition auf den Philippinen fallengelassen hat, liegt in ihrer zunehmenden Schwächung. Die alte Nationalistische und die Liberale Partei haben aus unterschiedlichen Gründen stetig an Einfluß verloren. Teile der Nationalistischen Partei haben sich F. Marcos angeschlossen, Teile der Liberalen Partei haben die Laban (Kampf-)Partei des ehemaligen Senators Benigno Aquino mitbegründet, der in den USA lebt. Überreste dieser Parteien sowie die Laban haben sich 1980 zur Vereinigten Demokratischen Opposition (UNIDO) zusammengeschlossen, um eine Alternative zum Marcos-Regime zu bilden.

Ein Grund für das Schwenden des Einflusses der bürgerlichen Oppositionspolitiker ist ihre Zerstrittenheit. Vielen geht es nicht darum, politische Reformen zu realisieren, sondern selbst vom politischen System zu profitieren. Der Hauptgrund der Schwächung der bürgerlichen Opposition liegt aber darin, daß sie das Kriegsrecht zu ihrem Hauptkritikpunkt gemacht hatte. Diesem Widerstand hat F. Marcos mit der Aufhebung des Kriegsrechts teilweise die Spitze gebrochen.

Um ihren Niedergang aufzuhalten haben sich Mitte Februar d.J. die Nationalistische Partei, die Liberale Partei, die Laban-Partei und die Anfang 1982 neu gegründete Philippinische Demokratische Partei (PDP) zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen, nachdem sich eine lose Koalition wie die UNIDO als uneffektiv herausgestellt hatte. Teile der Opposition haben auch eine Linkswendung vollzogen, weil sich bei ihnen die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß es nicht durch Wahlen möglich ist, an die Macht zu kommen. Sie suchen deshalb das Bündnis mit der radikalen Opposition, der Nationaldemokratischen Front (NDF) und der Nationalen Befreiungsfront der Moros (MNLF).

Die offene Unterstützung der Reagan-Administration für F. Marcos war ein entscheidender Punkt für diesen Kurswechsel. B. Aquino, ein Führer der bürgerlichen Opposition, hat



Moro-Guerilleros auf der Insel Jolo



## Philippinen- Daten

**Territorium:** Die Philippinen bestehen aus über 7000 Inseln mit insgesamt 300.780 qkm

**Hauptstadt:** Manila, mit über 7,5 Mio Einwohnern im Metropolgebiet

**Bevölkerung:** 46,7 Mio Einwohner, davon etwa 43% der Bevölkerungsgruppe der Visayas und ungefähr 20% den Tagalen angehörig. 36% der Bevölkerung leben in den Städten

**Sprache:** Amtssprache ist das Tagalog

**Religion:** 95% der Einwohner sind Christen (zu 80% römisch-katholisch), 4% sind Moslems

**Währung:** Peso; 1 Peso = 0,3 DM (November 1981)

**Wirtschaft:** Die Philippinen sind ein Agrarland mit relativ schwach entwickelter Industrie.

52,7% der 16,4 Mio Erwerbspersonen arbeiten in der Landwirtschaft, deren Hauptprodukte Reis, Mais, Kopra und Zuckerrohr sind. Über 50% des bearbeiteten Bodens gehören Großgrundbesitzern, Ausländern oder der Kirche.

**Soziale Lage:** 3% der Bevölkerung erhalten 66% des Nationaleinkommens. 90% der Philippinos leben am Rande des Existenzminimums; auf 6.930 Einwohner kommt ein Arzt (Kuba 1.110); die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 62 Jahre (Kuba 72).  
**Parteien:** Bewegung für die Neue Gesellschaft (KBL), Regierungspartei mit F. Marcos als Vorsitzendem.

**Bürgerliche Oppositionsparteien:** Die Nationalistische Partei (gegr. 1907) und die Liberale Partei (gegr. 1946) sind in mehrere Flügel gespalten; Laban (Kampf) wurde in den 70er Jahren gegründet. Die Vereinigte Demokratische Opposition (UNIDO) umfaßt die Laban und Teile der anderen bürgerlichen Parteien.

**Linke Oppositionsparteien:** Die Nationaldemokratische Front (NDF) ist ein Bündnis von Massenorganisationen, das von der maoistischen Kommunistischen Partei (CPP; 1968 gegr.) angeführt wird. Die CPP leitet den Guerillakrieg der Neuen Volksarmee (NPA). Die Kommunistische Partei der Philippinen (PKP; 1930 gegr.) unterhält eine eigene Bauern- (AMA) und Jugendorganisation (NYCP). Sie hat in der Nationalen Vereinigung der Gewerkschaften (NATU) und der Gewerkschaftszentrale TUPAS, beide dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen, bestimmenden Einfluß. Die Nationale Befreiungsfront der Moros (MNLF) führt einen Guerillakrieg für die Selbstbestimmung des Moro-Volkes.

**Geschichte:**

1565 Beginn der Kolonisierung durch Spanien

1896 Proklamation der Unabhängigkeit

1899 Okkupation durch die USA

1946 Proklamation der Unabhängigkeit von den USA

1964 Beitritt zur SEATO (1977 aufgelöst)

1965 Ferdinand Marcos wird zum Präsidenten gewählt

1972 Verhängung des Ausnahmezustandes

1973 Verkündung der neuen Verfassung

1981 Aufhebung des Ausnahmezustandes

bereits Kontakte zur MNLF und zur NDF aufgenommen. Er erklärte, daß zwischen dem Programm der UNIDO und der NDF nur geringe Differenzen bestünden. „Die Situation ist jetzt so“, konstatierte er Mitte 1981, „daß Marcos die legale Opposition fast eliminiert hat. Jedoch nähert sich die legale Opposition auf den Philippinen – die gemäßigte und die radikale – an, weil einige der Hauptunterschiede verschwunden sind... Wenn Menschen verzweifeln, können sie nirgendwo sonst hingehen – es gibt nur pro-Marcos oder anti-Marcos. Die mittlere Gruppe wurde eliminiert.“<sup>11</sup>

Der fast von der ganzen Opposition unterstützte Boykott der Präsidentschaftswahlen am 7. Juni 1981 war ein erster Schritt zu gemeinsamen Aktionen. Trotz Strafandrohungen und Druck gegen die Wähler nahmen 40% an der Abstimmung nicht teil. Auch bei der sog. dritten Alternative, der Vereinigten Demokratischen Sozialistischen Partei, die von kirchlichen Kreisen gegründet wurde und die in den Gewerkschaften über einen gewissen Einfluß verfügt, scheint sich eine Linkswendung zu vollziehen.

Die NDF und die maoistische Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) beziehen sich auf eine breite Front bis zu den Liberalen. So erklärte der inhaftierte CPP-Gründer José Maria Sison: „Um maximale Wirkung zu erzielen, kann die

vereinte Front die direkten Komponenten und Mitglieder der Nationaldemokratischen Front, der Nationalen Befreiungsfront der Moros, die konservative Opposition und die mittleren Kräfte generell einschließen, mit oder ohne ihre eigenen bewaffneten Organisationen. Sogar einige pro-amerikanische Gruppen mit einer ehrlichen liberalen, demokratischen Ausrichtung können einer solchen vereinten Front beitreten.“<sup>12</sup>

Die CPP spaltete sich 1968 von der Kommunistischen Partei der Philippinen (PKP) ab, die 1930 entstand. Diese führte während der japanischen Besatzung (1941-45) den Kampf der antijapanischen Volksbefreiungsarmee (Hukpalahap) an, der nach Beendigung des 2. Weltkrieges gegen die Restauration der kolonialen Verhältnisse fortgesetzt wurde.

### Trends zur Frontbildung mit der Linken

Nach der Niederlage des bewaffneten Kampfes, reorganisierte sie ihre Reihen in den 60er Jahren. In den 70er Jahren unterstützte sie zwar positive Aspekte der Regierungspolitik von F. Marcos, darunter die Agrarreform und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, kritisierte aber die negativen Schritte. Ende des Jahrzehnts gab die PKP diese Politik auf, weil F. Marcos auf immer reaktionärere Positionen übergang und die soziale Lage der Massen sich immer mehr verschlechterte.

Sie plädiert heute für ein breites Bündnis gegen den Imperialismus wie gegen die neue und alte Oligarchie. Laut PKP-Generalsekretär Felicísimo Macapagal kann eine echte Veränderung auf den Philippinen weder „von einem engen Kreis von Regierungstechnokraten noch von einer kleinen Gruppe bewaffneter Revolutionäre, selbst wenn diese der Sache des Volkes zutiefst ergeben sind, vollzogen werden. Es ist notwendig, die Massen für den antiimperialistischen Kampf zu mobilisieren. Ausgehend davon strebt die KP der Philippinen einen offenen und konstruktiven Dialog mit allen patriotischen demokratischen Gruppen und Kräften an. Es handelt sich um Vertreter der Arbeiter und Bauern, der landlosen Dorfarmut, der Unternehmer, der Angehörigen der Intelligenz, der Jugend, der Frauen, der Studenten, der Christen, Moslems, Sozialdemokraten, nationalen Demokraten, patriotischen Kräfte im Staatsapparat, einschließlich der Armee – um alle, die aufrichtig nach sozialen Umgestaltungen zum Wohle der Volksmassen streben. Der imperialistischen 'Teile-und-herrsche'-Politik muß die breite Volkseinheit entgegengestellt werden. Dazu gilt es vor allem, die Schranken gegenseitiger Mißverständnisse und der Feindseligkeit, die von den Imperialisten zur Spaltung der demokratischen und gesellschaftlichen Kreise künstlich errichtet wurden, deutlich zu machen und niederzureißen“.<sup>13</sup>

Die maoistische CPP gründete bereits 1969 in Zentral-Luzon mit 60 bewaffneten Kämpfern die Neue Volksarmee (NPA). Besonders unter der Studentenbewegung, die 1972 einen Aufschwung erlebte, und den Bauern fand sie schnell Unterstützung. Die sich verschlechternde Lage, vor allem der bäuerlichen Massen, und das Versagen der bürgerlichen und reformistischen Parteien boten die Grundlage für die Verstärkung ihrer Aktivitäten.

Die CPP entwarf bereits 1973 ein 10-Punkte-Programm für eine Nationaldemokratische Front, die 1977 entstand und dieses Programm übernahm. Hauptpunkte sind der bewaffnete Kampf gegen die Marcos-Diktatur und den US-Imperialismus, die Vereinigung aller demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte, der Kampf für demokratische Rechte und für eine echte Landreform, die Unterstützung der Kämpfe für Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten, der Schutz des nationalen Kapitals und die Vereinigung mit allen Völkern, die gegen Imperialismus und Reak-



tion kämpfen.<sup>14</sup>

Der NDF sind die Revolutionäre Bauernbewegung, die Revolutionäre Arbeiterbewegung, die Nationalistische Jugendorganisation, die Lehrerorganisation, die Nationale Vereinigung des Gesundheitswesens, die Christen für Nationale Befreiung, sowie die CPP und die NPA angeschlossen. Besonders in den letzten Jahren konnten sie ihren Einfluß ausweiten und nach eigenen Angaben 1 Mio Menschen organisieren. Die NPA soll über 10.000 Guerilleros in 40 der 72 Provinzen verfügen.<sup>15</sup>

Die zunehmende Radikalisierung macht sich auch in Kreisen der katholischen Kirche bemerkbar. Priester und Nonnen, die die soziale Lage der unteren Schichten teilen, gehen in den Untergrund, während Teile der Hierarchie eng mit dem Regime verbunden bleiben.

Ein anderer wichtiger Faktor im Widerstand gegen das Marcos-Regime sind die Kämpfe der nationalen Minderheiten. Die größte von ihnen, die 2,5 Mio Moros im Südwesten des Landes, führen den bewaffneten Kampf gegen die nationale und soziale Unterdrückung. Die Nationale Befreiungsfront der Moros (MNLF) wurde bereits 1971 unter Führung von Nur Misuari gegründet. Ihr bewaffneter Arm, die Bangsa Moro Armee (BMA) verfügt über 10.000 Mann unter Waffen, die die Hälfte der philippinischen Armee binden. Ein Abkommen über Autonomie, das von F. Marcos 1976 in Tripolis unterzeichnet wurde, wurde nie angewandt. Verbunden mit einem Amnestieangebot, führte es aber dazu, daß viele Guerilleros, die der rechten MNLF-Fraktion um den islamischen Traditionalisten Hashim Salamat angehören, den Kampf aufgaben. Eingangs der 80er Jahre läßt sich eine stärkere Betonung des antiimperialistischen Moments im Befreiungskampf der Moros und ein Abrücken von ehemals vornehmlich gegen die christliche Vorherrschaft der philippinischen Zentralgewalt gerichteten Position feststellen. Daraus ergeben sich auch neue Ansatzpunkte ihrer Zusammenarbeit mit der Gesamtheit der antiimperialistischen

philippinischen Bewegung. So erklärt sich die Aufnahme von Kontakten verschiedener oppositioneller Kräfte, die die Autonomie für das Moro-Volk unterstützen, seit dem Jahr 1980 mit der MNLF.

Die Verschärfung der ökonomischen Situation, die Unterwerfung der Philippinen unter das Diktat der USA und die Schwächung der legalen bürgerlichen Opposition haben eingangs der 80er Jahre die Voraussetzung für eine breite nationaldemokratische Front geschaffen. Die meisten antidiktatorischen Parteien arbeiten auf eine solche Front hin, was auch dadurch erleichtert wird, daß einige Organisationen auf radikalere Positionen übergegangen sind oder sektiererische Positionen abgebaut haben.

#### Anmerkungen:

- 1) Siehe W. Ritter, Neuorientierung des Marcos-Regimes?, in: AIB 6/1978, S. 25-27
- 2) W. Pomeroy, Martial Law and the National Democratic Struggle in the Philippines, in: Political Affairs, New York, Mai 1975, S.18
- 3) Siehe O. Baryshnikova/Y. Levtonova, Theory and Practice of the „New Society“, in: Asia and Africa Today, Moskau, Nr. 6/1981, S. 48-51
- 4) E. Hauff, Die Landwirtschaft der Philippinen, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/April 1981, S.15
- 5) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 13.7. 1979
- 6) Ökonomische Unabhängigkeit – die Grundlage wahrer Freiheit und Unabhängigkeit, in: Welt Studenten Nachrichten, Prag, Nr. 8/1980, S.11
- 7) Blick in die Wirtschaft, 12.1.1982
- 8) Ebenda
- 9) International Herald Tribune, Zürich, 12.2.1980
- 10) Vgl. FEER, 22.1.1982
- 11) FEER, 21.8.1981
- 12) FEER, 6.11.1981
- 13) F. Macapagal, Was wir der „Teile-und-herrsche“-Politik entgegenstellen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 7/1981, S.931
- 14) Wortlaut siehe in: Aktionsgruppe Philippinen e.V., Appell des Moro-Volkes und des philippinischen Volkes an das Internationale Tribunal der Völker, Polch, Oktober 1980, S.13
- 15) Nach: FEER, 21.8.1981



## Lernen in der Friedensbewegung

Hunderttausende haben in der Bewegung gegen die Stationierung der Nato-Mittelstreckenraketen neue politische und persönliche Erfahrungen gemacht: Sie haben gelernt. Sie haben nicht nur etwas über Zahl, Reichweite, Treffsicherheit und tödliche Wirkung von Atomraketen gelernt, sondern auch über die Widerstände in unserer Gesellschaft gegen Frieden und Abrüstung, aber auch über Möglichkeiten, wie man das (Des-)Informationsmonopol der herrschenden Medien zumindest an einigen Stellen durchbrechen kann. Weil in der Friedensbewegung entscheidende Fragen der Weiterentwicklung der Menschheit angesprochen werden, entstehen hier aus Betroffenheit und Lebensnähe neue Wißbegierde, neue „Lernmotivation“, neue Handlungsbereitschaft, ein neuer Wert- und Moralkodex: Für Jugendarbeit, Schule und Erziehung hat die Friedensbewegung eine Bedeutung, die nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

## Demokratische Erziehung

Heft 2/82

März/April 1982

Im Abonnement: DM 4,75

Für Schüler und Studenten: DM 4,25

Streitgespräch: „Innerer“ oder „äußerer“ Friede? – Lernen in der Friedensbewegung/Erfahrungen bei der Vorbereitung der Demonstration vom 10. 10. 81 – Betroffenheit als didaktisches Prinzip – Frieden als Gegenstand aller Unterrichtsfächer – Die KMK-Erlasse zum Frieden seit dem „Ostkunde“-Erlaß – Porträt Klara Faßbinder: Mutige Friedenszerzieherin im kalten Krieg – Feldweibel als Erzieher in Kindergärten

Und außerdem:  
Magazin, Diskussion, Rezension, Dokumente

Coupon einsenden an:  
Pahl-Rugenstein Verlag  
Gottesweg 54  
5000 Köln 51

Bitte schicken Sie mir  
ein kostenloses Probeheft

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

A



Michael Mohnke

## Diskussionsforum über Grundfragen antiimperialistischer Solidarität

Am 27./28.2.1982 fand in der Fachhochschule für Sozialarbeit in der Frankfurter Nordweststadt ein außergewöhnliches Treffen statt. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Zeitschrift Peripherie, das Freiburger Informationszentrum 3. Welt (iz3w) und der Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) hatten zu einem Diskussionsforum eingeladen, auf dem – wie es im Einladungsschreiben hieß – „die Vertreter verschiedener Strömungen innerhalb der 'Dritte-Welt-Szene' ihre Standpunkte darlegen“ sollten. „In offener, sachlicher und möglichst qualifizierter Form“, so die Zielsetzung der Veranstalter, sollten „Gemeinsamkeiten und Differenzen ausgelotet werden und die Möglichkeiten zur Stärkung der Solidaritätsbewegung geprüft werden.“

Gemessen an dieser Zielsetzung stellte bereits das Zustandekommen des Forums, zu dem immerhin 100 Teilnehmer kamen, einen Erfolg dar. Entsprechend dem Charakter des Projekts war es ganz natürlich, daß am Ende viele Fragen offen blieben.

Immerhin ist feststellbar, daß an jenem letzten Februarwochenende – wenngleich bekannte Schlagabtausche nicht ausblieben – Strömungen in einen Dialog traten, zwischen denen der Diskussionsfaden seit den Höhepunkten der Vietnambewegung oft und teilweise für lange Zeit abgerissen war.

### Suche nach immer neuen „Modellen“?

Am Anfang der Diskussion standen zwei Referate, die zwar nicht das ganze Spektrum der in der Solidaritätsbewegung heute vertretenen Strömungen abdeckten, aber dennoch zwei einflußreiche Grundpositionen markierten. Das erste Referat wurde von Michaela von Freyhold (Uni Bremen) vorgetragen. Dieter Boris (Uni Marburg) hielt das zweite Referat, an dessen Erarbeitung sich P. Wahl (ASK) und R. Falk (AIB) beteiligt hatten.

Beide Referate fragten nach den Grundlagen, Möglichkeiten und Zielen internationaler Solidarität unter den heutigen Bedingungen. Gemeinsam war ihnen ein sehr kritisches Verhältnis zur „alten“ Solidaritätsbewegung, d.h. zu den Erfahrungen mit und in der Vietnambewegung der 60er Jahre. Kritisch wurde auf den dieser Bewegung eigenen Hang „zum Eskapismus“ (M.v. Freyhold) einerseits oder die damit oft verbundene Kette psychischer Bedingungsfaktoren „Frustration, Projektion, exotische Revolutionsvorstellungen, Nichtstun im eigenen Land und erneute Frustration“ (D. Boris) andererseits hingewiesen. Notwendigerweise mußte ein solches Herangehen an die Unterstützung von Befreiungsbewegungen zur Krise des eigenen Selbstverständnisses führen, spätestens dann, wenn die Befreiungsbewegungen ihr Hauptziel erreichten und nun selbst an die Macht gelangten.



V. l. n. r.: ASK-Sprecher E. Wulff, M. v. Freyhold, D. Boris.

Schon bei der Frage jedoch, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis für die Analyse und die politische Praxis zu ziehen seien, wurde ein breites Feld für Kontroversen sichtbar. Dies berührte nicht die Einsicht in die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus als dem Hauptgegner, die – wie von Gert Meyer (Marburg) in der anschließenden Diskussion bemerkt wurde – sich besonders seit dem Amtsantritt der Reagan-Administration noch dringlicher stellt und zu einem neuen Katalysator der Vereinheitlichung in der Solidaritätsbewegung werden könne und müsse, was im Boris-Referat am auffälligsten zu kurz kam.

Dies berührte auch nicht die Einsicht, daß die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt notwendig ist. Daran hielten beide Referenten fest – in Abgrenzung zu den resignativen, zum Nichtstun anregenden Beiträgen eines Hans Magnus Enzensberger oder eines Großteils der Prediger der „Krise des Internationalismus“ im Kursbuch. Ein gemeinsamer Ansatzpunkt beider Referate kann auch darin gesehen werden, daß internationale Solidarität nicht – wie in großen Teilen der Neuen Linken häufig – nach dem „Lust-Unlust-Prinzip“ praktiziert werden könne, sondern nach den eigenen Interessen fragen müsse.

Neue Ansatzpunkte für eine Formulierung des Selbstverständnisses der Solidaritätsbewegung unter diesem Gesichtspunkt sieht M.v. Freyhold in den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Weltsystems seit Beginn der 70er Jahre. Während in der Dritten Welt das Massenelend sich weiterausbreitet, wird deutlich, daß sich auch die Völker der Metropolen auf ihre sozialen Errungenschaften nicht mehr verlassen können: Massenhafte Arbeitslosigkeit in den Zentren, verbunden mit der Auslagerung produktiver Kapazitäten durch die internationalen Konzerne in Billiglohnländer, massenhafte Arbeitsplatzvernichtung durch Anwendung neuer Technologien, grassierende Ausländerfeindlichkeit



sind Probleme, die durch eine verschärfte Konkurrenz zwischen nationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen nicht gelöst werden können, sondern die die Frage nach antiimperialistischer Solidarität im eigenen Interesse dringlicher denn je erscheinen lassen.

Angesichts sich auftürmender Zerstörungskapazitäten durch das Wettrüsten einerseits und der sich zur ökologischen Existenzkrise auswachsenden Übel der „Fabrikgesellschaft“ andererseits bekommt die Frage nach dem schlichten Überleben der Menschheit einen neuen Stellenwert, ohne daß damit im Zusammenhang gleich die Systemfrage gestellt zu werden braucht.

Die Völker Europas und die der Dritten Welt allemal sind heute mehr denn je darauf angewiesen, eine gangbare Alternative zur imperialistischen Konfrontation und Militarisierung zu entwickeln und durchzuführen.

Wird jedoch die Frage nach dem Verhältnis von Überlebensfrage der Menschheit und Systemauseinandersetzung – wie bei M.v. Freyhold – dahingehend beantwortet, daß es vornehmlich „die Rivalität der Supermächte“ sei, die die Völker Europas und auch der Dritten Welt in ihrem Emanzipationskampf bedroht und behindert, so ist die Kontroverse eröffnet.

Gleiches gilt, wenn bei der Beurteilung innerer Entwicklungstendenzen in progressiven Entwicklungsländern anthropologische Erwägungen an die Stelle eines sozialhistorischen Analyseansatzes treten, wobei – etwa im Fall Moçambiques oder Angolas – nach den konkreten Umständen des Aufbaus einer befreiten Gesellschaft, den äußeren Gefährdungen und den inneren sozialen Widersprüchen nicht mehr gefragt wird. So war es nur natürlich, daß sich zwei Problemkomplexe als die eigentlich kontroversen Bereiche erwiesen, auf die immer wieder die Diskussion kam: **Erstens** Probleme der Befreiungsbewegungen an der Macht und **zweitens** die Rolle der Systemfrage in den internationalen Auseinandersetzungen und ihre Bedeutung für die Dritte Welt und für Europa.

## Was heißt Emanzipation?

M. v. Freyholds Referat warf in diesem Zusammenhang eine Reihe wichtiger Fragen auf, ohne Anspruch auf die Lieferung fertiger Alternativen erheben zu wollen. Sie plädierte ferner für einen „neuen Internationalismus der Europäer“; dessen Elemente sollten sein: **erstens** entschiedener Widerstand gegen die Befriedungsversuche der Reagan-Administration in der Dritten Welt, gegenwärtig vor allem in El Salvador/Mittelamerika. Dieser Widerstand schließe die Unterstützung der Befreiungsbewegungen ebenso ein wie die Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche, vor allem zwischen der BRD/Westeuropa und den USA; **zweitens** die Konzeption eines „blockfreien“ Europa, das sich gleichermaßen von der westlichen (USA) wie der östlichen (UdSSR) „Supermacht“ abkoppeln müsse – eine Konzeption, wie sie in Teilen der Friedensbewegung heiß diskutiert wird; **drittens** eine kritische Distanz zur Sowjetunion, die zwar für die Befreiungsbewegungen ein „hilfreicher“ und „nützlicher“ Partner sei, den sie bei Bedarf – wie verschiedene Beispiele gezeigt haben – wieder loswerden könne. Letztlich sei erst ein solchermaßen befreites Europa die Gewähr dafür, daß der Weg der Völker der Dritten Welt kein Weg mehr in die Sackgasse sein müsse. Mit der Wende müsse also hier begonnen werden.

Was die inneren Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt nach der Eroberung der Macht durch die nationale Befreiungsbewegung betrifft, so sei diese vor allem dadurch gehandikapt, daß sich die Führungen – unabhängig von ihrem jeweiligen Bekenntnis zu kapitalistischen oder sozialisti-

schen Gesellschaftsmodellen – am Weg der „nachholenden Industrialisierung“ orientierten.

Einher gehe damit – und zwar eher noch stärker als einst in der Sowjetunion, der diese „nachholende Industrialisierung“ gelungen sei (ein Grund für die Attraktivität ihres Modells in der Dritten Welt) – eine Tendenz zur Verselbständigung der Führung der nationalen Befreiungsbewegung gegenüber dem Volk, das Entstehen bürokratischer Apparate. Auf die Frage „Wohin soll die Reise gehen?“ antwortete die Referentin freilich denkbar vage, etwa mit: Suche nach „neuen Modellen“, die sich nicht an „unseren ökonomischen Häßlichkeiten“ orientieren, oder mit der Aufforderung, die Entwicklung der Produktivkräfte den Massen selbst zu überlassen.

D. Boris plädierte in seinem Referat demgegenüber dafür, widersprüchliche Entwicklungen der Befreiungsbewegungen nicht vorrangig aus subjektiven Verfehlungen zu erklären, sondern internationale, historische und soziale Bedingungen der jeweiligen Länder zu berücksichtigen. Nach einem Rückblick auf die Erfahrungen der „alten“ Solidaritätsbewegung verwies er darauf, daß der Differenzierungsprozeß in der Bewegung hierzulande zu tun habe mit einer verstärkten sozialen und politischen Polarisierung in den Entwicklungsländern, die in die zweite Etappe der nationalen Befreiungsrevolution – d.h. ihrem Übergang vom Kampf um die staatliche Selbständigkeit in den Kampf um die soziale Emanzipation und ökonomische Unabhängigkeit – übergegangen seien. Während die Existenz des sozialistischen Lagers eine günstige äußere Rahmenbedingung für die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung bilde, komme es dennoch vorrangig auf die Untersuchung interner gesellschaftlicher Tendenzen an, die nach der politischen Unabhängigkeit verstärkt freigesetzt würden. In diesem Zusammenhang sei einerseits ein sozialer Differenzierungsprozeß entlang der Hauptlinien kapitalistischer Klassenentwicklung unverkennbar; andererseits trete vor diesem Hintergrund und angesichts der weltweiten Systemkonkurrenz auch in der Dritten Welt der Systemgegensatz immer stärker in den Vordergrund, ja er werde als Frage nach dem Gesellschaftssystem und dem einzuschlagenden Entwicklungsweg – kapitalistisch oder sozialistisch orientiert – immer mehr zum Angelpunkt für die weitere Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung.

D. Boris sprach sich, in Auseinandersetzung mit quasi-anthropologischen und moralisierenden Ansätzen, für ein prinzipielles Festhalten an den Grundbestimmungen internationaler Solidarität aus, wie sie Karl Marx erstmals in seinen Irlandschriften entwickelt hat: **Erstens** mache es erst die nationale Befreiung der unterdrückten Nation möglich, die nationalen Unterschiede und Gegensätze zu überwinden, und erlaube es den Arbeiterklassen beider Länder (Großbritanniens und der Kolonie Irland), sich gegen den gemeinsamen Feind, die Kapitalisten, zusammenzuschließen. **Zweitens** trage die Unterdrückung einer anderen Nation zur Verstärkung der ideologischen Hegemonie der Bourgeoisie über die Arbeiter der unterdrückenden Nation bei – jede Nation, welche zur Unterdrückung einer anderen die Hand reiche, schmiede ihre eigenen Ketten. Und **drittens** schwäche die Emanzipation der unterdrückten Nation die ökonomischen, politischen, militärischen und ideologischen Grundlagen der herrschenden Klasse in der Unterdrückernation; dies wiederum wirke sich auch auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse dieser Nation günstig aus.

Hauptgegner jeglichen Fortschritts von Befreiung in der Dritten Welt bleibe der von kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungszwängen angetriebene Imperialismus, der daher auch als zentrales Angriffsziel des gemeinsamen Handelns der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung begriffen werden müsse. Einigkeit solle auch darüber erzielt werden,



daß die bundesdeutsche Linke ihre Kritik und Aktion zunächst einmal auf den eigenen Imperialismus konzentriert.

Um die Diskussion innerhalb der Linken über die verschiedenen sozialistisch orientierten Länder der Dritten Welt zu versachlichen, schlug D. Boris die Einigung auf einen Kriterienkatalog vor, der sich auf die Formulierung eines Begriffs von Emanzipation der Dritten Welt beziehen müsse. Dazu gehörten mindestens folgende Elemente: erstens die weitestgehende Befriedigung (bzw. das Bestreben zur Befriedigung) physischer Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Kleidung usw.; zweitens die Befriedigung geistiger Grundbedürfnisse wie Alphabetisierung und Wahrung kultureller Eigenständigkeit; drittens die Überwindung des ökonomischen und sozialen Potentials im Interesse der Überwindung der Unterentwicklung und der Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt; viertens die Entwicklung von Perspektiven zur Überwindung bzw. Vermeidung ökologischer Schäden und die Suche nach einem neuen Gleichgewicht von ökonomischer und ökologischer Entwicklung; fünftens schließlich die reale Teilhabe der Massen im Entscheidungsprozeß, die Bildung von Massenorganisationen usw.



Diskussionssprecher G. Meyer (l. stehend) und H. Melber (l. vorne)

D. Boris wies allerdings darauf hin, daß dies nicht mißverstanden werden dürfe als Übernahme der sog. Grundbedürfnisstrategie, sondern daß immer auch danach zu fragen sei, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Verwirklichung derartiger Zielstellungen erfolgen könne. Dabei scheine es in der Logik von Befreiungsprozessen zu liegen – von Krise, Zerstörung des Alten und Aufbau des Neuen –, daß der Versuch der Befreiung zunächst einmal oder oftmals mit der Verschlechterung der materiellen Verhältnisse einhergehe. Und damit könnten auch die Verengung der sozialen Basis der Bewegung eintreten und administrative, ja selbst repressive Maßnahmen gegenüber Überzeugung und freiwilligem Antrieb und Opferwillen aus der Kampfzeit an Gewicht gewinnen.

Vier Arbeitsgruppen (AG) boten die Möglichkeit, die in den beiden Referaten angeschnittenen Fragen zu vertiefen. In AG 1 referierte Bernd Greiner (Hamburg) über aktuelle Tendenzen in der Politik des US-Imperialismus gegenüber der Dritten Welt. Daß sich hier nur sechs Teilnehmer versammel-

ten, dürfte wohl damit zusammenhängen, daß dieses Thema, wengleich seine herausragende politische Bedeutung unumstritten war, bei dem in Frankfurt versammelten Kreis von Diskutanten wenig Anreiz zur Kontroverse bot.

AG 2, an der die meisten Teilnehmer Interesse zeigten, teilte sich, wobei AG 2a an Hand eines Thesenpapiers von Rainer Falk sich mit sozialökonomischen Differenzierungsprozessen in der Dritten Welt und den sich daraus für die Befreiungsbewegung ergebenden Konsequenzen befaßte. AG 2b diskutierte an Hand eines Papiers von Jürgen Ostrowsky (Uni Marburg) über die Eritreafrage Probleme des Verhältnisses von sozialistischer Entwicklung und Nationalitätenpolitik, die Beziehung von nationaler und sozialer Frage im Befreiungsprozeß usw. Heftige Kontroversen fanden in der AG 3 statt, in der Peter Dietzel und Jürgen Nieth (Duisburg/Solingen) ein Thesenpapier über „Die Rolle der UdSSR, Kubas und der anderen sozialistischen Länder für die 'Dritte Welt' und die Haltung der Solidaritätsbewegung“ vorlegten, das Konrad Melchers vom Standpunkt der maoistischen Sozialimperialismusthese kritisierte. Es zeigte sich jedoch, daß die letztere Position heute allenfalls noch eine exotische Randexistenz in der Solidaritätsbewegung spielt. Sie hat längst einer wesentlich differenzierteren Sicht der Rolle der sozialistischen Länder Platz gemacht, für die eher die von M. v. Freyhold vertretene Position (s.o.) repräsentativ ist.

Manfred O. Hinz (Uni Bremen) wies z.B. in AG 4 in seinem Thesenpapier darauf hin, daß nur ein falsches Verständnis von antiimperialistischer Solidarität dazu führen wird, die Auseinandersetzung um die Solidarität an der Position zu den sozialistischen Ländern festzumachen. Es sollte klar sein, so meinte er, daß die Sicherung der sozialistischen Länder den Befreiungsprozessen rund um die Welt direkt oder indirekt zugute kam und kommt. Daran könne die antiimperialistische Solidaritätsbewegung zwar anknüpfen; sie müsse ihre Basis jedoch in den jeweilig eigenen gesellschaftlichen Bezügen suchen und insbesondere in Rechnung stellen, daß Unterentwicklung und Abhängigkeit Ausfluß des Kapitalismus und nicht der sozialistischen Länder sind. Erich Wulff (ASK) legte in AG 4 ein Thesenpapier über „kritische Solidarität“ vor. Die Auseinandersetzung darüber ergab, daß niemand für eine unkritische Solidarität plädierte, allenfalls Unterschiede in der Gewichtung von Solidarität und Kritik vorhanden sind. Einigkeit herrschte jedoch darüber, daß die Solidarität in jedem Falle Vorrang gegenüber der Kritik gebühre, daß das Üben solidarischer Kritik eine hohe Verantwortung erfordert und Zeitpunkt und Ort der Kritik sorgfältig überlegt werden sollten. Diese Verantwortung erstreckte sich, worauf Henning Melber (Peripherie) hinwies, nicht zuletzt auch auf den kritischen und selbstkritischen Umgang der „Solidaritätsarbeiter“ unter sich selbst.

In der abschließenden Manöverkritik des Diskussionsforums wurde u.a. von Walter Hättig (iz3w) ganz zu Recht darauf hingewiesen, daß man künftige Diskussionsforen dieser Art mit mehr praktischem Bezug anlegen müsse. Zu Recht kritisierte er auch, daß mehr Thesenpapiere zu unterschiedlichen Standorten die Diskussion hätten griffiger und lebhafter gestalten können. Allgemein wurde geteilt, daß es immer dissonierende Themen geben wird und die Diskussion künftig auf solche Fragen konzentriert werden sollte, „wo wir produktiv miteinander reden können“ (Erich Wulff).

Als ein solches Thema für ein mögliches weiteres Diskussionsforum, in das nach allgemeinem Wunsch auch kirchliche Kreise einbezogen werden sollten, kristallisierte sich der Zusammenhang von Friedens- und Solidaritätsbewegung heraus. Vorerst bleibt zu hoffen, daß es den Veranstaltern gelingen möge, die Materialien des Diskussionsforums breiteren Kreisen zugänglich zu machen.







ters untergliederten Abteilungen das Direktorium für Operationen (DDO). Die 15 Abteilungen des DDO leiten die Arbeit jedes einzelnen Agenten an. Der Ruf des CIA wurde in jeder Beziehung vom DDO begründet. Dieses ist der von der Aura des modern-abenteuerlichen Agententums umgebene Bereich, dem schier alles gelingen wollte, bis er in Vietnam und Angola die Grenzen seiner Macht erfuhr.

Die weltpolitischen Voraussetzungen hatten sich Anfang der 70er Jahre geändert. Die USA waren nicht mehr die uneingeschränkte Nummer eins. Die Siege der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika waren schon nicht mehr aufzuhalten. Die Sowjetunion hatte militärisch gleichgezogen. Auf dieser Grundlage begann die Regierung R. Nixon Abrüstungsverhandlungen. Die Nixon-Doktrin brachte eine Abwendung vom militärischen Interventionismus und setzte stattdessen auf den Ausbau von Stellvertretermächten in besonders wichtigen Ländern der Dritten Welt, welche regionale Polizeifunktionen erfüllen sollten. Als äußerst wichtig galten dabei die Länder, die im besonderen Maße exportiertes US-Kapital angezogen hatten und denen man eine strategische Schlüsselposition gegenüber dem sozialistischen Lager und den Befreiungsbewegungen beimaß.

1970 flossen bereits 40% aller Investitionen von US-Konzernen ins Ausland ab (1960: 21%), bevorzugt nach Westeuropa, aber auch in einige Länder der Dritten Welt. Aber die größte Handelsmacht der Welt sah sich, besonders seit der Währungs- und Finanzkrise 1971, ständigen Positionsverlusten zugunsten Westeuropas und Japans im Handel mit der Dritten Welt gegenüber. Auf die Ölkrise vom Oktober 1973 reagierte die US-Regierung mit forciertem militärischer und ökonomischer Stärkung regionaler Stellvertretermächte vor allem im südwestasiatischen Raum.

Die US-Waffenverkäufe konzentrierten sich auf diese Region. Der militärisch-ökonomische Komplex, dem der Vietnamkrieg eine enorme Erhöhung der US-Rüstungsausgaben (1965 bis 1973 um mehr als 50% auf 78,358 Mrd Dollar) beschert hatte, genoss das genaue Gegenteil des erwarteten Rückschlags: Die Rüstungsausgaben erhöhten sich 1973-79 um 81% auf 142,2 Mrd Dollar.<sup>4</sup>

Da Erdöl als der wichtigste strategische Rohstoff angesehen wurde, gelang den preistreibenden und den Dollar-Verfall nutzenden Ölgesellschaften ein unvergleichlicher Boom; 1977 kamen fünf der acht größten US-Konzerne aus dieser Branche. Gleichzeitig mehrten sich nach der Ölkrise Forderungen nach einem aggressiven aber begrenzten militärischen Engagement. Mit dem Sieg der Nationalen Befreiungsfront Vietnams (FLN) 1975 fiel auch die Basisthese der Nixon-Doktrin: Stellvertretermächte konnten eben nicht unangreifbar aufgerüstet werden. Der Aufbau von US-Eingreiftruppen, vornehmlich zum Zwecke des Ölkrieges, wurde allenthalben diskutiert, noch aber war der im Vietnamkrieg geprägte Widerstand der US-Öffentlichkeit gegen eine interventionistische Politik zu groß.

### Von der „Operation Phoenix“...

In der Schlußphase eines nicht zu gewinnenden Vietnamkrieges hatte sich unter maßgeblichem Druck der internationalen und US-Öffentlichkeit in Washington jene nichtinterventionistische Politik durchgesetzt. Maßgeblichen Anteil hatte daran die Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere“, welche die Entwicklung und das ganze Ausmaß der US-Intervention darlegten. Dabei wurde nicht nur die ermunternde Rolle des CIA beim Putsch gegen den – dabei ermordeten, in US-Augen unfähigen – südvietnamesischen Diktator Ngo-Dinh-Diem (1963) bloßgestellt. Einen besonderen Schock hinterließ in der Öffentlichkeit das Eingeständnis,

der CIA trage direkte Verantwortung für die „Operation Phoenix“, d.h. für einen Massenmord.

Nach Plänen des Jura-Professors R. Prosterman hatte der CIA ab 1967 versucht, unter den Propaganda-Parolen „Befriedung“ und „Agrarreform“ die Landbevölkerung in strategische Wehrdörfer zusammenzutreiben. Damit sollten die Infrastrukturen der FLN zerstört werden. Mit Computern wurden Daten über FLN-Kader gesammelt, gegen die man dann Kommandos losschickte. In ganz Vietnam wurden 44 Verhörzentralen eingerichtet, in denen unter CIA-Oberaufsicht gefoltert wurde. Als der Leiter des Programms, R.W. Komer, Quoten für die „Neutralisierung“ von „Vietcong“ festlegte, kam es zu Massakern. In den ersten zweieinhalb Jahren wurden laut CIA-Chef W.E. Colby 20.587 Vietnamesen ermordet. Als das Programm Phoenix samt seinen Einrichtungen 1973 den Südvietnamesen übergeben wurde, gab Saigon 40.994 Ermordete an.<sup>5</sup>

Auf die „Watergate-Affäre“ (dieser Einsatz des CIA zu Spionagezwecken gegen das Wahlbüro der Demokratischen Partei zog 1973 den Rücktritt der Regierung Nixon nach sich) folgten die Einschränkung der militärischen Befugnisse des Präsidenten, die Abschaffung der Wehrpflicht, erhebliche Personalkürzungen bei der Armee, umfassende Untersuchungen der Aktionen des CIA und der anderen US-Geheimdienste sowie Beschränkungen ihrer geheimen Operationen bis hin zu deren Stopp. Der langjährige CIA-Chef Helms mußte mit Richard Nixon gehen, J. Schlesinger hielt es nur wenige Monate auf dem Posten. Sein Nachfolger W.E. Colby wurde 1975 von Gerald Ford gefeuert – wie es heißt, wegen allzu großer Beredsamkeit in 56 Vernehmungen vor Untersuchungsausschüssen des Kongresses.

Die damals sehr selbstbewußte Ostküsten-Presse rief die CIA-Anleitung des Putsches gegen die Mossadegh-Regierung im Iran (1953), bei Invasionen in Guatemala (1954) und in der kubanischen Schweinebucht (1961) in Erinnerung. Verschiedene Untersuchungsausschüsse konzentrierten sich u.a. auf die CIA-Verantwortung für Morde an Staatsmännern wie Patrice Lumumba (Kongo, 1961), an Rafael Trujillo (Dominikanische Republik, 1961), Mordversuche an Fidel Castro und die mögliche CIA-Täterschaft beim Mord an US-Präsident J.F. Kennedy.

### ...zum Engagement im Angolakrieg

Die Folge war nicht nur, daß desillusionierte CIA-Agenten ihren Dienst quittierten. Im September 1974 wurde nach bis dahin fast 200 gescheiterten, auf Kontrolle des CIA zielenden Anträgen von beiden Häusern des Kongresses das Hughes-Ryan-Amendment gebilligt. U.a. sind demzufolge der Präsident und je ein Komitee von Senat und Kongreß über Operationen des CIA zu informieren, und der Präsident hat sie zu billigen. Mordkommandos und verschiedene paramilitärische Aktionen wurden in der Folge durch Präsident G. Ford per Erlaß untersagt.

Ein Jahr darauf stoppte der Kongreß das größte militärische Engagement der USA seit Vietnam, das in Angola.

Heimlich schon ab Mitte 1974, offiziell ab Juli 1975 hatte der CIA in großen Mengen Gelder und Waffen an die konterrevolutionären, mit Südafrika verbündeten Gruppen UNITA und FNLA geliefert. CIA-Offiziere bildeten diese Terrorbanden aus und stellten darüber hinaus Söldnereinheiten auf. Außerdem wurde eine Desinformationskampagne gegen die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), die Sowjetunion, die DDR und Kuba gestartet.<sup>6</sup>

In vier Schüben hatte Präsident G. Ford insgesamt 31,7 Mio Dollar – worin Gehälter, Ausgaben für die Benutzung von CIA-Gerät usw. nicht enthalten sind – für diese Angola-



Operation bewilligt, als der sie finanzierende Reservefond am 27.11.1975 erschöpft war. Gegen Gerald Fords Willen weigerte sich der Kongreß, zusätzliche Mittel freizugeben. Auf Antrag des Senatoren Dick Clark befürwortete er 1976 ein nach ihm benanntes Clark-Amendment, wonach der CIA solche Fonds in Angola nur für geheimdienstliche Nachrichtensammlung und nicht für paramilitärische Operationen nutzen dürfe. Damit waren implizit Einschränkungen für Operationen auch in anderen Ländern vorgegeben.

Schließlich wurde die Zahl der den CIA kontrollierenden Ausschüsse auf jeweils vier des Kongresses und des Senats erhöht, so daß etwa 200 Personen Einblick in dessen Arbeit erhielten.

Unter den CIA-Chefs W.E. Colby und G. Bush (1975-1976) kam es zu erheblichen Personalkürzungen bei der Agentur, wovon besonders höhere Beamte aus der Ära des Kalten Krieges und das DDO betroffen waren. 1976 war die Zahl der Beamten im DDO von ehemals 6.000 – so eine Klage der Newsweek vom 6.2.1976 – auf 4.730 gesunken. Dies bedeutete eine Verlagerung der Aktivitäten des CIA weg von Interventionen hin zu mehr analytischer Arbeit.



CIA-Chef St. Turner (l., 1977 – 1981) und Nachfolger W. Casey

Aber schon der von J. Carter 1977 zum CIA-Chef ernannte Admiral St. Turner setzte das Kürzungsprogramm nicht im geplanten Umfang fort. Zudem wurden ehemalige, erfahrene Beamte reaktiviert. Mit Frank Carlucci ernannte man den Mann zum stellvertretenden Direktor des CIA, der als Chef der CIA-Station Lissabon und dortiger Botschafter entscheidend an der Niederschlagung der portugiesischen revolutionären Massenbewegung nach 1974 und der Einsetzung NATO-treuer Regierungen mitgewirkt hatte.

St. Turner favorisierte den technologischen Geheimdienst (Satelliten- und radiotechnische Überwachung) gegenüber dem „James-Bond-Aktionismus“ aus den besten Tagen des DDO. Die Prioritäten verlagerten sich auf Analysen politischer und militärischer Entwicklungen und die Verbesserung der Voraussagen. Mit dem Ziele der Zentralisierung und Koordination von Spezialaufträgen wurde zur Jahreswende 1977/78 ein Nationales Zentrum zur Festlegung der Aufgaben der Spionagedienste geschaffen.

Noch 1978 erlebte der CIA ein weiteres Debakel, als sich entgegen seinen Voraussagen im Iran eine Massenbewegung gegen die Diktatur von Schah Reza Pahlawi erhob.

Die mit dem US-Außenministerium und dem CIA bestens verbundene U.S. News & World Report formulierte am 11.12.1978, gestützt auf die angebliche Äußerung eines „hochrangigen Beamten“ der Carter-Administration, bereits eine neue Linie: Das Iran-Debakel sei eine Folge des Organisationschaos und der Vorrangigkeit technologischer Geheimdiensttätigkeit. Deshalb müsse man zu den seit vier Jahren vernachlässigten Geheimdienstmethoden des HUMINT, also der klassischen Tätigkeit einzelner Agenten vor Ort, zurück-

kommen.

Der Sturz des Schah-Regimes im Februar 1979 war von einschneidender Wirkung in Washington. Denn mit ihm war ausgerechnet der wichtigste Statthalter in einer „lebenswichtigen“ Region gestürzt worden. Und dies trotz der massiven Aufrüstung, trotz der Stärke des iranischen Geheimdienstes SAVAK, der unter Anleitung des CIA zu einem der schlagkräftigsten und brutalsten Geheimdienste der Region und trotz der weitgehenden US-Kontrolle der iranischen Wirtschaft. 1979 wurde die Nixon-Doktrin klammheimlich beerdigt.

Auch in Südostasien wie im lateinamerikanischen Raum gab es seit den Revolutionen in Vietnam bzw. Nicaragua keine wirklich verlässlichen Stellvertreter mehr, ausgerechnet die stärksten regionalen Verbündeten der USA waren verjagt worden. In Afrika war eigentlich nur noch auf Südafrika Verlaß.

Besonders bedrohlich entwickelt sich die Situation im Nahen und Mittleren Osten. Mit den israelisch-ägyptisch-amerikanischen Camp-David-Verhandlungen war man einem langfristig gesicherten Frieden nicht näher gekommen. Die Staaten der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) hatten zwischen 1973 und 1976 weitgehend Ölquellen und -anlagen nationalisiert. Gleichzeitig konnte man der Stabilität der feudalabsolutistischen Scheichtümer und Königreiche am Persischen Golf nicht sicher sein.

In der US-Politik setzte sich die interventionistische Linie wieder durch. Sie fand in der Carter-Doktrin vom Januar 1980, die militärischen Gewalteininsatz am Persischen Golf als Option der Washingtoner Außenpolitik aufnahm, ihren Niederschlag. Sie ging einher mit J. Carters Ankündigung einer Stärkung der Nachrichtendienste, insbesondere der offensiven Auslandsdienste. Deshalb müsse der CIA „von den bisherigen unnötigen Fesseln befreit werden, die ihm vom Kongreß auferlegt wurden“.<sup>7</sup> Am 13.2.1980 stellte die International Herald Tribune fest: „Dieses ist schon das Zeitalter des Wiederaufbaus des CIA.“

Der neue Präsident R. Reagan brauchte nur das fortzusetzen, was J. Carter vorbereitet hatte. Die US-Interventionsdoktrin wurde – unter Vorrangigkeit für Mittelamerika/Karibik und den Nahen und Mittleren Osten – auf die gesamte Dritte Welt ausgeweitet (siehe AIB-Sonderheft 1/1982, S. 7 ff.).

## Reagandevise: Den CIA „von Zwängen befreien“

Ronald Reagan hatte ferner im Wahlkampf größere Freiheit und Macht für die Geheimdienste versprochen. Und dieses wollte er nach seinem Amtsantritt im Januar 1981 schneller und gründlicher durchsetzen – schließlich hatte er nie über Menschenrechte schwadroniert. Frank Carlucci rückte vom CIA-Vize zum stellvertretenden Außenminister auf. Vizepräsident wurde ein ehemaliger CIA-Chef, George Bush. Zum neuen CIA-Boß ernannte er William J. Casey, einen ehemaligen Spitzenmann des OSS, der als Staranwalt und Steuerberater großer US-Konzerne schon in der Vorbereitung des Putsches in Chile Erfahrungen gesammelt hatte.

Erstmals in der Geschichte der USA erhielt der CIA-Chef einen Ministerrang (mit Stimmrecht im Kabinett). In der bürokratischen Konzeption der Reagan-Administration sind die Chefs des Außen-, des Verteidigungsministeriums und des CIA gleichberechtigt in der gemeinsamen Lenkung der Außen- und Militärpolitik.

Am 13.1.1981 plädierte W. Casey vor dem Geheimdienstauschuß des Senats dafür, „die Fähigkeit der Organisation, ihre Ziele anzugehen und durchzuführen, von Zwängen zu befreien“. Diese Fähigkeit solle Aktionen gegen unliebsame



Regierungen nicht ausschließen, „wenn es im höchsten Interesse der Vereinigten Staaten steht“. Ihm gehe es darum, ein „umfassendes Nachrichtensystem uneingeschränkter Überlegenheit“ zu schaffen.<sup>8</sup>

Ronald Reagan selbst kündigte verstärkte interventionistische Aktivitäten der USA und namentlich des CIA an, so am 9.3.1981 'zugunsten der afghanischen „Rebellen“. Das quittierte W. Casey in einer Rede vor CIA-Beamten mit der jubelnden Feststellung, endlich schaue man „guten Tagen“ entgegen: „...die Schwierigkeiten der Vergangenheit liegen hinter uns.“<sup>9</sup>

Tatsächlich spielte der CIA sehr schnell wieder eine zentrale Rolle in der US-Politik – und sie ging zu offensiveren Aktionen über, allerdings zunächst mit geringem Erfolg; denn es dauert seine Zeit, bis sich der Geheimdienst auf eine neue Prioritätensetzung der Regierung eingestellt hat: Einen Monat nach dem Amtsantritt legte die Regierung Reagan den Verbündeten ein Weißbuch vor, welches die „kommunistische Einmischung“ in El Salvador zu belegen behauptete. Binnen kurzer Zeit war es als eine Fälschung des CIA bloßgestellt.<sup>10</sup>

Im März 1981 wurden als Diplomaten getarnte Agenten aus Moçambique ausgewiesen, weil sie den Sturz der FRELIMO-Regierung geplant und ein Massaker eines rassistischen Kommando-Unternehmens an südafrikanischen Flüchtlingen vorbereitet hatten. Einer der beschuldigten Agenten wurde neben anderen nur 3 Monate später wegen eines Komplotts gegen die Regierung Kaunda aus Sambia verwiesen.

Im Mai 1981 drang eine paramilitärische Einheit des CIA nach Laos ein, um – ohne Erfolg – Beweise für die angeblich andauernde Inhaftierung amerikanischer Kriegsgefangener beizubringen. Im September 1981 begann eine Kampagne, Vietnam und die Sowjetunion würden Giftgase in Kampuchea bzw. Afghanistan einsetzen. Beweise werden noch vermißt. Die Propaganda Washingtons geriet bald ins

Lächerliche.

R. Reagans Politik der langen Leine für den CIA stieß auf etliche weitere unerwartete Schwierigkeiten. Es ließ sich keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung des Clark-Amendments herstellen. Höhere Beamte der Reagan-Administration waren zudem wegen recht merkwürdiger Geschäftspraktiken ins Gerede geraten: darunter der Sicherheitsberater des Präsidenten, Richard Allen (er mußte im Januar d.J. zurücktreten); CIA-Chef W. Casey konnte nicht umhin seinen nächstwichtigen Mann zu entlassen, bevor er selber in den Mittelpunkt der Kritik geraten würde: Max Hugel, neuer Chef der DDO, stolperte über betrügerische Geschäftspraktiken aus der Zeit, als er seine Beziehungen zu W.J. Casey entwickelt hatte.

Um den CIA-Aktionen überhaupt einen legalen Anstrich zu geben, erließ R. Reagan am 4.12.1981 einen Präsidenten-Erlaß, welcher keiner Zustimmung des Kongresses bedarf. Folglich darf der CIA in den USA spionieren und dort wie im Ausland US-amerikanische Bürger wie Organisationen bespitzeln.

*Fortsetzung folgt*

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. hierzu: S. Kumar, CIA and the Third World. A Study in Crypto-Diplomacy, London 1981; sowie V. Marchetti/J.D. Marks, CIA, Stuttgart 1974
- 2) V. Marchetti in: Der Spiegel, 14.10.1974
- 3) Vgl. hierzu und im folgenden V. Marchetti/J.D. Marks, CIA, a.a.O., S. 94-104
- 4) Vgl. K.H. Röder, Das politische System der USA, Köln 1980, S. 333
- 5) Vgl. V. Marchetti/J.D. Marks, CIA, a.a.O., S.300
- 6) Zu den Angola-Operationen vgl.: J. Stockwell, In Search of Enemies: A CIA Story, London 1978
- 7) Zit. nach: Deutschland-Magazin, Nr. 3/1980, S.38
- 8) Zit. nach: Covert Action, Washington, Nr. 12/April 1981, S.30
- 9) Vgl. AIB-Sonderheft 1/1982, Ein Jahr Reagan, S.8
- 10) Siehe Beiträge von K. Ege und Ph. Agee in: AIB 6 und 7-8/1981

# POLEN

## Sonderheft



Arbeiterprotest und Partei  
Ist der Sozialismus gescheitert?  
Selbstverwaltung oder  
sozialistische Demokratie  
Heuchelei und Klassenstandpunkt  
Ostlandritter und Menschenrechtler  
Ideologischer Kampf und Subversion  
Kirche - KOR - Konterrevolution

Das Heft enthält Beiträge von H. Mies, W. Gerns, G. Deumlich, H. Jung, G. Judick, O. Steinbicker sowie in Auszügen die Rede von W. Jaruzelski vor dem Sejm am 25.1.1982

Eine Chronik der Ereignisse ab August 1980 schließt den Band ab

Preis: 4 DM

Heddernheimer Landstr.78a 6 Frankfurt/Main 50 Tel:0611/ 57 10 51

**Verlag Marxistische Blätter**



## Dollar Brand Musik – Nahrung der Basis

Abdullah Ibrahim, südafrikanischer moslemischer Musiker, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC), ist gemeinhin bekannt unter dem Namen „Dollar Brand“. In einem Gespräch äußerte er sich zu seinem Musikverständnis sowie zu seinem Übertritt zum islamischen Glauben und dessen Rolle im Befreiungskampf.

„Meine erste Erfahrung als Berufsmusiker war, in den Musikvierteln zum Tanzen zu spielen. Wie die anderen auch fand ich mich ständig verschiedenen Arten populärer Musik ausgesetzt, aber auch klassischer Musik, in der uns die Lehrer unserer Gemeinde unterrichteten. Diese enorme Vielfalt wird jedoch immer von der traditionellen südafrikanischen Musik dominiert.

Auf der anderen Seite gab es eine gesungene, rein orale Musik, „marabi“ genannt. Das Aufkommen der Urbanisierung (Verstädterung; d. Red.) der Gemeinden und der Industrialisierung der Gesellschaft hat mit der Einführung „westlicher“ Instrumente eine Entwicklung dieser Musik eingeleitet. Aus der „marabi“ wurde die heutige „mbakanga“. „Mbakanga“ bezeichnet das traditionelle hausgebackene Brot. Das ist die Nahrung der Basis. Die Musik ist gleichfalls eine Nahrung der Basis für die Gemeinden. Aber welche Instrumente auch benutzt werden, es ist dieselbe Musik, es sind dieselben Rhythmen und Harmonien wie in der traditionellen Musik.“

### „Unsere“ Musik, die südafrikanisch bleibt

Dollar Brand bringt es fertig, eine Musik entstehen zu lassen, die im Grunde südafrikanisch bleibt, verwurzelt in den Erfahrungen des Volkes, denen des Kampfes gegen einen vier Jahrhunderte alten Kolonialismus und gegen ein rassistisches Apartheidregime. Er spricht nicht von „seiner“ Musik, sondern von „unserer“, er ist nicht Musiker oder Komponist, sondern Ausdrucksmittel eines unterdrückten und für seine Freiheit kämpfenden Volkes.



„Die Musik ist für uns eine von Generation zu Generation weitergereichte Tradition. Deshalb betrachte ich mich nicht als Musiker, die Musik gehört mir nicht. Es ist für mich vielleicht ein Mittel, der Gemeinschaft etwas anzubieten und ihr nützlich zu sein. Ich habe keine Botschaft zu überbringen, ich stelle mich nicht der Gemeinschaft im Kampf zur Verfügung, die Musik spricht für sich selbst.“ (...)

Dollar Brand lebt heute wie viele südafrikanische Künstler im Exil. Er ist zum Islam konvertiert.

„Ich stamme aus einer christlichen Familie, aber ich habe immer in einer moslemischen Umgebung gelebt. Meine Freunde in meinem Viertel waren Moslems. Als ich in die Vereinigten Staaten kam, war ich beeindruckt vom politischen Engagement der Bewegung der Nation des Islam, der moslemischen schwarzamerikanischen Bewegung. Sicherlich war sie eine sehr abgeschlossene Sekte; heute unternimmt sie sehr wichtige soziale und politische Aktivitäten. Ihre Mitglieder haben unter anderem Kirchen, Universitäten und Anti-Drogen-Zentren gegründet. Sie betrachten die Drogenproblematik als ein politisches Problem und sind zur Zeit unzweifelhaft auf diesem Gebiet am wirkungsvollsten.

Was Südafrika und was mich betrifft, so muß man diese Wahl mit einem Willen zur Befreiung, aber in einem anderen Zusammenhang, verbinden. Anfänglich war die moslemische Gemeinschaft in Südafrika vertreten worden durch die Malayen und hatte überhaupt nichts mit irgendeiner Idee von 'Befreiung' zu tun. Heute begegnen wir einer sehr wichtigen Erscheinung. In Soweto beispielsweise stellen die Moslems, deren Zahl beachtlich steigt, eine reale Kraft im Befreiungskampf dar. Es sind mehr als 5.000, während es vor zehn Jahren praktisch keine gab.

Woher kommt diese Erscheinung der massenhaften Bekehrung vom Christentum zum Islam? Das Christentum wird mehr und mehr als eine Rechtfertigung des Apartheidregimes angesehen. Es ist die Religion der Weißen und dieser Religion weiterhin anzugehören bedeutet, die Unterdrückung im Namen Gottes zu akzeptieren. Für viele ist der Islam eine mächtige Alternative zum Christentum. In den Vereinigten Staaten, wo ich eine andere Ansicht des Gesichts des 'Monsters' betrachten konnte, habe ich Menschen erlebt, die den Islam in den Dienst der Befreiung der Unterdrückten stellen. Für mich war dies eine Möglichkeit eine andere geistige Orientierung zu finden, die zugleich als innerer Halt dient, von dem aus ich fortfahren konnte zum Kampf beizutragen. In Südafrika verstärkt sich der Rassismus von Tag zu Tag. Ein einfaches Beispiel: Ich bin Mischling und man weigerte sich, mich in einem 'Restaurant für Mischlinge' zu bedienen! Ich mußte mich erst als Mischling ausweisen! Für sie war ich zu dunkelhäutig, um ein Mischling zu sein! Der Islam steht im Ansehen, diesen Rassismus hinter sich zu lassen und dies ist ein Mittel für die Menschen als sie selber zu existieren. (...)

Der Koran wird als politische Waffe genutzt, mit einem politischen Ziel: dem Kampf gegen die Ungerechtigkeit, wo immer sie auftritt. Diese Bewegung ist als politische Kraft derart bedeutend geworden, daß heute selbst die Presse von ihr Notiz zu nehmen gezwungen ist. Für die Moslems Südafrikas ist das Ziel eines der Elemente, der Mittel des Kampfes, den wir mit unserer Befreiungsbewegung, dem Afrikanischen Nationalkongreß, führen.“

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 255, 21.12.1981, S. 56/57)



## Vor 30 Jahren: Volksaufstand in Bolivien

Am 5. Februar d.J. verstarb der bolivianische „Zinnkönig“ Antenor Patino. Mit ihm trat eine Persönlichkeit ab, die, wenngleich unfreiwillig, wesentlichen Anteil am Zustandekommen des bolivianischen Volksaufstandes am 9. April 1952 hatte – den er seinerzeit denn auch lieber aus dem Exil beobachtete.

Der legendäre Reichtum der Patinos gründet sich auf die um die Jahrhundertwende vom Sippengründer Simon Patino entdeckten gewaltigen Zinnvorkommen des bolivianischen Hochlandes, die unter Bedingungen abgebaut wurden und werden, die zu den unmenschlichsten der Welt gehörten und gehören. Neben Patino (der allein 70% der Ausbeute beherrschte) bildeten die Clans der Aramayos und der deutschstämmigen Hochschilds den Kern einer neuen Machtgruppe, der „Zinnbarone“, die sich nach dem 1. Weltkrieg die dominierende Stellung innerhalb der sog. Oligarchie neben den Großgrundbesitzern verschafften. Ihr Aufstieg war verbunden mit einer Allianz mit US-Interessen. Die Standard Oil of New Jersey („Esso“) erhielt Konzessionen, die Patinos verschmolzen ihr ins Ausland transferiertes Kapital mit dem US-amerikanischen, kanadischer, britischer und belgischer Bergbaukonzerne. Durch zahllose Verschachtelungen beherrschten sie faktisch den Weltmarkt für Zinn. Eine parlamentarische Untersuchungskommission stellte fest: „Die Patinos haben mehr aus dem Land herausgeholt als die Spanier während ihrer ganzen Herrschaft.“

### Die Macht der „Zinnbarone“

Schon in den 20er Jahren revoltierten Bergarbeiter und die halbleib-eigenen (indianischen) Bauern gegen die Herrschaft der in Luxus schwelgenden Oligarchie. Zum Ausgangspunkt einer breiten Volksbewegung wurde indessen der Chaco-Krieg (1932-35), in den die Rivalität zwischen der Standard Oil of New Jersey („Esso“) und der Royal Dutch-Shell Co. Bolivien und Paraguay gefrierten hatte. 80.000 Bolivianer und 50.000 Paraguayer mußten ihr Leben für die Ölinteressen lassen. Bolivien verlor zwei Drittel des umstrittenen Chaco-Gebietes.

Auf dem Lande einerseits, unter den in den Krieg gehetzten indianischen Bauern und Landarbeitern, und in den Städten sowie der Armee andererseits formierte sich die neue Bewegung: Intellektuelle, Kleinbürgertum, Angehörige der rudimentären Bourgeoisie, vor allem aber die Bergarbeiter bildeten ihren Kern. Die Unzufriedenheit artikuliert sich in Form vager antiimperialistischer und antioligarchischer Ziele, wobei sich nebeneinander marxistische Ansätze, aber auch Anleihen beim europäischen Faschismus fanden. Kristallisationskerne des Widerstandes wurden die 1941 von Victor Paz Estenssoro und Hernán Siles Suazo gegründete Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung (MNR) und die von ihr unterstützte Gewerkschaftsbewegung unter Führung Juan Lechins. Auf dem Lande formierten sich seit 1936 Bauernsyndikate; 1947 gründete der marxistisch beeinflusste Bauernsohn Jose Rojas ein Syndikat, das zum Zentrum der Bewegung auf dem Land werden sollte.

Nach zwei kurzlebigen Offiziersregimes linksnationalistischer Prägung hatte die Oligarchie 1940 mit General Penaranda wieder einen Vertreter ihrer und der US-Interessen etablieren können. 1943 jedoch gelang es einer Volksbewegung, die von der MNR unterstützt wurde, diesen zu stürzen und Major Villaroel zum Präsidenten zu machen. Doch seine populistische, inkonsequente Politik brachte auch ihn in Widerspruch zu den Interessen derer, für die er angetreten war. 1946 stürzte ihn eine Revolte, die von den Werkträgern unterstützt wurde. Erneut konnten die Zinnbarone zwei Präsidenten ihrer Wahl an die Staatsmacht hieven. Bauernaufstände und Bergarbeiterstreiks (1947/48 bzw. 1949) wurden blutig niedergeschlagen. Das Anwachsen der Volksbewegung vermochten sie nicht mehr aufzuhalten. Am 6. Mai 1951 fanden Wahlen statt. Die MNR kandidierte mit einem Programm, das Forderungen enthielt wie Stimmrecht auch für die Schreibunkundigen (die Mehrheit der Indios also), Verstaatlichung der Minen, eine Landreform und andere demokratische Maßnahmen sowie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des chronisch krisengeschüttelten Andenstaates. Die MNR selbst besaß nur eine schwache Basis. Das Bündnis mit den Arbeiterorganisationen und ihr Programm bildeten indessen eine Grundlage für eine breitere Unterstützung. Die MNR gewann die Wahl, mehrere kleine Linksparteien hatten sich überdies für sie eingesetzt. Patino zog es



vor, sich ins Exil abzusetzen, gewaltige Vermögen wurden binnen kurzer Zeit aus dem Land geschleust, ein Militärputsch, inszeniert unter der Ägide des noch amtierenden Präsidenten Urrulagoitia, sollte den Regierungsantritt Paz Estenssoros verhindern. In dieser Situation ergriffen die Arbeiterorganisationen die Initiative. Ausgerüstet mit Dynamit aus den Grubenmagazinen, mit Waffen versehen von der übergelaufenen Militärpolizei und Gendarmerie, verjagten die Bergarbeiter unter Führung Juan Lechins nach schweren Kämpfen die Junta. Am 9. April 1952 hatte die Revolution gesiegt.

Ihre wesentlichen Maßnahmen: Bildung der Zentralgewerkschaft COB schon am 17. April; Auflösung der Armee und Bildung von Milizen; allgemeines Wahlrecht; Verstaatlichung der großen Zinnminen zur Staatsgesellschaft COMIBOL, in dem die Arbeitervertreter Mitspracherecht besaßen; Verkündung einer Agrarreform (welche die landlosen Massen sofort selbst in die Hände nahmen)

Der Druck der Arbeiter und der Landbevölkerung auf radikale Umgestaltungen hatte wichtige Siege errungen. Andererseits war die MNR nach wie vor eine heterogene reformistische Partei, die keine konsequente Revolution anstrebte – der Gegensatz zu den Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten sollte bereits unter Estenssoros Nachfolger Siles Suazo (1956-60) offen aufbrechen. Objektive Gründe behinderten zudem den Reformprozeß: Abzug der Techniker durch die Zinnbarone; die Beherrschung von Transport, Verarbeitung und Absatz durch die Patinos; Verfall der Zinnpreise nach dem Koreakrieg und Kapitalmangel. Estenssoro und mehr noch Suazo beugten sich Auflagen insbesondere der USA, Reformen wurden rückgängig gemacht.

Unter Estenssoros zweiter Amtszeit (1960-64) wurde dieser Kurs fortgesetzt bis zur offenen Repression gegen die Auflehnung der Arbeiterbewegung. Die MNR zerfiel in Flügel, 1964 kam es zum endgültigen Bruch mit der Linken in der MNR unter Lechin. So konnten 1964 die Militärs auf das Wohlwollen der Massen rechnen, als sie Estenssoro stürzten und unter reformerischen Versprechungen und Berufung auf den 9. April 1952 die erneute Auslieferung an die USA betrieben.

J. Ostrowsky



## „Weltmodelle“

Die von der andauernden wirtschaftlichen Depression und der ökologischen Krise so arg gebeutelte zweite Hälfte der 70er Jahre brachte eine wahre Flut von sog. Weltmodellen hervor, die den verunsicherten Regierenden dieser Welt als Grundlage für eine längerfristige Planung dienen sollten. Aufgeschreckt durch die Studie „Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome im Jahr 1972 waren ganze Batterien von Wissenschaftlern, Verwaltungsbeamten und Politikern mit der Analyse der Menschheitsentwicklung bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus beschäftigt.

Das undifferenzierte Katastrophenbild des Club of Rome wurde für die entwickelten Länder zwar stark relativiert, doch wurde den Ländern der Dritten Welt zum größten Teil eine eher noch pessimistischere Entwicklung in Aussicht gestellt. Alle Kommissionsberichte, seien sie von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der UNO oder ihren Untergenerationen, stimmten mehr oder minder überein, daß dies eine der Herausforderungen wenn nicht die Herausforderung unserer Zeit sei. Aufgrund der allgemein zunehmenden Interdependenz zwischen „Nord und Süd“ betonen sie die Notwendigkeit zu umfangreicheren Entwicklungsanstrengungen im Rahmen einer neuen globalen Entwicklungsstrategie. Die einzelnen Studien unterscheiden sich in ihrer generellen politischen Ausrichtung kaum. Ihr Blickwinkel, aus dem sie die Weltentwicklung beobachten und prognostizieren, ist der des politischen Status quo in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Lediglich das lateinamerikanische Bariloche-Modell spricht unzweideutig vom Verfall der physischen Umwelt als Ergebnis einer Gesellschaftsorganisation, die hauptsächlich auf destruktiven Werten beruhe.

Zu den zeitlich und zugleich umfangreichsten dieser Modelle zählt **Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten**, Verlag Zweitausend-eins, Frankfurt 1980, 20 DM

mit seinem etwas später erschienenen Handlungskonzept **Global Future, Es ist Zeit zu Handeln**, Dreisam-Verlag, Freiburg 1981, 10 DM.

der grundsätzlichen methodischen und inhaltlichen Bedenken, die vielerorts geäußert wurden, haben sie diese Funktion behalten. Das gilt im besonderen für **Global 2000**.

Der politische Rahmen, in dem sich beide Berichte bewegen durften, war natürlich von vornherein abgesteckt. Grundlagen für eine gesellschaftliche Ursachenanalyse wollten und konnten die Autoren nicht liefern. Wenn auch gelegentlich mal Kritik an der US-Regierung oder einem Multi laut wird, der politische und ökonomische Status quo bleibt unangetastet. Auf dieser Voraussetzung beruhen sowohl die Prognosen als auch die Empfehlungen. Die Autoren verleugnen auch keineswegs, daß es ihnen um die Erneuerung der Legitimationsbasis der USA als Führungsmacht geht. „Wenn Umweltzerstörung und internationale Spannungen und Konflikte vermieden werden sollen“, so führen sie aus, „muß eine neue Ära der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen.“ Es gebe gute Gründe, „daß die USA unter den verschiedenen Nationen hierbei die Führung übernehmen“ (S.31). Wie das mit einer gerechten Zusammenarbeit mit anderen Nationen vereinbar sein soll, die an anderer Stelle gefordert wird, steht wohl auf einem anderen Blatt, nicht aber in dem Bericht.

Doch selbst bei wohlwollender Berücksichtigung dieser sehr restriktiven Randbedingungen muß an **Global 2000** einiges kritisch gewürdigt werden. Trotz des sehr ausdifferenzierten Instrumentariums, und trotz des Anspruchs, die Einzelkomplexe in ihrer gegenseitigen Bedingungskonstellation darzustellen, bleiben sie im Grundsatz in dem klassischen, reaktionären Erklärungszusammenhang „Bevölkerungswachstum – größerer Ressourcenverbrauch – Umweltzerstörung“ stecken. Auch der methodische Ansatz macht den uninformatierten Leser gegenüber einigen kritischen Einsichten blind. So wurden Prognosen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft auf der Basis eines Weltmodells von Getreide, Ölsaaten und Viehbestand (GOL) und drei kleineren Abhandlungen über das Verhältnis von Nahrungsmittelagregaten, Ackerland und Düngemitteln erstellt. GOL klammert freilich die gesamten Exportfrüchte der Entwicklungsländer aus. Zuckerrohr, Kakao, Bananen, Kaffee und viele andere Früchte nehmen aber große Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Entwicklungsländern in Anspruch, ohne für die Ernährung der dortigen Bevölkerung nützlich zu sein. Da dies im Modell ausgeblendet wurde, kann der weltweit steigende Bedarf an Nahrungsmitteln nur durch die Exporte der USA ausgeglichen werden. Eine Umorientierung der Agrarproduktion jener Länder kommt einem bei der Lektüre erst gar nicht in den Kopf.

Diese ideologische Verschleierung von Zusammenhängen verliert vor allem im Kapitel 13 von **Global 2000**, wo es um die konkreten Auswirkungen auf die Umwelt geht, an Bedeutung. Je fakten- und facettenreicher dort über Umweltschäden durch die bisher praktizierte Politik und Ökonomie berichtet wird, desto überzeugender wirkt der Bericht auf mich.

Wenig überzeugen kann dagegen **Global Future**. Ich kann der Auffassung der Herausgeber des Freiburger Öko-Instituts, **Global Future** sei für die umweltpolitische Diskussion in der Bundesrepublik von nicht zu unterschätzender Bedeutung, insofern folgen, als hier ein sehr umfangreicher Katalog an Umweltschutzmaßnahmen vorgetragen wird. Auch sind die gesellschaftspolitischen Reflexionen an mancher Stelle deutlicher als in **Global 2000**. So heißt es auf S.63 beispielsweise: „Tatsächlich würde sich die Notlage der Armen sogar noch verschlechtern, wenn der technologische Wandel unabhängig von einem allgemeineren Programm sozialer und wirtschaftlicher Reformen stattfindet.“

Bei den konkreten Empfehlungen bleibt von dieser vermeintlichen Radikalität allerdings nichts übrig. Die politischen Prämissen und Beschränkungen, die schon bei **Global 2000** die Aussagekraft stark einschränkten, mußten die US-amerikanische Beantwortung der globalen Herausforderung schließlich hinter andere vergleichbare Berichte zurückfallen lassen. Kein Wort über den Zusammenhang von Rüstung/Abrüstung und Entwicklung, kein kritisches Wort gegen die Multis. Die Entwicklungsländer hätten von **Global Future** nur eine Angleichung der US-Entwicklungshilfe an das Niveau von 1970 zu erwarten gehabt. Eine wieder stärkere finanzielle Beteiligung an internationalen Organisationen, wie der Weltbank, wird in erster Linie zur Erhaltung der Vormachtstellung der USA für notwendig erachtet. Das Diktat der exportorientierten Landwirtschaft wäre den Ländern der Dritten Welt also in jedem Fall erhalten geblieben.

Die größere öffentliche Resonanz von **Global 2000** ist letztlich auch darauf zurückzuführen, daß **Global Future** gegenüber der detaillierten inhaltlichen Ausarbeitung von globalen Umweltfragen in **Global 2000** deutlich abfällt.

H. Mayer

**Global 2000**  
Der Bericht an den Präsidenten  
Zweitausend-eins

**Global Future**  
ES IST ZEIT ZU HANDELN

Herausgeber: Armin Beckmann und Gert Michelsen



Diese Veröffentlichung aus dem Öko-Institut Freiburg

Beide Berichte wurden vom US-amerikanischen Council on Environmental Quality und dem US-Außenministerium in Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Bundesbehörden, darunter auch der CIA, auf Anforderung des damaligen Präsidenten Carter erstellt. Dies war der erste Versuch einer US-Regierung die Zusammenhänge von Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt aus einer langfristigen Globalperspektive zu betrachten. Von seiten der Auftraggeber stand auch fest, daß die physikalisch-biologischen Fragen im Vordergrund zu stehen hatten.

J. Carter konnte **Global 2000** noch während seiner Regierungszeit in Empfang nehmen. **Global Future**, das den beschreibenden und analysierenden **Global 2000** mit konkreten Handlungsvorschlägen ergänzen sollte, war ein anderes Schicksal beschieden: der Bericht verschwand in den Schubladen der Reagan-Administration. Ihre ursprüngliche Funktion als Grundlage für den politischen Willensbildungsprozeß der US-Regierung haben sie beide nach dem Wechsel in Washington eingebüßt. Für die Reagan-Administration sind sie Makulatur oder allenfalls unangenehmes, weil umweltpolitisches Informationsmaterial, das einer großen Öffentlichkeit zugänglich ist. Trotz



## El-Salvador-Aktionen

Im Februar d.J. kam es zu größeren El-Salvador-Demonstrationen in Westeuropa und den USA. Je 10.000 Menschen gingen in Amsterdam und Athen, etwa 1.000 in Hamburg auf die Straße, um den US-Interventionismus in El Salvador und Mittelamerika/Karibik zurückzuweisen. In mehreren Städten der USA fanden Protestmärsche gegen die erhöhte US-Militärhilfe für die salvadorianische Junta und die Gefahr eines neuen Vietnam statt. In New York zogen am 20.2.1982 3.000 Demonstranten vor den Hauptsitz der Vereinten Nationen mit dem Wahlspruch: „Uncle Sam, erinnere Dich an Vietnam!“

Unter der Losung: „Stopp die US-Intervention in Mittelamerika! Gestern Vietnam – heute El Salvador?“ fand am 13. März d.J. in Frankfurt eine zentrale Demonstration statt. Trotz des Versuchs des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann (CDU) die Demonstration zu verbieten nahmen über 25.000 Menschen daran teil. Die Veranstalter (Solidaritätskomitees zu El Salvador, Guatemala, Nicaragua und die Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba) forderten u.a. den Stopp der US-Militär- und Wirtschaftshilfe für die salvadorianische Junta, der Drohungen und Destabilisierungsmaßnahmen der USA gegenüber Kuba, Nicaragua, Grenada, sowie die Anerkennung der FMLN/FDR durch die Bundesregierung.

## Ausländerpolitik

Demonstrationen und bis in Kirchenkreise reichende Proteste gegen ausländerfeindliche Politik sind für die Westberliner Senatsbeauftragte für Ausländerfragen B. John „Arroganz der Moral“. Solch charakteristische Politiker-Nicht-Moral hat mithilfe rechter Professoren „wissenschaftliche“ Untermauerung gefunden. Kürzlich wurden zwei „Heidelberger Manifeste“ bekannt, deren völkische Sprache, nationalistische Zielrichtung usw. den neozaristischen Hintergrund erkennen lassen. Die Unterzeichnung des ersten Manifestes ist Aufnahmebedingung eines Heidelberger „Schutzbundes für das Deutsche Volk“ (SDV). Dieser SDV ist von der NPD initiiert. Verbindungen bestehen auch zu einer von NPD initiierten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“. Diese will per Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen die Trennung von deutschen und ausländischen Kindern in den Schulen erzwingen. Not tate also, daß sich demokratische Studenten intensiver den wissenschaftlichen Verfechtern des Rassismus an den Hochschulen widmeten. Eine dieses rechte Spektrum ausführlich beleuchtende Dokumentation kann für 1 DM bestellt werden bei der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Lennerhofstr. 60, 4630 Bochum.

## ASK-Mitgliederversammlung

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), die am 28.2.1982 in Frankfurt tagte, benannte als Aktionsschwerpunkte für das laufende Jahr Mittelamerika, Südliches Afrika, Chile, Frieden und antimperialistische Solidarität und Nahost. In der Mittelamerika-Solidarität will das ASK sich vor allem auf die aktive Mitarbeit in der Antiinterventionsbewegung und die nach-



Frankfurter Demonstration vom 13. 3. 1982

drückliche Intensivierung seiner Spendenkampagne „Brot für El Salvador“ konzentrieren. Zum Thema „Kampf für Frieden und antimperialistische Solidarität – Zwei Seiten einer Medaille“ verabschiedete das ASK ein ausführliches Positionspapier. Auch künftig will sich das ASK aktiv an den großen Aktionen der Friedensbewegung (Ostermärsche und Reagan-Besuch zum 10.6.1982) vornehmlich mit dem Ziel beteiligen, die Fragestellungen der Solidaritätsbewegung mit denen der Friedensbewegung zu verknüpfen. Für den Solidaritätsschwerpunkt Nahost/Palästina wurde die Durchführung einer Spendenaktion für ein Gesundheitsprojekt des Palästinensischen Halbmondes beschlossen. Diskutiert wurde auch über die Möglichkeiten der Verbesserung der „Service-Leistungen“ des ASK für lokale Komitees und Initiativen. Als Schritt in diese Richtung hat das Komitee jetzt erstmals das

**Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, 42 S., 3 DM**

in vollem Wortlaut herausgebracht. Die Broschüre wie umfangreiche Materiallisten können angefordert werden bei: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt I; Tel.: 0611 - 234659

## Informationskreis Afghanistan

Ende Februar d.J. konstituierte sich in Bonn ein Informationskreis Afghanistan, zu dessen Gründern die Professoren Norman Paech, Roderich Wahsner und Günter Giesenfeld, die Pastorin Hannelotte Reiffen und Barbara Skaliks zählen. Kontaktadresse: B. Skaliks, Heidegartenstr. 28, 5300 Bonn, Tel. 0288 - 255573. Spendenkonto: B. Skaliks, Sparkasse Bonn, Nr. 39081351 (BLZ 38050000). In der Plattform des Informationskreises Afghanistan findet sich das Eintreten für eine politische Lösung des Afghanistankonflikts, für die Normalisierung und den Ausbau der Beziehung BRD-Afghanistan sowie das Vorhaben, im humanitären Bereich materielle Hilfe für die Demokratische Republik Afghanistan zu organisieren. Die Gründer appellieren an alle Bundesbürger guten Willens, den Informationskreis zu unterstützen bzw. aktiv mitzuarbeiten.

## Broschüre zur Karibik

In einer neuen Broschüre **Revolutionen im Hinterhof der USA. Kubanisierung? Sowjetisierung? Grenada-Nicaragua-Kuba, 96 S., 7 DM**

macht das Lateinamerika-Komitee Duisburg (c/o Y. Ayoub, Johannerstr. 130, 4100 Duisburg I) drei Aufsätze zu einer höchst aktuellen Fragestellung zugänglich. Franz Nuscheler (Das 'Freie Grenada': Ein kubanischer Brückenkopf in den Kleinen Antillen?), Pedro C. Holz C. (Befreiungskampf und bürgerliche Streitkräfte: Kuba und Nicaragua) und Jochen Hippler (Erfahrungen der kubanischen Revolution: Wirtschaftspolitik und Außenbeziehungen) widerlegen überzeugend die gängige Propagandathese, daß die revolutionären Prozesse in Mittelamerika und der Karibik von außen durch die Sowjetunion bzw. Kuba importiert seien. Und sie fragen nach verallgemeinerbaren Erfahrungen insbesondere der kubanischen und nikaraguanschen Revolution.

## Buchtip: Südafrika-Handbuch

In dieser Form einmalig ist das **SÜDAFRIKA-HANDBUCH, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1982, 437 S., 19,80 DM.** Für die drei Länder Südafrika, Namibia und Zimbabwe bietet das Handbuch eine Vielzahl lexikalischer Artikel „von AAB (für Anti-Apartheid-Bewegung) bis Zwangsumsiedlung“. Zahlreiche Querverweise auf verwandte Stichworte usw. machen den besonderen Wert dieses Teils aus.

Ein zweiter Teil gibt einen Einblick in Aktionsmöglichkeiten durch eine Auswahl von Erfahrungsberichten und Ideen, ergänzt durch ein Register. Sehr umfangreich ist schließlich der Teil III, eine Literatur- und Medienrezension, die ziemlich alles an deutschsprachigem zu den drei Ländern in Kurzform vorstellt. Kontaktadressen sowie ein Autoren- und Titelregister bilden den Abschluß.

Man muß nicht mit allen Beurteilungen und Darstellungen übereinstimmen – der Informationswert des Handbuchs und die Nützlichkeit für die Durchführung von Aktionen sind jedoch sehr hoch zu veranschlagen.

AKAFRIK (und Zentrale Arbeits- und Studienstelle der DEAF (Hg.)

# SÜDAFRIKA HANDBUCH



**SÜDAFRIKA · NAMIBIA · ZIMBABWE**

POLITISCHES LEXIKON  
BAUSTEINE FÜR AKTION, SCHULE UND ERWACHSENENBILDUNG  
THEME, DIAS, SPIELE, LITERATUR

Jugenddienst-Verlag



## Zimbabwe

Anfang Februar wurden auf Farmen der Afrikanischen Volksunion Zimbabwes (ZAPU) große Waffenlager „entdeckt“, die Umsturzpläne der ZAPU und ihres Führers Joshua Nkomo gegen ihren Koalitionspartner, die Afrikanische Nationalunion Zimbabwes (ZANU) unter Ministerpräsident Robert Mugabe belegen sollten. J. Nkomo wurde aus der Regierung entlassen, andere ZAPU-Minister blieben indessen im Kabinett.

Die Umsturzversion wurde vielfach – z.B. in der Frankfurter Rundschau vom 19.2.1982 – eifertig übernommen, zwingend ist sie nicht. Daß es nach wie vor große Waffenlager bei der ZAPU gab, war bekannt. Warum also erst

jetzt die „Entdeckung“? Plausibel erscheint, daß Kräfte der ZAPU diese Vorräte behielten, um der befürchteten Ausschaltung der ZAPU durch die Mehrheitspartei ZANU begegnen zu können. R. Mugabes Aktion wiederum dient offenbar vor allem dazu, mit Joshua Nkomo den Hauptwidersacher einer von der ZANU seit langem geforderten Einheitsparteibildung kaltzustellen – des Instruments, um wachsenden wirtschaftlichen und politischen Krisenentwicklungen (siehe AIB 3/1982, S. 32-35) durch eine Stärkung des Staatsapparats und eine Radikalisierung des sozialen Umwandlungsprozesses Herr zu werden.



Zutritt oder Opportunismus? Waffenfunde beim Rivalen ZAPU

## Westsahara

Die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) hat durch ihre Zulassung zur 38. ordentlichen Ministerratssitzung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die vom 22.-28. Februar d.J. in Addis Abeba stattfand, einen diplomatischen Erfolg errungen. Nachdem die DARS von der Mehrheit der OAU-Mitglieder (26 von 50) anerkannt wurde, hatte der Generalsekretär der OAU, Edem Kodjo, ihren Außenminister Ibrahim Hakim zu der Sitzung eingeladen. Die Delegation Marokkos verließ die Sitzung, gefolgt von weiteren 18 Delegationen. König Hassan II. deutete die Möglichkeit einer Spaltung der OAU an.

Die Position Marokkos wurde durch den Beschluß der OAU im Jahr 1981, ein Referendum über die Selbstbestimmung der Westsahara durchzuführen, und durch die militärischen Siege der Frente POLISARIO (siehe AIB 2/1982, S. 13-15) sichtlich geschwächt. Das hat dazu geführt, daß Hassan II. sein Heil immer mehr in einer Unterwerfung unter die US-Politik sucht. Bei einem Marokko-Besuch von US-Außenminister Haig am 11. Februar d.J. stellten beide Seiten einen „strategischen Konsens“ fest. Sie beschlossen, eine gemeinsame militärische Kommission zu bilden und Verhandlungen über Transitrechte für US-Truppen aufzunehmen. Eine Erhöhung der US-Militärhilfe soll eine weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der POLISARIO verhindern.

## Namibia

Südafrikas Außenminister R. Botha sieht Fortschritte bei den Verhandlungen mit den fünf westlichen Kontaktgruppenstaaten (UNTAG) über Namibias Unabhängigkeit. Das bedeutet nichts Gutes.

So sind die UNTAG-Regierungen (die USA, die BRD, Großbritannien, Frankreich und Kanada) abgerückt vom Prinzip, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) als einzige legitime Vertretung des namibischen Volkes anzuerkennen. Außerdem wurden Verfassungsgrundsätze vereinbart, die Sonderrechte zumal der weißen Minderheit festschreiben. Sodann wird ein Wahlmodus vorgeschlagen, der sich an das gemischte System der BRD (halb Verhältnis-, halb Direktwahl) anlehnt und damit tribalistischen Manövern Vorschub leistet. Nach wie vor steuert überdies die Besatzungsmacht Südafrika auf das Abhalten von Wahlen zu, unter Ablehnung einer UN-Aufsicht.

Südafrikas Marionetten in Namibia sind unterdessen schon im Gerangel um Einfluß. Aus der faktisch regierenden sog. Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) schied jüngst die auf den Mehrheitsstamm der Ovambo gestützte Nationaldemokratische Partei des DTA-Präsidenten Kalangula aus. Ihr Kalkül – „befreit“ von der Allianz mit anderen Bevölkerungsgruppen mehr Ovambo-Stimmen ergattern zu können – verrät den tribalistischen Charakter der ganzen DTA-Konstruktion und damit Südafrikas Konzept.

## Ghana

Um die wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung Ghanas abzubauen, erließ der – von Leutnant Jerry J. Rawlings geführte – Provisorische Nationale Verteidigungsrat (PNDC) folgende Anordnungen: sämtliche Handelsgüter unterliegen einer strengen Preiskontrolle, um so den Schwarzmarkt einzudämmen; alle Vermögen, sowohl von Personen als auch Institutionen, werden eingefroren, um damit eine Kapitalflucht zu unterbinden. Es wurde ein „Cocoa Committee“ gegründet, das die Versorgung des Landes mit den wichtigsten Gütern koordinieren soll.

Auf der politischen Ebene wurden Volkskomitees zur Verteidigung der Revolution geschaffen, die in allen Bereichen des „Lebens“ aktiv werden sollen.

Kaum daß der PNDC einige seiner politischen Grundsätze formulieren konnte, schmiedeten imperialistische Kreise Pläne für eine bewaffnete Intervention gegen das Land. Wie der Daily Graphic Ende Januar d.J. berichtete, gehen aus geheimen Dokumenten die USA und Großbritannien als Drahtzieher der geplanten Aggression hervor. Söldnerstreitkräfte sollten mit Unterstützung einiger afrikanischer Staaten Ghanas Weg in eine neue Unabhängigkeit ein schnelles Ende bereiten. Dazu wollten – so der Daily Graphic weiter – die USA ihre Luftflotte zur Verfügung stellen und Großbritannien ein Kontingent seines Special Air Service (SAS), die seit Jahren im Kampf um Nordirland erprobt sind, abkommandieren.

Die Ankündigung des „Träumers“ Rawlings, Ghana in eine gerechtere Gesellschaft zu führen, wird seitens der Neokolonialisten offenbar als ernstzunehmend und realisierbar angesehen.

## Surinam

Als klarer Sieg der Linken können der am 4.2.1982 erfolgte Rücktritt des bisherigen Präsidenten Henk Chin-A-Sen und die Übernahme der Macht durch einen Nationalen Militärrat unter Oberstleutnant Desi Bouterse gewertet werden. Zwischen H. Chin-A-Sen und den linken Militärs war es zuvor zu Auseinandersetzungen über die Revision der Verfassung gekommen. Umstritten war vor allem das Projekt, noch in diesem Jahr Volksmilizen zur Verteidigung der Errungenschaften der Werktätigen zu bilden.

Im Grunde genommen wird mit dem Machtwechsel eine Entwicklung beendet, die sich mit der Bildung einer Revolutionären Volksfront unter Beteiligung der Militärs vor drei Monaten bereits angebahnt hatte (vgl. AIB 1/1982, S.58). Die Planung des Militärrats sah vor, bis zum 15.3.1982 eine neue Administration einzusetzen, die auf der Grundlage eines auf zwei Jahre angelegten Programms der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung arbeiten soll. Leitlinie dafür dürfte die auf der Gründungsveranstaltung der Revolutionären Front beschlossene Hauptaufgabe sein, „die Errichtung einer von Unterdrückten und Unterdrückern freien Gesellschaft“ und die Befreiung Surinams aus der Abhängigkeit vom Imperialismus. Ein Putschversuch rechter Offiziere scheiterte am 12.3.1982. Einer der Anführer, Oberfeldwebel Wilfred Hawker wurde festgenommen und exekutiert.



## Argentinien

Argentiniens Militärjunta steuert einen harten Kurs zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Er sieht vor allem Kürzungen der Sozialausgaben und öffentlicher Aufträge vor, sowie eine Reprivatisierung von Banken und Versicherungen. Die Realisierung dieses gegen die Bevölkerung gerichteten Programms wird von einem Aufleben der Repression begleitet.

Eine Sitzung der Führung des Gewerkschaftszentralverbandes CGT fand unter demonstrativer Umstellung des CGT-Gebäudes durch Polizei statt. Am 18. Februar d.J. wurde die Leiche der zwei Wochen zuvor entführten Politikerin Ana María Martínez gefunden, die zur Leitung der Sozialistischen Arbeiterpartei gehört hatte, offenbar ermordet von einem Terrorkommando.

Protesten von 30 führenden Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens, der Oppositionskoalition und auch aus Kreisen der Marine schloß sich Argentinien Fußball-Nationaltrainer Luis Cesar Menotti an (der schon 1978 gegen das Militärregime protestiert hatte): die Regierung werde „von der Geschichte und den Menschen dafür verurteilt werden, daß sie kein Verständnis für die Notwendigkeit einer Amtsführung im Sinne der Mehrheit“ habe.

## Türkei

Unter dem Vorwurf, dem Terrorismus einen günstigen Boden bereitet zu haben, war im Dezember 1981 bei der Prozeßeröffnung gegen 52 Vorstandsmitglieder des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK die Todesstrafe beantragt worden. Trotz fehlender Beweise für eine Verflechtung des DISK in terroristische Aktivitäten erscheint dem Militärstaatsanwalt Takkeci dieses Strafmaß angemessen, weil – so die Anklageschrift – der DISK für eine „marxistisch-leninistische Ordnung“ eingetreten sei.

Damit nicht genug: Im Februar d.J. erwirkte Takkeci die Festnahme von 44 führenden Mitgliedern des Friedenskomitees, darunter des Vorsitzenden M. Dikerdem (Botschafter a.D.), des Präsidenten der Anwaltskammer Istanbul O. Apaydin und des Vorsitzenden der Ärztekammer Istanbul, E. Atabek. Es wird ihnen zur Last gelegt, für den Frieden eingetreten zu sein.

## Libanon

Israels Ministerpräsident Begin drohte am 23. Februar d.J. eine unmittelbare Aktion im Libanon an für den Fall, daß palästinensische „Terroristen“ irgendeinen Anschlag gegen Israel unternähmen. Sein Verteidigungsminister Ariel Sharon und Israels Botschafter in Washington, Moshe Arens, wurden Ende Februar/Anfang März d.J. noch deutlicher: Als nächsten militärischen Schlag bereite die israelische Armee eine neue Libanoninvasion vor. Die gleichzeitige israelische Truppenmassierung an der Grenze zum Libanon sowie Gespräche zwischen der israelischen Militärspitze und der ultrarechten Phalange über eine koordinierte Offensive im Libanon unterstreichen, daß die neuerlichen Kriegsvorbereitungen ernst zu nehmen sind.

„Wenn wir an unseren Zielen festhalten, könnte dies unser letzter Krieg sein, den wir in der Region zu führen haben.“ So warb A. Sharon für sein Invasionsprojekt (Time, New

York, 1.3.1982). „Unsere Ziele“, das hieß zunächst einmalm Zerschlagung des Verteidigungspotentials der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Libanesischen Nationalbewegung in der Südhälfte des Libanon, das hieß Stärkung der rechtslibanesischen Milizen und erzwungener Abzug der syrischen Einheiten der Arabischen Friedensstreitmacht.

Der UN-Sicherheitsrat beschloß Anfang März d.J., alarmiert durch die israelische Kriegsbefreiung, eine Vergrößerung der im Südlibanon stationierten Friedensstreitmacht der UNO (UNIFIL) von 6.000 auf 7.000 Mann. Und Philip Habib, der Nahost-Sonderbeauftragte R. Reagans, trat seine fünfte Vermittlungstour gen Beirut, Damaskus, Jerusalem, Amman und Riad an.

## Nahost

Im syrischen Golan, den die Regierung Begin im Dezember 1981 annektiert hatte (siehe AIB 2/1982, S. 4-7), trat die drusische Bevölkerung (insgesamt 13.000 Menschen) Mitte Februar d.J. in einen unbefristeten Streik. Werkstätten, Schulen, Geschäfte u.a.m. blieben geschlossen, um die Ablehnung der verordneten israelischen Staatsbürgerschaft zu demonstrieren und die Freilassung von vier inhaftierten Drusenführern zu erzwingen. Der Streik dauerte Anfang März d.J. an, ungeachtet des israelischen Militäreinsatzes und von Massenentlassungen streikender drusischer Arbeiter.



Israel-Besucher F. Mitterrand (r.), M. Begin

Zur gleichen Zeit stattete Frankreichs Präsident Mitterrand Israel einen Staatsbesuch ab, bei dem er für einen Dialog zwischen Israel und den Palästinensern eintrat. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) spreche, so François Mitterrand vor dem israelischen Parlament, im Namen der kämpfenden Palästinenser, müsse aber als Bedingung für die Verhandlungsaufnahme das Existenzrecht Israels anerkennen. Er votierte ferner sehr zum Unwillen Menachim Beginns – für die Errichtung eines Palästinenserstaates im Westjordangebiet und dem Gazastreifen. Der für den 16.3.1982 geplante Israel-Besuch des ägyptischen Präsidenten Mubarak scheiterte daran, daß er den – von der Regierung Begin geforderten – Besuch im annektierten Ostjerusalem verweigerte. Damit wurden auch die ägyptisch-israelischen Gespräche über eine sog. Autonomie für das Westjordan- und Gazagebiet wieder einmal vertagt.

## Pakistan

Seit Beginn dieses Jahres hat es in Pakistan einige Veränderungen gegeben. Zum einen ist die Pressezensur gelockert worden: die Zensur fällt jetzt weg; Berichte über politische Aktivitäten sind allerdings immer noch verboten. Zum anderen ist eine „Beratende Bundesversammlung“ (mit 288 Mitgliedern) einberufen worden – zwar mit der ausdrücklichen Warnung, daß sie zu beraten, nicht zu kritisieren habe.

Dennoch bleiben diese Veränderungen an der Oberfläche. Nach wie vor herrscht Kriegrecht, beträgt die Zahl der politischen Gefangenen nach Angaben der Pakistanischen Volkspartei (PPP) ca. 20.000 und gab es erst in jüngster Zeit wieder Massenverhaftungen. Es hat Spekulationen darüber gegeben, ob Wahlen – seit Beginn der Militärherrschaft vor 5 Jahren versprochen – geplant seien. Solange jedoch dabei mit einem Sieg der PPP des hingerichteten früheren Ministerpräsidenten A. Bhutto zu rechnen ist, wird Präsident Zia-ul Haq das zu verhindern wissen.

Auch außenpolitisch hat sich die Lage kaum verändert. Verhandlungen über ein Nichtangriffsabkommen zwischen dem von den USA protegierten Pakistan und Indien sind vorerst wieder einmal gescheitert.

## Indochina

Weitere Vorschläge zur Entspannung der Lage in Südostasien hat die 5. Außenministerkonferenz von Laos, Kampuchea und Vietnam, die am 16./17. Februar 1982 in Vientiane tagte, unterbreitet.

Dies betrifft erstens die Bereitschaft, direkt oder indirekt, bilateral oder multilateral mit Thailand über die Stabilisierung entlang der Grenze mit Kampuchea zu verhandeln. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag Kampucheas bekräftigt, eine entmilitarisierte Zone unter internationaler Überwachung in diesem Gebiet zu schaffen.

Über Fragen, die den Frieden und die Stabilität in der Region betreffen, wollen die indochinesischen Länder zweitens mit den Ländern der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN; Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen) verhandeln. Sie erneuerten den von Laos bereits der 36. UN-Vollversammlung unterbreiteten Vorschlag zur Schaffung einer Zone des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien.

Die Außenminister unterstützten drittens den vietnamesischen Vorschlag vom 10.1.1982 zur Beendigung der Feindseligkeiten an der vietnamesisch-chinesischen Grenze, der eine – bisher durch Peking zurückgewiesene – dritte Verhandlungsrunde zwischen beiden Parteien vorsieht, und der auch die Bereitschaft zum Abschluß eines Vertrages über friedliche Koexistenz mit Peking einschließt. Keine dieser Verhandlungsinitiativen wird von der indochinesischen Seite an die Vorbedingung der Anerkennung der Regierung H. Samrin in Kampuchea geknüpft.

**Adressenänderung  
bitte rechtzeitig bei Redaktion  
und Post. bekanntgeben!**



AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

## Reagan nach Bonn – eine Herausforderung

Während die hiesigen Massenmedien darüber philosophieren, welch ein positives Zeichen es sei, wenn US-Präsident Ronald Reagan anlässlich seines geplanten BRD-Besuches am 9./10. Juni 1982 auch West-Berlin einen Besuch abstattet, fühlen sich die demokratischen und friedliebenden Kräfte unseres Landes herausgefordert.

Die Krefelder Initiative etwa stellte fest, daß für sie der Reagan-Besuch eine Provokation der Friedensbewegung sei, und rief für den 10. Juni d.J. zu Massenprotesten auf. Als Provokation sieht ihn auch die Solidaritätsbewegung an. Auf gemeinsame Protestmanifestationen zum Reagan-Besuch orientieren die Antiinterventionsbewegung zu Mittelamerika, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) u.a.m. Die El-Salvador-Demonstration der 25 - 30.000 am 13.3.1982 in Frankfurt, deren Hauptlosung „Stoppt die US-Intervention in Mittelamerika!“ lautete, gab den Auftakt für eine noch größere Kampfansage zur Jahresmitte.

Mit R. Reagan hat sich ein Mann in der Bundesrepublik angesagt, dessen Name wie kein anderer für ein globales Konfrontationsprogramm steht: Das Programm der Hochrüstung und der Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa und das Programm des kriegerischen Interventionismus in Mittelamerika und der Karibik, derzeit speziell in El Salvador und Nicaragua.

Hier wie dort spüren die Menschen die Bedrohung, die von diesem Programm ausgeht. Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein hat am 22.2.1982 diese in unserer Bevölkerung weit verbreitete Stimmung erneut auf den Begriff gebracht: „Wir sind bedroht, weil die neue Doktrin der USA vorsieht, in Mitteleuropa, und zwar von europäischem Boden aus, mit nahezu strategischen Atomwaffen zu drohen, zu drohen für den immerhin denkbaren Fall, daß die Lebensinteressen der USA und/oder der Nato im Nahen Osten, Stichwort Öl, auf dem Spiel zu stehen scheinen... Wer garantiert uns, daß aus dem Drohen nicht Ernst wird?“

Aufs neue gesteigert wird diese Bedrohung noch durch das jetzt von der Reagan-Administration für die NATO vorgesehene Aufrüstungsprogramm mit chemischen Massentötungsmitteln, das – nach dem Stationierungsplan für Pershing II und Cruises Missiles – abermals eine neue Qualität des Wettrüstens einläuten würde. Die propagandistischen Voraussetzungen dafür werden schon geschaffen, u.a. durch immer neue Anschuldigungen Washingtons gegen die Sowjetunion und Vietnam, sie würde in Afghanistan und Kampuchea chemische Kampfstoffe zum Einsatz bringen.

Freilich fehlt es bislang an stichhaltigen Beweisen für diese Behauptung ebenso wie sich alle Anschuldigungen gegen die Revolutionsregierungen Nikaraguas und Kubas, sie lieferten Waffenberge an die Befreiungskämpfer El Salvadors als Rohrkrepierer erwiesen. Von US-Außenminister A. Haig am 27.3.1982 der Presse vorgeführte Fotos, die eine angebliche Brutalität sandinistischer Truppen im befreiten Nicaragua beweisen sollten, stellten sich als Aufnahmen heraus, die in Wirklichkeit Untaten von Somozas Nationalgardisten aus dem Jahr 1979 zeigten.

Mitte März d.J. sollte ein vor einem Jahr in El Salvador gefangener 19jähriger Nikaraguaner vor der Presse aussagen, er sei in Äthiopien und Kuba ausgebildet worden und von der nikaraguanischen Regierung zum Guerillakampf nach El Salvador geschickt worden. Vor den Journalisten enthüllte er dann, man habe ihn ein Jahr lang gefoltert, um solche Aussagen zu erpressen. In Wirklichkeit sei er privat, auf eigene Faust nach El Salvador gegangen.

Die Ziele dieses Informationskrieges beschrieb kürzlich Nikaraguas Kulturminister Ernesto Cardenal treffend mit den Worten: „Mit der Absicht, uns später militärisch anzugreifen, erfinden sie heute falsche Informationen über unsere Revolution, um uns Freunde in anderen Teilen der Welt zu nehmen und die weltweite Solidarität mit Nicaragua – die so groß war – zu schwächen.“ Der Krieg der Worte könnte somit sehr schnell zum heißen Krieg werden, der – geht man nach den Drohungen Washingtons – in erster Instanz Nicaragua, El Salvador und Kuba erfassen dürfte.

Wenn R. Reagan am 9. und 10. Juni d.J. nach Bonn kommt, dann bewirkt die Bundesregierung einen Mann, dessen Name heute schon zum Symbol weltweiter Konfrontation und des Völkermords in Mittelamerika geworden ist. Von der Bundesregierung, die diesen Kurs im Falle der Mittelstreckenraketen bislang aktiv mitgetragen und im Falle Mittelamerika zumindest geduldet hat, kann nicht erwartet werden, daß sie den Besuch Ronald Reagans nutzt, um eindeutige politische Gegenzeichen zu setzen.

Erst jüngst war sich Bundesminister Rainer Offergeld in Nicaragua nicht zu schade, die dortige, von Destabilisierungs- und Interventionsaktivitäten bedrohte Revolutionsregierung zur „Mäßigung“ gegenüber den USA aufzufordern. Rainer Offergeld ist zu wünschen, daß es ihm bis zum Juni 1982 gelingen möge, den Richtigen auszumachen, den es zu „mäßigen“ gilt. Die bundesdeutsche Friedens- und Solidaritätsbewegung dürfte ihm bei seiner – womöglich verzweifelten – Suche nach dem Hort der Maßlosigkeit gerne behilflich sein. Wir fordern: Eine Bonner Großdemonstration für Rainer und – Ronald!